



# Migration & Sicherheit in der Stadt

*Working Paper Nr. 7*

## **Aspekte einer guten Medienpraxis für städtische Quartiere der Vielfalt: Anforderungen aus ethischer Perspektive**

Autorinnen:

Dr. Anne Burkhardt (Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften, Universität Tübingen)

PD Dr. Jessica Heesen (Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften, Universität Tübingen)

Herausgeber:

Prof. Dr. Bernhard Frevel, Verbundkoordinator *migsst*  
Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW  
Nevinghoff 8-10  
48147 Münster

Tübingen, Juni 2021

Ein Verbundforschungsprojekt der Partner



GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

## Inhalt

1	Einleitung .....	2
2	Der Integrationsauftrag der Medien – rechtliche und normative Anforderungen .....	4
3	Migration und Journalismus .....	8
3.1	Migration und Segregation in Presse und Rundfunk.....	9
3.1.1	Berichterstattung über Migrant*innen und migrantisch geprägte Quartiere.....	9
3.1.2	Medienproduktion von Migrant*innen .....	18
3.1.3	Mediennutzung von Migrant*innen .....	24
3.2	Ansätze für einen integrativen Journalismus .....	31
3.2.1	Anwaltschaftlicher Journalismus.....	33
3.2.2	Konstruktiver Journalismus .....	37
3.2.3	Partizipativer Journalismus .....	43
4	Migration und digitale Medien .....	47
4.1	Bedeutungspotenziale digitaler Medien und virtueller Räume für den Migrationsprozess .....	48
4.2	Ansätze und Beispiele einer integrativen Medienarbeit im Quartier .....	53
4.3	Möglichkeiten der Smart City .....	58
5	Ausblick: Handlungsempfehlungen für Städte und Kommunen .....	62
5.1	Migrationsbezogene Berichterstattung .....	62
5.2	Teilhabe von Migrant*innen am medialen Diskurs.....	63
5.3	Erreichbarkeit von Migrant*innen durch Medien- und Informationsangebote.....	64
5.4	Potenziale digitaler Medien und Informationstechnologien .....	65
6	Literatur.....	68

## 1 Einleitung

„Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“, so Niklas Luhmanns viel beachtete These über die gesellschaftliche Bedeutung und Wirkmacht der Medien. Tatsächlich prägt medienvermittelte Kommunikation zu einem erheblichen Anteil die Wahrnehmung der Realität und setzt Akzente für deren Bewertung. Für den Kontext des Projekts „Migration und Sicherheit in der Stadt“ (migsst), das sich kritisch mit dem häufig angenommenen Zusammenhang von (ethnischer) Segregation und Unsicherheit auseinandersetzt und nach den Bedingungen für ein „gutes“ Zusammenleben in migrantisch geprägten Quartieren fragt, bedeutet dies, dass Medien auch in hohem Maße unsere Vorstellung von migrantischen Gruppen und der Realität des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft mitbestimmen. Die Medienkommunikation hat demzufolge unmittelbare Auswirkungen auf die gesellschaftliche Anerkennung von Migrant\*innen sowie auf deren Integrationschancen. Vor diesem Hintergrund stellt sich aus medienethischer Perspektive die Frage, *wie* gegenwärtig in Deutschland über Migration, Migrant\*innen und migrantisch geprägte Quartiere in Presse und Rundfunk berichtet wird und ob diese Berichterstattung ihrer Mitverantwortung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und gelingende Integration gerecht wird. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach den Kennzeichen und Zielen einer integrativen Berichterstattung, wie also im Sinne einer ausgewogenen, gerechten, nicht diskriminierenden Berichterstattung idealtypischer Weise berichtet werden *sollte*, und welche Veränderungen hierzu ggf. von Nöten wären.

Im bereits skizzierten Spannungsfeld von Medien, Deutungsmacht und Migration stellt sich im Kontext des migsst-Projekts darüber hinaus die Frage nach einer angemessenen Repräsentation und einer gerechten Beteiligung von Migrant\*innen an Medienöffentlichkeiten und an der Medienproduktion selbst. Tatsächlich sind Menschen mit Migrationshintergrund in diesen Bereichen in Deutschland stark unterrepräsentiert. Über migrationsbezogene Themen und Herausforderungen wird zwar häufig berichtet, Migrant\*innen selbst kommen jedoch – ungeachtet ihrer direkten Betroffenheit und ihres beträchtlichen Anteils an der in Deutschland lebenden Gesamtbevölkerung – nur selten zu Wort. Aus medienethischer Perspektive stellt sich daher die Frage, wie dem Integrationsauftrag der Medien, der eine angemessene Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen vorsieht, in einer medialisierten Einwanderungsgesellschaft entsprochen werden kann, und welche Maßnahmen hierzu ergriffen werden sollten.

In Hinblick auf eine bestmögliche Adressierung und Einbeziehung von Migrant\*innen in gesellschaftliche Debatten und lokale Gestaltungsprozesse gerät darüber hinaus die Frage der Mediennutzung von Migrant\*innen in den Blick: Von welchen Medienangeboten werden Migrant\*innen am besten erreicht? Welche Kanäle nutzen sie zur Information, Kommunikation und Organisation ihres Alltags? Welche Hürden bestehen für Migrant\*innen, um von Medienangeboten in Deutschland erreicht zu werden? Was sollte sinnvollerweise unternommen werden, um einen möglichst barrierefreien Zugang zu medienvermittelter Information und Partizipation für alle gesellschaftlichen Gruppen zu gewährleisten?

Neben den Massenmedien spielen digitale und interaktive Medien eine zunehmend bedeutende Rolle für den Migrations- und Integrationsprozess. Insbesondere die Sozialen Medien werden auch als Mediatoren von gesellschaftlicher Teilhabe beschrieben, da sie niedrigschwelligen Zugang zu Information ermöglichen, die Organisation des Alltags und den Aufbau sozialer Kontakte vereinfachen und darüber hinaus Raum zur aktiven Beteiligung an gesellschaftlichen Diskursen sowie zur Selbstdarstellung bieten. Auch die vernetzte, digitalisierte Stadt wird zunehmend bedeutsam für das politische und soziale Handeln in urbanen Kontexten. So werden Smart City-Ansätze als Chancen für Partizipation oder für niedrigschwellige Kriminalprävention diskutiert. Aus medienethischer Sicht steht hierbei vor allem die Frage im Vordergrund, wie die vielversprechenden Potenziale digitaler Medien und datafizierter Handlungsumgebungen für integrative Zwecke nutzbar gemacht und gleichzeitig problematische Aspekte (wie z.B. die Gefahr der Überwachung oder der algorithmischen Diskriminierung) minimiert werden können.

Entsprechend der hier skizzierten medienethischen Arbeitsfelder und Fragestellungen im Kontext des migsst-Projekts gliedert sich das vorliegende Workingpaper in folgende inhaltliche Abschnitte:

In Abschnitt 2 wird ein Überblick über die rechtlichen und normativen Anforderungen an den Journalismus gegeben, die mit dem öffentlichen Integrationsauftrag der Medien einhergehen. Abschnitt 3 widmet sich der Darstellung und Analyse der journalistischen Berichterstattung *über* sowie der Medienproduktion und Mediennutzung *von* Migrant\*innen (3.1). Daran anknüpfend wird auf vielversprechende alternative Berichterstattungsmuster und -formate eingegangen und deren integrativen Potenziale herausgearbeitet (3.2). Abschnitt 4 des Workingpapers richtet den Blick auf die spezifischen Möglichkeiten *digitaler* Medienkommunikation

und verdeutlicht diese anhand von (Best Practice-)Beispielen auf kommunaler Ebene. Der Abschnitt endet mit der Betrachtung von Smart City-Ansätzen zur Kriminalprävention und fokussiert auf deren Bedeutung für Beteiligungsverfahren und die Demokratisierung städtischer Gestaltungsprozesse. In Abschnitt 5 werden die Ergebnisse aus den vorherigen Abschnitten zusammengefasst und in Form von praktischen Handlungsempfehlungen für Städte und Kommunen sowie den (Lokal)Journalismus aufbereitet.

## **2 Der Integrationsauftrag der Medien – rechtliche und normative Anforderungen**

*„Hörfunk und Fernsehen gehören in gleicher Weise wie die Presse zu den unentbehrlichen Massenkommunikationsmitteln, denen sowohl für die Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen wie für deren Kontrolle als auch für die Integration der Gemeinschaft in allen Lebensbereichen eine maßgebende Wirkung zukommt“ (BverfGE 35, 202 (222) - Lebach – 1973),*

so das Bundesverfassungsgericht in der Begründung eines Urteils von 1973, das prägnant die Funktion der Medien in einer demokratischen Rechtsordnung beschreibt. Hörfunk, Fernsehen und Presse gehören jedoch längst nicht mehr allein zu den unentbehrlichen Medien der gesellschaftlichen Kommunikation. Das Internet als neue digitale Kommunikationsinfrastruktur sowie die Einflüsse von Datenökonomie und Medienintermediären haben die Medienlandschaft stark verändert – trotzdem besteht in einer demokratischen Ordnung weiterhin ein übergeordneter Auftrag der Medien, zur gesellschaftlichen Verständigung und Integration beizutragen. In einer aktuellen Studie von 2021 hält das Hans Bredow-Institut fest: „Die zentrale Rolle der (herkömmlichen) Medien für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist innerhalb von Nationalgesellschaften ihr Beitrag zur Bildung einer gemeinsamen sozialen Wirklichkeit und zu gesellschaftlich geteiltem Wissen“ (Heldt et al. 2021: 22). Auch der im November 2020 in Kraft getretene neue Medienstaatsvertrag bestätigt den Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, zur internationalen Verständigung beizutragen und die europäische Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bund und Ländern zu fördern (vgl. Medienstaatsvertrag § 26, Abschnitt 1). Im internationalen Kontext wird diese Funktion der Medien unter dem Begriff *public service* geführt. Damit ist auf inhaltlicher Ebene der Anspruch

verbunden, dass Medieninhalte den Standards einer vertrauenswürdigen und pluralistischen Kommunikation zur Unterstützung der öffentlichen Meinungsbildung dienen (BBC 2004).

Um die Standards der öffentlichen Kommunikation in Hinblick auf Qualität, Pluralität und öffentliche Meinungsbildung abzusichern, unterliegt die Medienordnung in demokratischen Rechtsstaaten in der Regel einerseits einem Schutz vor staatlicher Einflussnahme, aber andererseits auch bestimmten Regulierungsvorgaben. Diese Vorgaben haben den Sinn, der Bevölkerung ein hohes Maß an unabhängiger und vielseitiger Information zu bieten. Es handelt sich hierbei um eine normgeprägte Veranstaltungsfreiheit oder auch „dienende“ Freiheit (vgl. BVerfGE 97, 298 (310); Badura 2008), die von einer „natürlichen“, unreglementierten Freiheit nach einem liberalistischen Verständnis unterschieden werden muss (vgl. Heesen 2016). Im gesamten westeuropäischen Raum hat sich ein solches Verständnis von Rundfunkfreiheit als einer vom Staat gerahmten Medienordnung konstituiert (vgl. Brantner/Langenbucher 2003). Diese Rahmung beruht auf einer bestimmten Interpretation des Grundrechtskatalogs, die davon ausgeht, dass dem Staat die sogenannte Daseinsvorsorge nicht nur in Bezug auf die öffentliche Infrastruktur (etwa für das Bildungswesen und die Wasserversorgung), sondern auch im Bereich liberaler Freiheitsrechte anzuvertrauen ist (vgl. Klein 1999).

Diese systemrelevante Funktion der Medien spiegelt sich darin wider, dass die öffentlich-rechtlichen Sender mit einem Vollprogramm den Informations- und Unterhaltungsinteressen des gesamten Hörfunk- und Fernsehpublikums nachkommen sollen (Medienstaatsvertrag § 26, Abschnitt 1). Einer möglichst umfassenden und vollständigen Meinungsvielfalt im Bereich der Sendeinhalte wird außerdem die Bereitstellung ausreichender Empfangsmöglichkeiten zur Seite gestellt, was eine umfassende Versorgung ermöglichen soll. Dieser sogenannte Universaldienst erfüllt die gesetzlichen Forderungen nach einer informationellen Grundversorgung der gesamten Bevölkerung. Die Grundversorgung liegt dabei nicht notwendig in der Hand der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Bislang ist jedoch keine zufriedenstellende Regelung in Sicht, die eine Grundversorgung durch den privaten Rundfunk sicherstellen könnte (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen 2014: Kap. IV.10, 11). Trotzdem unterliegt auch der private Rundfunk Anforderungen in Bezug auf die Vertretung der Positionen von gesellschaftlichen Minderheiten (vgl. 4. Rundfunkentscheidung, BVerfGE 73, 118: 159 ff.) und ist damit Bestandteil eines umfassenden Funktionsauftrags der Medien für eine demokratische Öffentlichkeit. Und auch die im Internet dominanten Medienintermediäre,

also Plattformen und Suchmaschinen wie z.B. Facebook oder Google, die redaktionell bearbeitete Inhalte zur Verfügung stellen, selbst aber nicht herstellen, sind dazu aufgefordert, für einen diskriminierungsfreien Zugang zu journalistischen Inhalten Sorge zu tragen, um so einen Beitrag zu einer freien öffentlichen Meinungsbildung zu leisten (Medienstaatsvertrag § 93 und § 94).

Der Medienstaatsvertrag mit seiner Erweiterung vom Rundfunk auf die Medienintermediäre umfasst auch Presseerzeugnisse, die im Internet vorzufinden sind. Die Presse als Zeitungs- und Zeitschriftensektor ist – abgesehen von den allgemeinen Regelungen zu Monopolbildungen – von den Regulierungsanstrengungen der öffentlichen Hand bislang nicht berührt gewesen. Aufgrund der hohen Vielfalt des Angebotes im Pressebereich lassen sich Eingriffe in diesen Markt nicht begründen, und entsprechend werden für die Presse auch keine spezifischen Funktionsaufträge formuliert. Trotzdem ist die Presse Adressatin medienethischer Forderungen und hat sich im Rahmen der Selbstregulierung einen Pressekodex gegeben, der Ansprüche wie Diskriminierungsfreiheit, Sorgfaltspflichten und Ausgeglichenheit der Berichterstattung formuliert (siehe Presserat 2017). Fragen der Integration stellen sich hier häufig als Thema der Beteiligung von Menschen mit Migrationserfahrung am Journalismus und der redaktionellen Arbeit.

*„Die Demokratie braucht Journalist\*innen, die die Menschen informieren und damit die politische Meinungsbildung ermöglichen. Je gleichförmiger und homogener Redaktionsteams gestaltet sind, desto schwerer dürfte es fallen, bei dieser Arbeit vielfältige Perspektiven und Themen der Gesellschaft vorurteilsfrei aufzugreifen; je diverser, je pluraler, desto besser gelingt das. Gerade aufgrund des besonderen, verfassungsrechtlichen Auftrags der Medien ist die Frage der Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen im Journalismus auch eine Frage der Demokratie und der Zugangsgerechtigkeit“ (Neue Deutsche Medienmacher\*innen 2020: 4; vgl. auch Resolution des Deutschen Journalistenverbandes (DJV 2018)).*

Insbesondere das Internet ermöglicht mit seinen niedrigschwelligen Beteiligungsformen auch abseits etablierter journalistischer Medien einen neuen Blick auf Teilhabe und Integration. Öffentliche Kommunikation findet in den Kommunikationsplattformen des Internets über eine

Vielzahl von Formaten und Anwendungen statt, sowohl für die professionellen Bereiche Journalismus und Public Relations als auch für die nicht-professionelle öffentliche Kommunikation. Dementsprechend vielfältig sind die Themen und Akteur\*innen der digitalen öffentlichen Kommunikation. In den vielen unterschiedlichen Öffentlichkeiten des Internets und den Sozialen Medien verständigen sich Personen und Gruppen sowohl über gesellschaftlich allgemein bedeutende Themen als auch über Themen des privaten Alltags. Kommunikation in den Sozialen Medien oder in Form des Open Journalism (OSCE, o. D.) unterstützt auf diesem Weg die Abbildung des alltäglichen Lebens eines diversen Nutzungskreises.

Beim Gebrauch des Internets als Mittel der sozialen Interaktion vermischen sich die Interessen, Kompetenzen und Ressourcen einer Vielzahl von Einzelpersonen, Institutionen und Wirtschaftsunternehmen. Kennzeichnend für die Entwicklung des Internets seit der Jahrtausendwende ist die Organisation der Kommunikation über Plattformen. Über solche Intermediäre wie Facebook, Twitter oder YouTube wird einzelnen Kommunikationsteilnehmer\*innen die Möglichkeit geboten, sich und/oder bestimmte Inhalte zu präsentieren. Gleichzeitig betätigen sich Einzelpersonen als Berichterstatter\*innen für allgemeinere Öffentlichkeiten und übernehmen damit journalistische Aufgaben. Andere nutzen Plattformangebote für die Koordination von Gruppenaktivitäten oder die Vermarktung von Produkten.

Die Herstellung von Öffentlichkeiten liegt in der Online-Kommunikation in der gemeinsamen Verantwortung von Journalismus, den publizierenden Nutzer\*innen wie auch den Entwicklern und Betreibern von Kommunikationsplattformen und -diensten. Diejenigen Akteure, die Inhalte beschaffen, produzieren und auf Plattformen oder anderen Kanälen der Internetkommunikation öffentlich teilen, müssen sich Fragen zu ihrer Verantwortung stellen, und sie sind in gesellschaftliche Gemeinwohlerwartungen eingeschlossen (Altmeyden et al. 2018). Das bedeutet für die Medienkommunikation über städtische Quartiere und die Kommunikation, die ihre Bewohner\*innen selbst produzieren, dass auch diese Kommunikationsformen in der Verantwortung für ethische und journalistische Standards stehen oder sie zumindest nicht verletzen. Die aktive Rolle der Mediennutzer\*innen ist somit für alle Beteiligten mit einem gegenseitigen In-Verantwortung-Stehen verbunden. Gelingt diese Form der Verständigung miteinander, so sind auch positive Effekte für ein differenziertes Bild von Quartieren einerseits und einer breiten Teilhabe unterschiedlicher gesellschaftlicher Stimmen an Öffentlichkeit andererseits zu erwarten.



Im Folgenden soll analysiert werden, wie es um die Umsetzung dieser rechtlichen und normativen Anforderungen an integratives Medienhandeln in Deutschland bestellt ist und welche Ansätze für eine Verbesserung desselben vielversprechend sind.

### **3 Migration und Journalismus**

Massenmediale Kommunikation hat drei grundlegende integrative Funktionen: Zum einen haben mediale Darstellungen von Migrant\*innen bzw. über migrationsbezogene Themen maßgeblichen Einfluss darauf, wie diese in der Gesellschaft wahrgenommen werden (vgl. Esser 2000b), zum anderen ist die öffentliche massenmediale Kommunikation sowohl für Migrant\*innen als auch alle anderen Rezipient\*innen eine wichtige Informationsquelle zur Tagespolitik und dem laufenden gesellschaftlichen Geschehen. Darüber hinaus fördert ihre Nutzung bei Nicht-Muttersprachler\*innen den Erwerb deutschsprachlicher Kompetenzen und erleichtert somit den Kontakt von Zugezogenen und Einheimischen. Journalist\*innen und Medienbetriebe tragen daher eine nicht zu unterschätzende Verantwortung für das Gelingen von Integration in Deutschland. Für das Projekt migsst, das Faktoren für ein gutes und sicheres Zusammenleben in ethnisch gemischten Quartieren in den Blick nimmt, stellt medienvermittelte Kommunikation über, durch und von Migrant\*innen daher ein wichtiges Forschungsfeld dar. Dieses detailliert darzustellen und Überlegungen in Hinblick auf die Projektfragen anzustellen, ist Gegenstand dieses Kapitels.

Das Forschungsfeld Migration und Journalismus lässt sich in drei Bereiche unterteilen: erstens die Darstellung von Migration bzw. Migrant\*innen in Presse und Rundfunk; zweitens die Medienproduktion von Migrant\*innen bzw. die Arbeit von Migrant\*innen in deutschen Medienbetrieben; und drittens die Nutzung journalistischer Medienangebote durch Migrant\*innen. Im folgenden Abschnitt (3.1) sollen zunächst für alle drei Felder zentrale empirische Befunde vorgestellt und auf den Fokus des migsst-Projekts – die Frage nach dem Zusammenhang von ethnischer Segregation und (Un-)Sicherheit bzw. nach einem guten Zusammenleben in migrantisch geprägten Quartieren – übertragen werden. Es sei angemerkt, dass sich die wenigsten der vorliegenden empirischen Studien explizit auf ethnisch segregierte Gruppen oder ethnisch segregierte Quartiere beziehen, sondern in der Regel auf Migration bzw. Migrant\*innen allgemein. Schlussfolgerungen über mögliche Wirkungen journalistischer Praxis auf das Zusammenleben in ethnisch segregierten bzw. migrantisch geprägten Quartieren werden daher auf

der Grundlage theoretischer Überlegungen gezogen. Im zweiten Abschnitt (3.2) werden, ausgehend von den in Abschnitt 3.1 identifizierten Schwachstellen gängiger journalistischer Praxis, Ansätze für einen vielfaltsorientierten, integrativen Journalismus diskutiert.

### **3.1 Migration und Segregation in Presse und Rundfunk**

#### **3.1.1 Berichterstattung über Migrant\*innen und migrantisch geprägte Quartiere**

Medienfreiheit ist der Kern demokratischer Öffentlichkeiten und gleichzeitig umstrittener Schauplatz für Meinungen, Haltungen und der Frage nach Objektivität und Ausgewogenheit der Berichterstattung. Die folgenden Ausführungen sollen Medienfreiheiten nicht beschneiden und auch keine Richtungen in der Form der Darstellung empfehlen. Sie sollen aber dazu anregen, medienethische und demokratische Leitbilder wie gesellschaftliche Integration, ausgewogene Meinungsbildung und umfassende Information voranzubringen.

Obwohl die Einwanderung nach Deutschland und die Bildung von „ethnischen Kolonien“ in deutschen Städten eine lange Geschichte hat (vgl. Kutscher 2020) und durchaus positiv bewertet werden kann (Worbs 2007; Pütz/Rodatz 2013: 174), wird ethnische Segregation in Medienberichten häufig problematisiert und als Unsicherheitsfaktor bewertet. Bewohner\*innen ethnisch segregierter Quartiere wird darüber hinaus eine Tendenz zur Abschottung und zur Herausbildung gefährlicher „Parallelgesellschaften“<sup>1</sup> zugeschrieben (vgl. Worbs 2007). Rechte Medien wie AfD-Kompakt oder die Epoch Times, die im Kontext des gegenwärtigen Rechtsrucks an Reichweite gewonnen haben, führen migrantisch geprägte Quartiere sogar als Belege für eine vermeintlich vorstattengehende „Überfremdung“ und einen „Verfall“ deutscher Städte an.<sup>2</sup> Sie werden dort als „Gegen- und Parallelgesellschaften mit eigenen Regeln“ (AfD Kompakt Nockemann 2017) sowie als „rechtsfreie Räume und No-Go-Areas“ bezeichnet, „in die sich deutsche Polizisten immer weniger hineintrauen“ (AfD Kompakt, Frohnmaier 2017)<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> Zur Ambivalenz der „Parallelgesellschaft“ als Begriff und Gesellschaftsform vgl. Heesen 2019; Reinhardt 2020.

<sup>2</sup> Für eine detaillierte Darstellung des rechten Stadtdiskurses vgl. Bescherer et al. 2019.

<sup>3</sup> Für ein analoges Beispiel aus der Epoch Times vgl. <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/vom-getto-zur-no-go-area-fluechtlinge-werden-in-deutschlands-brennpunkten-einquartiert-a1321343.html>

Die enge Verknüpfung von Migration und Kriminalität sowie deren Verkettung mit Untergangs- und Bedrohungsnarrativen mag in rechten Medien wenig überraschen.<sup>4</sup> Aber auch etablierte Medien wie Focus, Spiegel oder Die Welt sowie Teile des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beschreiben migrantisch geprägte Quartiere als „Ghettos“, „Problemviertel“ oder Orte von „Clankriminalität“<sup>5</sup> und legen somit einen direkten Zusammenhang von Migration und Unsicherheit nahe. Die mediale Darstellung steht im Widerspruch zu Befunden der soziologischen Stadtforschung, der zufolge sich (freiwillige und vorübergehende) Segregation durchaus integrations- und somit sicherheitsförderlich erweisen kann: Sogenannte „ethnic communities“ bieten insbesondere neu ankommenden Migrant\*innen ein Netzwerk, das ihnen einerseits psychische Stabilität verleiht und zur Überwindung des Migrationsschocks beiträgt und andererseits konkrete Hilfestellung bei Fragen des alltäglichen Lebens leistet (Krummacker 2007; Siebel 2015). Darüber hinaus kann ein gewisses Maß an Abschottung – ebenso wie Migration bzw. Mobilität allgemein – als normales und legitimes menschliches Verhalten angesehen werden, das sich in allen Bevölkerungsgruppen beobachten lässt, wohl aber nicht bei allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen problematisiert wird (vgl. Howe 2019; Kutscher 2019; Reinhardt 2020).

Die Etablierung, Verbreitung und Normalisierung von stigmatisierenden Begriffen zur Bezeichnung migrantisch geprägter Quartiere durch die Medien ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Zum einen formen Begriffe maßgeblich unsere Möglichkeiten der Wahrnehmung und Bewertung der Welt, zum anderen beeinflusst unsere Wahrnehmung und Bewertung wiederum unser praktisches Handeln (vgl. Heesen 2019; Reinhardt 2020). Die Stigmatisierung durch entsprechendes *wording* und *framing* kann demzufolge weitreichende Folgen für alle Quartiersbewohner\*innen, Deutsche wie Nicht-Deutsche, nach sich ziehen.<sup>6</sup> Aufgrund ihres Woh-

---

<sup>4</sup> Zu einer detaillierten Darstellung rechter Untergangs- und Unsicherheitsnarrative in der postmigrantischen Stadt vgl. Burkhardt/Feustel 2021.

<sup>5</sup> Beispielhaft vgl. [https://www.focus.de/politik/deutschland/soziales-mehr-soziale-spaltung-in-staedten-vor-allem-im-osten\\_id\\_8971369.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/soziales-mehr-soziale-spaltung-in-staedten-vor-allem-im-osten_id_8971369.html); <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ghetto-bildung-nimmt-in-deutschlands-staedten-zu-a-1209141.html>; <https://www.welt.de/finanzen/immobilien/article3135064/Deutschland-bekommt-staendig-neue-Problemviertel.html>; <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/clankriminalitaet-107.html>

<sup>6</sup> Für einen Blick auf die Darstellung nicht (zwangsläufig) migrantischer, aber sozio-ökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen im deutschen Fernsehen siehe die Studie „Armutzeugnis“ der Otto Brenner Stiftung (Gäßler 2020).

norts laufen sie beispielsweise Gefahr, Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, in der Korrespondenz mit Ämtern und Behörden sowie auch bei privaten Bekanntschaften zu erfahren (vgl. Kutscher 2019). Zum anderen kann die Stigmatisierung von Quartieren auch negative Auswirkungen auf ortsansässige Geschäfte, Unternehmen und Immobilienbesitzer\*innen haben, die durch eine abwertende Kommunikation über die Viertel finanziellen Schaden tragen und in einen besseren Stadtteil „abwandern“. Dies kann auf längere Sicht eine Abwärtsspirale in Gang setzen (Siebel 2015). Die Medienberichterstattung sollte sich dieser möglichen Effekte bewusst sein und entsprechend sensibel kommunizieren. Begriffe wie „Parallelgesellschaft“, „Problemviertel“ oder „Clankriminalität“<sup>7</sup> (die auch von offiziellen und staatlichen Akteuren wie dem BKA oder örtlichen Polizeien verwendet werden<sup>8</sup>) sind hoch problematisch, da sie eine Vielzahl von negativen Assoziationen transportieren, die in Diskriminierungen münden und bestehende Ungleichheiten verstärken können. Es besteht die Gefahr, dass Migrant\*innen durch die Medienberichterstattung pauschal mit Kriminalität und Unsicherheit in Zusammenhang gebracht werden, was Ressentiments gegenüber als „fremd“ wahrgenommenen Personen steigert und ein gutes Zusammenleben in migrantisch geprägten bzw. ethnisch gemischten Quartieren erschwert.

Studien zur Darstellung von Migrant\*innen in Presse und Rundfunk allgemein (unabhängig von der Frage ihrer stadträumlichen Segregation) haben festgestellt, dass negative bzw. gefahrenassoziierte *frames* wie Kriminalität, illegale Aktivität, Paralleljustiz und (seit 9/11) Terror weit verbreitet sind (vgl. Bade 2016; Bonfadelli 2007; Müller 2005; Ruhrmann et al. 2006; Ruhrmann/Sommer 2010; Trebbe 2009). Maheba Nuria Goedeke Tort und Kollegen (2016) zufolge wird die Berichterstattung über Migration häufig mit Bedrohungsszenarien verbunden, in denen „Einwanderer als homogene Gruppe dargestellt [werden], von der eine diffuse Gefahr ausgeht, die nicht mit Fakten belegt wird“ (Goedeke Tort et al. 2016: 508). Tatsächlich war der Kriminalitätsframe in dieser Studie mit 56% der mit großem Abstand dominanteste, wenn der Bericht auf Migrant\*innen Bezug nahm (ebd.). Auch die im Rahmen des migsst-Pro-

---

<sup>7</sup> Für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff der „Clankriminalität“ siehe Reinhardt 2021.

<sup>8</sup> Für Beispiele siehe <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/ForumKI/ForumKI2019/kiforum2019AlbrechtAbstract.html>; [https://polizei.nrw/sites/default/files/2019-05/190515\\_Lagebild%20Clan%202018.pdf](https://polizei.nrw/sites/default/files/2019-05/190515_Lagebild%20Clan%202018.pdf)

jekts durchgeführte Studie der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) zur Zeitungsberichterstattung über Migration und urbane Sicherheit bzw. Kriminalität in deutschen Städten zieht bezüglich der Darstellungen von Migrant\*innen ein ähnliches Fazit. Insbesondere dann, wenn die Herkunft von Migrant\*innen konkret benannt wird, gehe die Berichterstattung häufig mit einer negativen Bewertung einher (DHPol 2020: 5). Die Studie legt darüber hinaus offen, dass Personen mit Migrationshintergrund in den analysierten Zeitungsberichten in fast 80% der Fälle als (männliche, meist junge) Täter in Erscheinung treten und nur in 22% der Fälle als Opfer (ebd.: 5). Allein die Quantität der Berichte, in denen Migranten als (potenziell) kriminell dargestellt werden, trägt zu ihrer Wahrnehmung als „Gefahr“ bei. Zudem wird eine hohe Kriminalitätsrate unter Migrant\*innen suggeriert, was aktuellen Kriminalitätsstatistiken jedoch widerspricht.<sup>9</sup> Goedeke Tort et al. (2017) zufolge werden Einwanderer\*innen aus südosteuropäischen Herkunftsländern tendenziell sogar noch negativer dargestellt als solche aus Afrika oder dem Nahen Osten: für Personen aus Bosnien-Herzegowina, Rumänien, Bulgarien und Serbien werden am häufigsten Formulierungen gewählt, die sie in die Nähe von Kriminellen rücken, während Iraker, Syrer und Eritreer auch als „Willkommene“ oder „Integrationswillige“ dargestellt werden (ebd.: 511). Der Grund hierfür könnte nach Ansicht der Autor\*innen in den unterschiedlich vermuteten Migrationsursachen liegen. So fällt auf, dass Einwanderern, die vor Krieg oder politischer Verfolgung geflüchtet sind, in den Medien mehr Sympathie entgegengebracht wird als solchen, die ihr Land (vermeintlich) aus wirtschaftlichen Gründen verlassen haben (ebd.: 513).<sup>10</sup> Interessant ist auch, dass Polen, aus dem de facto während des Untersuchungszeitraums (2014) die meiste Zuwanderung nach Deutschland erfolgte, in keinem der Beiträge erwähnt wird (ebd.: 511). Dies macht deutlich, wie sehr das medial vermittelte Bild des Migrationsgeschehens allein durch die Nachrichtenauswahl (*agenda setting*) verzerrt wird.

Im Vergleich zu Deutschen wird über Migrant\*innen häufig ereignis- und problemorientiert sowie stereotyp bzw. stigmatisierend berichtet (vgl. Bonfadelli 2007; Lünenborg et al. 2011;

---

<sup>9</sup> Zu einer Einordnung aktueller Statistiken zu Migration und Kriminalität vgl. Walburg 2020; für eine ausführliche Darstellung der Hell- und Dunkelfeldforschung zur Kriminalität von Migrant\*innen siehe Atanisev et al. 2019; für einen Blick auf die Kriminalstatistiken der Untersuchungsquartiere im Projekt migsst vgl. Haverkamp et al. 2020.

<sup>10</sup> Es sei angemerkt, dass bestimmte Gruppen, denen gemeinhin rein wirtschaftliche Motive zugeschrieben werden, durchaus massive Verfolgung und strukturelle Ausgrenzung, auch innerhalb der EU, erfahren. Ein Beispiel hierfür sind die Sinti und Roma.

Müller 2005; Weibert 2010). Wie Ansgar Koch (2014) aufzeigt, werden Stereotype auch auf der visuellen Ebene durch den Einsatz von Symbolbildern erzeugt. Diese stehen oft in keinem inhaltlichen Zusammenhang zum Bericht, sondern dienen lediglich als „visueller Anker“ (Koch 2014: 75) zur unterschweligen Aufladung eines Textes mit bestimmten Assoziationen und Deutungen. Als prominentes Beispiel nennt Koch das Symbolbild der verschleierten Frau, das zur religiösen Aufladung migrationsbezogener Berichte beiträgt und – insbesondere im Zusammenspiel mit dem Sicherheits- bzw. Kriminalitätsframe – die Debatte um Migration mit der Debatte um die Gefahren des radikalen Islamismus verknüpft. Analog konstatiert Markus End (2014) in Bezug auf die Darstellung der Sinti und Roma im deutschen Fernsehen die Reproduktion von rassistischen Vorurteilen durch die stereotypisierende Verwendung von Bildmaterial, das in keinerlei inhaltlichem Zusammenhang zum Thema des Berichts steht. So wurden in einer RTL-Reportage an zahlreichen Stellen Bilder von Wohnwagen eingespielt, obwohl keiner der Protagonisten des Beitrags in einem Wohnwagen wohnte (End 2014: 4). In einem WDR-Magazin wurden in einem Bericht über die „Vermüllung“ eines „Roma-Hauses“ Einstellungen von Müll gezeigt, die erwiesenermaßen an einem anderen Ort und zu einem anderen Zeitpunkt aufgenommen worden waren (ebd.). Auch über die Gruppe der (weiblichen) Migrantinnen wird stereotyp berichtet (Lünenborg et al. 2012). Dabei überwiegt eine Darstellung als Opfer, das heißt, Migrant\*innen (insbesondere Türkinnen und Osteuropäerinnen) werden – im Gegensatz zu männlichen Migranten – als hilfsbedürftig, schwach oder unterdrückt charakterisiert. Dies ist insofern problematisch, als dass sich diese Zuschreibung negativ auf das Selbstwertgefühl von Migrantinnen und, damit zusammenhängend, auf ihre (gefühlte) Handlungsmacht auswirken kann.

Wie Goedeke Tort et al. (2016) hervorheben, sind mediale *frames* nicht zeitlos, sondern verändern sich im Kontext aktueller gesellschaftlicher Ereignisse und Debatten. Zur Wahrnehmung von Migration als Unsicherheitsfaktor hat in den vergangenen Jahren auch die Berichterstattung über die Aufnahme verhältnismäßig vieler Geflüchteter im Sommer 2015 beigetragen. Diese war in Presse und Rundfunk oftmals von negativen Metaphern („Ansturm“, „Flut“, „Strom“, etc.) sowie dem Narrativ der Überforderung bei der Aufnahme („Krise“) geprägt (vgl. Herrmann 2016; Bade 2016; Pelzer 2015). Petra Hemmelmann und Susanne Wegner (2016) machen hingegen deutlich, dass die Berichterstattung über die sogenannte „Flüchtlingskrise“ nicht als einseitig negativ beschrieben werden kann. Im Gegenteil: zu bestimmten Zeitpunkten

der Fluchtberichterstattung, etwa nach der Aussetzung des Dublinverfahrens für Syrer durch Bundeskanzlerin Angela Merkel, konstatieren sie eine fast durchgängig positive Berichterstattung, die mitunter in einen regelrechten „Überbietungswettbewerb um Empathie und Willkommenseuphorie“ (Hemmelmann/Wegner 2016: 26) ausgeartet sei. Haller (2017) teilt diese Einschätzung. Die Tagespresse und insbesondere die Lokalzeitungen hätten die „Willkommenskultur“ als Hauptnarrativ der Berichterstattung von der Politik übernommen und als „moralisch intonierte Verpflichtungsnorm ‚top-down‘ vermittelt“ (Haller 2017: 138). Die Medien müssen sich daher der Kritik stellen, sich zu Anwälten der Geflüchteten und Befürwortern der „Willkommenskultur“ gemacht und das journalistische Neutralitätsgebot missachtet zu haben. Dies habe, so Haller, auch das Erstarken der AfD und anderer rechter Gruppierungen begünstigt (ebd.: 142f.), welche Misstrauen in die Ausgewogenheit der Medien schürten und diese als „Lügenpresse“ verunglimpften. Des Weiteren hätten die Medien aufgrund mangelnder Selektionsleistung und einseitiger Berichterstattung in ihrer Aufgabe versagt, gesellschaftliche Konflikte in ihrer Vielstimmigkeit abzubilden (ebd.: 132ff.). Dies habe – entgegen der Intention der Journalist\*innen – polarisierende und desintegrative Prozesse massiv gefördert und die Spaltung der Gesellschaft (weltoffen vs. nationalistisch) weiter begünstigt (ebd.: 141ff.). Hemmelmann und Wegner (2016: 27) zufolge verkehrte sich die Tendenz zur positiven Berichterstattung anschließend wieder ins Gegenteil (etwa durch die Ereignisse der „Kölner Silvesternacht“ und islamistische Anschläge in Europa). Vermisst wird eine ausgewogenere und weniger belehrende Berichterstattung sowie eine Debatte darüber, „was ‚Integration‘ bedeutet und wie deren Erfolg zu messen ist“ (ebd.: 28).

Die Berichterstattung über die „Kölner Silvesternacht“, in der es zu gezielten sexuellen Übergriffen durch überwiegend nordafrikanische Täter gekommen war, stieß schließlich auch eine Debatte darüber an, ob und unter welchen Umständen Journalist\*innen die Herkunft von Täter\*innen mit Migrationshintergrund nennen sollten. Auf der einen Seite hat die Bevölkerung ein Recht darauf, umfassend informiert zu werden, auch über mögliche negative Aspekte der Einwanderung, auf der anderen Seite sind Diskriminierungen von „ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppen“, die durch die Nennung der Herkunft in Kauf genommen werden, laut Pressekodex zu vermeiden (vgl. Presserat 2017: 10, Ziffer 12). Für die Berichterstattung über Straftaten wird dort empfohlen, dass „die Zugehörigkeit [...] in der Regel nicht erwähnt werden [soll], es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse.“ (ebd.)

Die Abwägung zwischen dem Anspruch der Öffentlichkeit auf Information und dem Schutz vor gruppenbezogener Diskriminierung ist – auch mit Blick auf die gesellschaftliche Spaltung und den gegenwärtigen Rechtsruck – nicht einfach. Einen Ausweg aus diesem medienethischen Dilemma schlägt das *Ethical Journalism Network* (EJN) in Hinblick auf einen ähnlichen Fall in Großbritannien vor: Die britische Zeitung „The Sun“ hatte sich als Negativbeispiel für diskriminierende Berichterstattung hervorgetan, als sie in Hinblick auf (tatverdächtige) muslimische Einwanderer von „the Muslim Problem“ sprach und Assoziationen zu einer Terminologie der Nazis („the Jewish Problem“) wachrief. In einer Stellungnahme schlägt Aidan White, Leiter des *Ethical Journalism Network*, folgendes Vorgehen für die Berichterstattung über Vorfälle, bei denen Täter\*innen aus einer bestimmten ethnischen oder religiösen Gruppe im Fokus stehen, vor:

*“it is perfectly legitimate, indeed necessary, for journalists and media to examine in detail the links and complexities of immigration, religion, culture and crime [...]. Journalists are right to point out that many of the people concerned [here: Muslims] proclaim the same faith. It is not Islamophobic to point this out, but when they do so journalists should provide context, give voice to informed insiders and avoid language that provokes hostility.”* (White 2017)

Dass es insbesondere an der von White angesprochenen Einbeziehung der Betroffenen in die Berichterstattung derzeit noch mangelt, zeigt ein Blick auf die Verteilung und Gewichtung unterschiedlicher Stimmen im öffentlichen Migrationsdiskurs. Gemessen an ihrer eigentlichen Bedeutung in der Migrationsdebatte – als zentrale Akteure und hauptsächlich Betroffene – kommen Migrant\*innen selbst im medialen Diskurs über Migration und Flucht nur selten zu Wort. In Bezug auf den „Sommer der Migration“ konstatiert Haller (2017: 133) eine Unterrepräsentation von migrantischen Stimmen in der Berichterstattung: In nur 4% der Zeitungsbeiträge kommen Migrant\*innen selbst zu Wort. Vertreter\*innen der institutionellen Politik sind mit 66% die Gruppe, die mit Abstand am häufigsten zitiert wird. Besonders groß fällt dabei der Anteil der Regierungspolitiker\*innen aus: Auf sie entfallen mehr als 80% der Statements aus dem Bereich der institutionellen Politik, während Oppositionsparteien mit 10% Redeanteil (davon nur 0,1% AfD) selten zu Wort kommen (Haller 2017: 134). Haller kritisiert in diesem Zusammenhang die inhaltliche und personelle Fixierung der Medien auf die parteipolitische



Agenda der Regierungsparteien (Stichwort *indexing*), welche dadurch indirekt bestimmen, welche Themen gesellschaftlich diskutiert und welche Stimmen dazu gehört werden. Neben den Migrant\*innen sind auch andere zentrale Akteure in der Debatte unterrepräsentiert, etwa Helfer\*innen in Einrichtungen (3,5%), Fachleute und Expert\*innen zu aktuellen Problemfeldern (1%) oder Personen, die konkret mit der Umsetzung migrationspolitischer Entscheidungen befasst sind (Haller 2017: 134).

Susanne Fengler und Marcus Kreutler (2020) bestätigen einige dieser Befunde in einer internationalen Vergleichsstudie über die migrations- und fluchtbezogene Berichterstattung in 16 europäischen Ländern sowie in Russland und den USA. Sie konstatieren in europäischen Zeitungen eine massive Unterrepräsentation migrantischer Stimmen zugunsten von Vertreter\*innen der jeweiligen Regierungsparteien, die hauptsächlich zitiert werden (ebd.: 57). Migrant\*innen treten nur in einem Viertel der Berichte überhaupt als zentrale (wenn auch entindividualisierte) Akteursgruppe in Erscheinung; nur in einem Zehntel der Beiträge werden migrantische Stimmen direkt zitiert (Fengler/Kreutler 2020: 55f.). Deutschland sticht im internationalen Vergleich in zwei Punkten aus dem Sample heraus. In keinem anderen europäischen Land (außer im rechts-konservativ regierten Ungarn) wird überhaupt so viel über Migration berichtet und das Thema so konstant auf der Agenda behalten wie in Deutschland, und in keinem anderen Land wird Migration so häufig als Thema der Innenpolitik verhandelt: „über Migration und Flucht wird berichtet, soweit Deutschland betroffen ist“ (Fengler/Kreutler 2020: 33). Strukturelle Fluchtursachen in den Herkunftsländern werden folglich weitaus seltener thematisiert, ebenso wie die Rolle und Verantwortung westlicher Industrienationen im komplexen Gefüge globaler Fluchtursachen und -dynamiken (vgl. Herrmann 2016, 10).

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über Flucht und Migration wird auch die vorherrschende Verwendung eines statischen, essentialistischen Kulturbegriffes problematisiert, der Migrant\*innen als abweichend von gesellschaftlicher „Normalität“ begreift (Geisen et al. 2017: 5; Bayer et al. 2014: 85) und eine nationalistische Unterteilung in ein imaginiertes „wir“ und „sie“ fördert (Mecheril 2011; Hasenjürgen 2013). Auch die Verwendung eines als einseitige Bewegung imaginierten Integrationsbegriffes – von den Migrant\*innen hin zur Aufnahmegesellschaft – wird als problematisch bewertet (Mecheril 2011; Hess/Lebuhn 2014; Foroutan 2015). So wird Integration im öffentlichen Diskurs meist als Anpassungsleistung der Migrant\*innen an eine „deutsche“ (Leit-)Kultur interpretiert, deren Ausprägung ausschlaggebend

für die Bewertung als erfolgreiche oder misslungene Integration wird (vgl. Schiffauer 2011; Tibi 2001; Göhler 2005). Innerhalb dieser Logik werden ethnisch segregierte Quartiere als Beispiele für misslingende Integration wahrgenommen (vgl. Geisen et al. 2017). Die Schuld am vermeintlichen Scheitern wird in der Logik dieses Integrationsbegriffs den Migrant\*innen zugewiesen, die beim Erbringen der erforderlichen Anpassungsleistung „versagt“ oder sich verweigert hätten. Im Vergleich zu den nicht-migrantischen Quartiersbewohner\*innen, an die diese Anforderungen nicht im selben Maße gestellt werden, sind Migrant\*innen demnach in mehrfacher Hinsicht besonders vulnerabel: Zum einen sind sie umfangreichen Erwartungen, Diskriminierungen sowie einem erhöhten Sicherheitsrisiko ausgesetzt (vgl. Filsinger 2017; Frevel 2019; Müller 2012; Heitmeyer 2004), zum anderen werden sie, wie die Medienanalyse ergab, im öffentlichen Diskurs als Sicherheitsrisiko betrachtet. Das „Integrationsdispositiv“ dient Mecheril (2011: 54) zufolge dazu, die „faktische Systematik und Methodik der materiellen und symbolische Ungleichbehandlung legitim erscheinen [zu lassen]“. In der Stadtsoziologie wird darüber hinaus problematisiert, dass gemeinhin zwischen Migration als Ressource für eine „Stadt der Vielfalt“ (Hess/Lebuhn 2014) und Migration als Faktor sozialen Abstiegs (Bayer et al. 2014) polarisiert wird. In beiden Fällen wird Migrant\*innen ein „Anderssein“ unterstellt, welches dem Image der Stadt entweder zugutekommt oder schadet. Medien könnten an dieser Stelle durch die Verwendung eines breiten gesellschaftlichen Integrationsbegriffes, der auf das soziale Miteinander aller gesellschaftlichen Gruppen abzielt, dem medialen Integrationsauftrag in demokratischer Verantwortung nachkommen.

Anstatt sich exkludierender oder diskriminierender Logiken und Begriffe zu bedienen, könnten Medien die Frage stellen, was im Sinne einer weltoffenen Gesellschaft unter Integration verstanden werden soll und wie Integration in städtischen Quartieren vielversprechend gestaltet werden kann. In Bezug auf ethnisch segregierte Quartiere, wie sie in migsst im Fokus stehen, könnte etwa das Konzept des „Urban Citizenship“ (Hess/Lebuhn 2014) vielversprechend sein. Dieses Konzept kommt aus der „Recht auf Stadt“-Bewegung und sieht eine „Stadtbürgerschaft“ für alle Bewohner\*innen vor, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. Ausgehend von dem Gedanken, dass gelingende Integration (rechtliche und politische) Gleichstellung voraussetzt, sieht „Urban Citizenship“ gleiche Möglichkeiten zur Mitsprache, Mitbestimmung und Gestaltung der Stadt für alle Bewohner\*innen vor. Dies würde eine deutliche Steigerung der Handlungsmacht von Migrant\*innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft mit sich

bringen, die von (politischer) Mitbestimmung ausgeschlossen sind. Teilhabe von Migrant\*innen am städtischen Leben soll sich diesem Konzept zufolge nicht darauf beschränken, Zugang zu Bestehendem zu erhalten, sondern die Stadt aktiv gestalten und verändern zu können: „The right to the city is not merely a right of access to what already exists, but a right to change it after our heart’s desire“ (David Harvey 2003: 939, zitiert in Hess/Lebuhn 2014: 28).

Wie es um Teilhabe und konkrete Gestaltungsmöglichkeiten von Migrant\*innen in der Medienproduktion bestellt ist, inwiefern Migrant\*innen also die Möglichkeit haben, den öffentlichen Diskurs über Migration und Migrant\*innen selbst mitzubestimmen, wird im folgenden Abschnitt Thema sein.

### 3.1.2 Medienproduktion von Migrant\*innen

*„Vom Farbfernsehen hatten wir uns mal mehr versprochen. Deutschland ist bunt geworden. Nur die Medien nicht.“ (ndm 2014)*

Mit diesen Worten beginnt ein Image-Video der *Neuen Deutschen Medienmacher\*innen* (ndm), in dem sie auf die mangelnde Vielfalt in deutschen Medienbetrieben – vor und hinter der Kamera bzw. dem Mikrofon – hinweisen und ihre Ansätze zur Verbesserung dieses Zustands vorstellen. Die Neuen Deutschen Medienmacher\*innen sind ein „bundesweiter unabhängiger Zusammenschluss von Journalist\*innen mit und ohne Migrationsgeschichte“, die sich für eine ausgewogene Berichterstattung einsetzen, „die das Einwanderungsland Deutschland adäquat wiedergibt“ (ndm 2019). Als Interessenvertretung für Medienschaffende mit Migrationsgeschichte treten sie in Politik und Medien für einen interkulturellen Journalismus ein, bieten ein Forum für Information und Austausch und fördern in eigenen Projekten gezielt den migrantischen journalistischen Nachwuchs (vgl. ndm 2019). Auch im Bereich der Forschung tragen die Neuen Deutschen Medienmacher\*innen zur Beleuchtung des Themas bei: In ihrer Studie „Viel Wille, kein Weg. Diversity im deutschen Journalismus“ (2020) legen sie offen, dass nur 6,4% der Chefredakteur\*innen in den reichweitenstärksten deutschen Medien einen Migrationshintergrund haben und dass zudem keine\*r dieser seltenen Ausnahmen über einen außereuropäischen Migrationshintergrund verfügt (ndm 2020: 3). Die größten Einwanderergruppen – Menschen aus der Türkei, Polen oder Russland – sind ebenso wenig vertreten wie besonders diskriminierte Minderheiten wie Schwarze oder Muslime (vgl. ndm 2020: 3).

Verglichen mit dem Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der deutschen Gesamtbevölkerung, der etwa 25% beträgt, sind diese in deutschen Redaktionen also deutlich unterrepräsentiert (vgl. ndm 2020: 9)<sup>11</sup>. Zu ähnlichen Befunden kommt eine Studie des *Reuters Institute for the Study of Journalism* (Nielsen et al. 2020), die den Anteil farbiger Chefredakteur\*innen in den jeweiligen Top 10 der Online- und Offlinemedien in Deutschland, Großbritannien, Südafrika, Brasilien und den USA erhebt und miteinander vergleicht. Im Sample dieser Studie findet sich kein einziger farbiger Chefredakteur in den bedeutendsten deutschen und britischen Medienanstalten (Nielsen et al. 2020: 3). Im Vergleich mit Brasilien (5%), den USA (11%) und Südafrika (68%) schneidet Deutschland in absoluten Zahlen schlecht ab. Dies wird etwas relativiert durch die Tatsache, dass in Deutschland auch der Anteil farbiger Menschen an der Gesamtbevölkerung niedriger ist als etwa in den USA (40%), Brasilien (52%) oder Südafrika (91%) (Nielsen et al. 2020: 4). Nichtsdestotrotz erscheint diese Bilanz für ein Einwanderungsland wie Deutschland, in dem Millionen farbiger Menschen leben, inakzeptabel.

Zu diesem Schluss kommt auch der *Deutsche Journalisten-Verband* (DJV). In einer Resolution spricht er sich für mehr Vielfalt in den Redaktionen aus und fordert, „dass sich die Zusammensetzung der Gesellschaft auch in den Redaktionen widerspiegeln müsse“ und dass „bei der Auswahl ihrer Beschäftigten die gesellschaftliche Vielfalt abzubilden [sei] – etwa in Bezug auf Alter, Geschlecht, Ethnizität, soziale Herkunft, sexuelle Orientierung sowie physische und psychische Verfassung“ (DJV 2018). Auch wenn dieses Ziel noch in weiter Ferne scheint, so kann doch positiv angemerkt werden, dass sich jenseits der Chefetagen in Sachen Vielfalt im Laufe der vergangenen Jahre einiges zum Besseren gewandt hat:

*„Die Zeiten, als in den 80er Jahren migrantische Journalist\*innen fast undenkbar, in den 90er Jahren exotisch und in den Nuller Jahren des 21. Jahrhunderts Vorreiter waren, sind vorbei. In vielen deutschen Publikationen lesen und in vielen Programmen hören und sehen wir heute Kolumnistinnen und Reporter,*

---

<sup>11</sup> In ihrem 2021 erschienenen Diversity-Guide „Wie deutsche Medien mehr Vielfalt schaffen“ haben die Neuen Deutschen Medienmacher\*innen ihre Studie zur (mangelnden) Diversität in deutschen Redaktionen zu einem anwendungsbezogenen „Handbuch für professionellen Journalismus im Einwanderungsland“ aufbereitet. Darin klären sie einerseits über Irrtümer und Denkfehler auf und überführen ihre Forderung nach mehr Vielfalt in einen Katalog konkreter Maßnahmen (siehe ndm 2021).

*Nachrichtensprecher und Moderatorinnen, die in Einwandererfamilien aufgewachsen sind.“ (ndm 2020: 3)*

Ebenso vermerken die Neuen Deutschen Medienmacher\*innen positiv, dass die große Mehrheit der Chefredakteur\*innen prinzipiell die Forderung des DJV unterstützt (ndm 2020: 4). Demnach halten über 90% der 126 befragten Chefredakteur\*innen die Arbeit von Journalist\*innen aus Einwandererfamilien für wichtig „einerseits um Diskriminierung zu überwinden, andererseits um ein besseres journalistisches Produkt zu erhalten“ (ebd.). Bislang mangle es aber an der Bereitschaft, konkrete Maßnahmen zum Erreichen dieses Ziels zu ergreifen und umzusetzen: „Obwohl sie interkulturelle Kompetenzen als Pluspunkt anerkennen, suchen sie nicht gezielt nach Mitarbeiter\*innen, die diese mitbringen.“ (ebd.) Die Offenheit für Vielfalt sei da, nicht aber für konkrete Maßnahmen (ebd.: 5).

Vielfalt in den Medien solle nach Ansicht der Neuen Deutschen Medienmacher\*innen zukünftig „Chefsache“ werden (ebd.: 6). Eine Öffnung der Redaktionen könne nur gelingen, wenn Entscheider\*innen aktiv Personal mit Einwanderungsgeschichte zu gewinnen suchten, auch in den Chefetagen. Zudem müssten Mitarbeiter\*innen zu den Themen antidiskriminierende Berichterstattung und Ausbau der interkulturellen Kompetenzen fortlaufend geschult und Diskriminierungserfahrungen innerhalb der Belegschaft aufgearbeitet werden. Als weiteren Schritt schlagen die Neuen Deutschen Medienmacher\*innen die systematische Erfassung der Herkunft von Mitarbeiter\*innen in Medienunternehmen vor, um die Unterrepräsentation von Personen mit Migrationshintergrund messbar und damit sichtbar zu machen (nach dem Motto: „Wer nicht gezählt wird, zählt nicht“). Dies wird von den meisten Chefredakteur\*innen jedoch unter Berufung auf Datenschutzbestimmungen ablehnt (ebd.: 4f.). Die Erhebung dieser Daten wäre aber notwendig, um Zielmarken oder verbindliche Quoten für eine angemessene Repräsentation von Personen mit Migrationshintergrund zu setzen, wie dies in Deutschland etwa in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen praktiziert wird (ebd.: 5). Die Neuen Deutschen Medienmacher\*innen verweisen in diesem Zusammenhang auf Best-Practice-Beispiele aus Irland und Großbritannien, wo ein solches Vorgehen zumindest im öffentlich-rechtlichen

Rundfunkgang und Gabe ist (ebd.).<sup>12</sup> Zielmarken und Quoten sowie deren transparente öffentliche Kommunikation könnten auch dazu beitragen, dass Personalentscheidungen weniger stark durch (unbewusste) Vorurteile der Entscheider\*innen beeinflusst würden. Zwar gab die Mehrheit der befragten Chefredakteur\*innen an, dass einzig die Kompetenz von Bewerber\*innen über deren Einstellungschancen entscheide. Dem widersprechen jedoch soziologische Forschungen zu Diskriminierung am Arbeitsmarkt und *unconscious bias* in Bezug auf *gender* und *race* (vgl. ebd.: 4). Um bestehenden Diskriminierungen entgegenzuwirken, müssten Medienhäuser ihre Rekrutierungsprozesse dahingehend verändern, als dass potenzielle Bewerber\*innen mit Migrationshintergrund bzw. *of Color* proaktiv angesprochen und zur Bewerbung ermuntert werden müssten, auch solche, die nicht über einen akademischen Hintergrund oder einen „geraden“ Lebenslauf verfügten (ebd.: 7). Zugleich müsse, etwa über gut bezahlte Praktika und Ausbildungsverträge, die Sicherstellung des Lebensunterhaltes von Bewerber\*innen aus prekären ökonomischen Verhältnissen gewährleistet werden (ebd.).

Als positives Beispiel für eine proaktive Ansprache von Bewerber\*innen mit Migrationshintergrund heben die Neuen Deutschen Medienmacher\*innen ein Online-Video des Hessischen Rundfunks mit dem Slogan „Journalist\*innen der Zukunft gesucht“ hervor, in dem ein dunkelhäutiger junger Mann um Bewerber\*innen für ein Volontariat wirbt (ebd.: 5). Weiter heißt es in der Anzeige: „Du hast Lust, öffentlich-rechtliche Stärke ins Netz zu übertragen? Dann bist du hier genau richtig. Denn wir suchen kreative Köpfe mit den unterschiedlichsten Biografien und Lebenserfahrungen, die Spaß daran haben, ein großes Medienhaus weiterzuentwickeln.“ (HR 2019) Es liegt auf der Hand, dass eine solche Anzeige Migrant\*innen eher zur Bewerbung ermutigen dürfte als beispielsweise das Pendant der Axel-Springer-Akademie, wo allein schon der Hinweis, dass das Ausfüllen des Online-Bewerbungsformulars ca. 60 Minuten in Anspruch nehmen wird, potenzielle Bewerber\*innen ohne Deutsch als Muttersprache abschrecken dürfte (vgl. Axel Springer Akademie 2020). Neben umfangreichen Unterlagen verlangt die Axel-Springer-Akademie auch Arbeitsproben, die auf journalistische Vorerfahrungen verweisen. Frauen werden in diesem Anzeigetext, der ohne gendergerechte Schreibweisen auskommt, ebenso wenig angesprochen wie Migrant\*innen.

---

<sup>12</sup> Wie Nielsen et al. (2020) in ihrer Studie offenlegen, wird auch in den USA, in Brasilien und Südafrika die Herkunft der Mitarbeiter\*innen in Medienbetrieben erhoben. Deutschland ist das einzige Land des Samples, das diese Daten nicht erfasst.

Neben dem Netzwerk der Neuen Deutschen Medienmacher\*innen gibt es noch eine Reihe weiterer Initiativen, Projekte und Formate, die sich für mehr Vielfalt in deutschen Medien einsetzen und migrantischen Journalist\*innen eine Stimme geben.<sup>13</sup> Zu nennen sind zum einen Förderprogramme für den migrantischen journalistischen Nachwuchs, wie das Studienstipendienprogramm „Medienvielfalt, anders“ der Heinrich Böll Stiftung, die Talentwerkstatt von WDR-grenzenlos, gezielte Stipendienangebote von Reporter ohne Grenzen oder das „Integrationsvolontariat“ bei ALEX Berlin. Daneben haben etablierte Medien wie das ZDF, der WDR, die Süddeutsche Zeitung oder die taz spezielle Formate im Programm, die dezidiert von Journalist\*innen mit Migrationshintergrund gestaltet werden. Beispiele hierfür sind die Kolumnenreihe „Neue Heimat“ der Süddeutschen Zeitung, in der geflohene Journalist\*innen aus Syrien, Afghanistan, Nigeria und Uganda ihre Eindrücke von München und schildern, das ZDF-Magazin „Forum am Freitag“, das sich insbesondere an Muslime in Deutschland richtet, das Online-Magazin „Stimmen des Exils“ des Tagesspiegels oder das deutsch-türkische Online-Magazin „taz.gazete“, das im Juli 2020 zu Ende ging. Der WDR bietet unter der Online-Rubrik „WDRforyou“ tagespolitische und alltagspraktische Informationen in mehreren Sprachen und Schriften insbesondere für Geflüchtete an, ebenso wie der Auslandsfunk der Deutschen Welle, der aktuelle Informationen in 30 Sprachen zur Verfügung stellt. In „WDRforyou“ werden auch Social Media wie YouTube oder Instagram eingebunden. Daneben bietet das Online-Magazin „MiGAZIN“ Beiträge über (weltpolitische) Themen rund um Migration und Integration. MiGAZIN wird von Migrant\*innen und Nicht-Migrant\*innen gestaltet und richtet sich insbesondere an die „Mehrheitsgesellschaft“, die auf diesem Wege mit Perspektiven und Informationen versorgt werden soll, die in anderen Medien zu kurz kommen. MiGAZIN möchte einen aktiven Beitrag zur Integration und Verständigung in Deutschland leisten, und dazu, „die mediale Schiefelage zu begradigen“ (MiGAZIN 2008-2020). Ein ähnliches Ziel verfolgt auch der Münchner Blog „Migrantenstadl“. Die verantwortlichen Autor\*innen beschreiben ihre Initiative als

*„blog von und für grenzüberschreitende, dadaisten und textterroristen, mit provokativen, subjektiven und politischen ansichten und geschichten aus dem migrantenmilieu, und darüber hinaus, in münchen und anderswo. migrantenstadl ist die stimme mitten aus der peripherie!“ (migrantenstadl 2020)*

---

<sup>13</sup> Für einen Überblick vgl. Nolte 2018.

Speziell an in Deutschland lebende Exiljournalist\*innen richtet sich das Netzwerk „Exile Media Forum“ der Körber-Stiftung. Einmal im Jahr kommen Exiljournalist\*innen aus der ganzen Welt in Hamburg zusammen, um über die Bedeutung und Herausforderungen des Exiljournalismus zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte zu entwickeln. Wichtige Exil- bzw. Diaspora-Medien in Deutschland sind z.B. der aserbaidische Exilsender „Meydan TV“, das arabischsprachige Online-Magazin „Abwab.eu“, welches sich vor allem an Geflüchtete aus Syrien, dem Irak und anderen arabischsprachigen Ländern wendet, oder die arabisch- und farsi- bzw. darisprachige Online-Plattform „Amal, Berlin!“. Letztere wird von Journalist\*innen aus Syrien, Afghanistan, Ägypten und Iran betrieben und berichtet über Themen rund ums Ankommen und Leben Deutschland und Berlin.

Ungeachtet dieser hoffnungsvoll stimmenden Beispiele und den (bekundeten) Verbesserungsbestrebungen deutscher Medienunternehmen lässt sich festhalten, dass Migrant\*innen derzeit eine marginale Bedeutung in den etablierten deutschen (Mainstream-)Medienbetrieben zukommt. Ihre Möglichkeiten zur Gestaltung öffentlicher Debatten kann folglich als eher gering eingestuft werden. In Hinblick auf ihre zahlenmäßige Unterrepräsentation in Presse und Rundfunk im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung lässt sich außerdem festhalten, dass dem Integrationsauftrag der Medien, der eine angemessene Repräsentation und eine gerechte Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen vorsieht (vgl. Abschnitt 2), derzeit nicht entsprochen wird. In Hinblick auf die mediale Darstellung migrantisch geprägter Quartiere (vgl. Abschnitt 3.1.1) bedeutet das auch, dass eine zentrale Perspektive auf das Phänomen der Segregation bzw. auf das Zusammenleben an Orten der Vielfalt – nämlich die der Migrant\*innen selbst – in journalistischen Medien zu kurz kommt. Wie ein Blick auf die aufgeführten Beispielen migrantischer Medienproduktion zeigt, handelt es sich hierbei fast ausschließlich um digitale Formate. Eine Chance könnte daher in der wachsenden Bedeutung digitaler Medien liegen (vgl. Abschnitt 3.2.3 zu Partizipativem Journalismus). Diese bieten allen Bevölkerungsgruppen niedrigschwellig und kostengünstig Räume zur Darstellung und Vermittlung ihrer Perspektiven auf gesellschaftliche Themen und Debatten. Auch wenn sich nach wie vor die meisten Menschen in Deutschland über etablierte Presse- und Rundfunkanstalten bzw. über deren Online-Portale informieren, so kann über Digitale Medien potenziell doch eine breite Öffentlichkeit erreicht werden. Über welche Kanäle sich Migrant\*innen in Deutschland



primär informieren und welche Medien sie primär nutzen, soll im Folgenden beleuchtet werden.

### 3.1.3 Mediennutzung von Migrant\*innen

Zwischen 2000 und 2010 sind in Deutschland eine Reihe von größeren, teils repräsentativen Studien zur Mediennutzung von Migrant\*innen durchgeführt worden (z.B. ARD/ZDF-Medienkommission 2007; WDR 2006; Stiftung Lesen 2008; Initiative D21 2008 (Sonderauswertung zum (N)ONLINER Atlas 2008); Babka von Gostomski 2010 (Auswertung der RAM 2006/2007)).<sup>14</sup> Bei diesen primär quantitativ ausgerichteten Studien wurde erfasst, welche Medien in Deutschland lebende Migrant\*innen überhaupt nutzen, wie oft und zu welchem Zweck. Qualitative Studien ermittelten darüber hinaus durch Interviews und Gruppendiskussionen individuelle Beweggründe für die Bevorzugung bestimmter Medien und stellten Zusammenhänge mit der Lebenssituation, dem Integrationsprozess oder dem Selbstbild der Befragten her (z.B. Bozdag 2013; Brendler et al. 2013; Hammeran et al. 2007; Hepp et al. 2010; Hafez 2002). Die Mehrzahl der Studien bis 2010 fokussiert dabei auf türkischstämmige Migrant\*innen oder auf Spätaussiedler\*innen aus der ehemaligen Sowjetunion, andere beziehen weitere zahlenmäßig große Gruppen wie Zugewanderte aus Italien, Griechenland, dem ehemaligen Jugoslawien, Polen oder Russland mit ein.<sup>15</sup> Der Mehrzahl der Studien liegt – explizit oder implizit – die Frage nach einem möglichen Zusammenhang von Mediennutzung und (gelungener bzw. misslingender) Integration zugrunde.<sup>16</sup> Dahinter steht die Annahme, dass sich die (ausschließliche) Nutzung muttersprachlicher bzw. nicht-deutscher Medienangebote negativ auf gesamtgesellschaftliche Verständigungsprozesse und somit auf die Integration auswirken könnte. Ob ein solcher Kausalzusammenhang tatsächlich existiert, und wenn ja, in welche Richtung er verläuft, ist in der Mediennutzungsforschung umstritten: „Sind Migranten gut oder weniger gut integriert, weil sie türkische bzw. deutsche Medien nutzen, oder nutzen sie deutsche bzw.

---

<sup>14</sup> Für einen Überblick über das Forschungsfeld Migration und Mediennutzung vgl. Worbs 2010: 17ff.; Hepp et al. 2011; Brendler et al. 2013: 163f.

<sup>15</sup> Geflüchtete aus Afghanistan, Irak, Syrien oder bestimmten afrikanischen Staaten, die heute einen nennenswerten Teil der Neuzugezogenen ausmachen, werden in diesen Studien noch nicht berücksichtigt.

<sup>16</sup> Einen Überblick zum Zusammenhang von Mediennutzung und Integration liefert der Sammelband „Integration durch Massenmedien“ (Geißler/Pöttker 2006).

türkische Medien, weil sie gut bzw. weniger gut integriert sind?“ (Worbs 2010: 46) Das „Henne-Ei-Problem“, ob „die Mediennutzung den Integrationsstatus beeinflusst oder ihrerseits dessen Ausdruck ist“ (ebd.: 6) bzw. ob die Mediennutzung die abhängige oder unabhängige Variable ist (Sauer 2009: 214), kann auf der Basis der vorliegenden Daten nicht gelöst werden. Susanne Worbs zufolge, die im Integrationsreport des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zahlreiche Studien in Bezug auf diese Frage auswertet, zeichnet sich jedoch eine Tendenz dazu ab, die Nutzung deutscher Medien durch Migrant\*innen eher als *Ausdruck* von Integration zu deuten (Worbs 2010: 6) – oder schlicht als Ausdruck von guten deutschen Sprachkenntnissen (vgl. Oehmichen 2007; Ranger 2018).

Worbs (2010) zufolge ist mit Blick auf die vorliegenden Studien die *komplementäre Nutzung* deutschsprachiger und muttersprachlicher Medien die Regel, das heißt, die meisten Migrant\*innen nutzen sowohl deutschsprachige als auch muttersprachige Medien (Worbs 2010: 5; Weiß/Trebbe 2001; Trebbe 2007). Segregierte Mediennutzung, also rein muttersprachige Mediennutzung, ist in Deutschland die Ausnahme. Auch Ekkehardt Oehmichen (2007) verneint in seiner Studie zur Mediennutzung der sechs größten Gruppen von Zuwanderern die Existenz einer „medialen Parallelgesellschaft“. Zugewanderte aus der Türkei, Griechenland, Italien, Polen, der ehemaligen Sowjetunion und dem ehemaligen Jugoslawien zeigten ein unterschiedliches Mediennutzungsverhalten, jedoch würden alle Gruppen gut von deutschen Medienangeboten erreicht. Zum selben Ergebnis kommt auch Dirk Halm (2006) in Bezug auf die türkischstämmige Bevölkerung in Deutschland. Seine Untersuchung ergab, dass 90% der Befragten deutsche und türkischsprachige Medien nutzen und daher von einer „medialen Ghettoisierung“ nicht die Rede sein kann. Die zitierten Autor\*innen widersprechen der These, die einseitige Rezeption muttersprachiger Medien würde zur Bildung einer „Parallel- bzw. Konkurrenzgesellschaft“ (Becker 1996: 47; zitiert in Schneider/Arnold 2006) führen.

Jüngere, in Deutschland geborene und besser gebildete Migrant\*innen neigen, Worbs zufolge, sogar zur ausschließlichen Nutzung deutschsprachiger Medien, während ältere, im Ausland geborene Migrant\*innen mit geringerem Bildungsgrad eher muttersprachliche Angebote nutzen (Worbs 2010: 5). Türkischstämmige Zugewanderte nutzen im Vergleich mit anderen Gruppen am häufigsten muttersprachige Medien, für sie ist auch das Angebot derselben innerhalb Deutschlands am größten (ebd.). Migrant\*innen aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie aus Polen zeigen im Vergleich die größte Affinität zu deutschsprachigen Medien (ebd.).

Ein interessanter Befund ist, dass muttersprachige Medien bei der komplementären Nutzung eine andere Funktion einnehmen bzw. einen anderen Zweck erfüllen als Deutschsprachige. So wird deutsches Fernsehen von türkischstämmigen Migrant\*innen stärker zur Information genutzt, während das muttersprachliche Angebot stärker Unterhaltungszwecken dient und eine starke soziale Komponente aufweist (Stichwort „Familienfernsehen, vgl. Worbs 2010: 5). Allgemein ist das Fernsehen das von türkischen Migrant\*innen am meisten genutzte Medium (Piga 2007). Letzteres trifft zu Beginn der 2000er Jahre jedoch ebenso auf alle anderen Bevölkerungsgruppen zu (vgl. Worbs 2010).

Einige der Studien unterscheiden verschiedene Nutzungstypen. Die am weitesten verbreitete Typisierung ist an das Modell der Sozialintegration von Hartmut Esser (2000a: 287) angelehnt, welches den Integrationsgrad von Migrant\*innen in Abhängigkeit vom Maß ihrer Integration in die Herkunfts- und in die Aufnahmegesellschaft bestimmt. Esser unterscheidet zwischen *Mehrfachintegration* (Integration in beiden Ländern), *Assimilation* (Integration im Aufnahme-land), *Segmentation* (Integration im Herkunftsland) und *Marginalität* (fehlende Integration in beiden Ländern).<sup>17</sup> Trebbe (2009) entwickelt daraus analog eine Unterscheidung von vier Mediennutzungstypen. Er unterscheidet zwischen *integrativer Mediennutzung* (komplementäre Nutzung deutscher und herkunftssprachiger Medien), *assimilativer Mediennutzung* (überwiegende Nutzung deutscher Medien), *separierender Mediennutzung* (überwiegende Nutzung herkunftssprachiger Medien) und *Marginalisierung* (keine Nutzung von Medien).<sup>18</sup> Viele anknüpfende Forschungen beziehen sich auf Essers bzw. Trebbes Modell (z.B. Brendler et al. 2013; Ranger 2018; Steinbach 2006; Worbs 2010). Anja Steinbach (2006) etwa untersucht anhand von Essers Kategorien die Mediennutzung von türkischen Familien und (russischsprachigen) Spätaussiedler-Familien. Ihr zufolge ist der Anteil der türkischen Familien, die ein integratives Mediennutzungsverhalten aufweisen und Medien aus beiden Ländern konsumieren, um ein Vielfaches höher als das der Aussiedlerfamilien. Dirk Halm (2006) bestätigt diesen Befund: So nutzen insbesondere jüngere Türkischstämmige und solche mittleren Alters türkische und deutsche Medienangebote gleichgewichtig. Dabei ist das bevorzugte Medium das Fernsehen, aber auch Tageszeitungen sowie Online-Medien werden in beiden Sprachen konsumiert. Im Bereich der assimilativen (also rein deutschsprachigen) Mediennutzung übertrifft

---

<sup>17</sup> Für eine schematische Darstellung von Essers Integrationstypen siehe Ranger 2018: 4.

<sup>18</sup> Für eine schematische Darstellung von Trebbes Mediennutzungstypen siehe Ranger 2018: 5.

die Gruppe der Spätaussiedler-Familien den Wert der türkischen Familien um ein Vielfaches. Separierende (also primär muttersprachige) Mediennutzung kommt bei Aussiedlerfamilien so gut wie gar nicht vor. Bei den türkischen Familien fällt diesbezüglich auf, dass sich die Mediennutzung von Frauen und Männern stark unterscheidet. So weisen türkischstämmige Frauen doppelt so oft ein separierendes Nutzungsverhalten auf wie türkische Männer, fast fünfmal so häufig nutzen sie gar keine Medien. Ebenso zählen ältere Türkischstämmige zu dem (verhältnismäßig kleinen) Personenkreis, der ausschließlich türkische Medien nutzt (Halm 2006; Schneider/Arnold 2006). Unklar ist, inwiefern die Nutzungsweise maßgeblich mit den Sprachkompetenzen der Migrant\*innen zusammenhängt. Einerseits spricht die Tatsache, dass die in Deutschland aufwachsenden Kinder von türkischen Einwandererfamilien viermal so häufig ein assimilatives Nutzungsverhalten aufweisen wie ihre im Ausland geborenen Eltern (Steinbach 2006, schematische Darstellung bei Worbs 2019: 45), *für* einen Zusammenhang von Sprachkenntnissen und Mediennutzung. Andererseits spricht die Tatsache, dass Türkischstämmige mit guten Deutschkenntnissen dennoch weiterhin auch auf muttersprachige Medien zurückgreifen, *gegen* eine rein sprachkompetenzabhängige Mediennutzung. Vielmehr scheint Mediennutzung häufig integrativen Zielen zu folgen. Demnach kann das integrative Nutzungsverhalten der Studienteilnehmer\*innen mit guten Sprachkenntnissen als Ausdruck von Zugehörigkeit und Interesse an *beiden* Ländern und Kulturen interpretiert werden (vgl. Halm 2006).

Kai Hafez (2002) vermutet einen stärkeren Zusammenhang zwischen deutschen Sprachkenntnissen und deutschsprachiger Mediennutzung als zwischen deutschsprachiger Mediennutzung und sozialer Integration. In seiner Argumentation differenziert Hafez zwischen verschiedenen Ebenen der Integration. Mediennutzung ist ihm zufolge zwar ein „Indikator der kulturellen und sprachlichen Integration [...] – nicht aber der sozialen und politischen Integration“ (ebd.: 29, zitiert nach Worbs 2010). Diese Differenzierung trägt dem empirischen Befund Rechnung, dass die Mediennutzung wenig Einfluss darauf hat, welche Einstellung Migrant\*innen zum Aufnahmeland haben. So können etwa Personen, die in erster Linie türkischsprachige Medien nutzen, dennoch eine positivere Einstellung und ein höheres Vertrauen in das deutsche politische System haben als solche, die in erster Linie deutschsprachige Medien nutzen (Hafez 2002).

Internetnutzung und digitale Medien rücken erst gegen Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts in den Fokus der Untersuchungen.<sup>19</sup> Dabei wird zunächst auf die Gruppe junger bzw. jugendlicher Migrant\*innen fokussiert (z.B. bei Trebbe et al. 2010; Lampert et al. 2007). Im Vergleich zu einheimischen Jugendlichen zeigt sich, dass (insbesondere männliche) migrantische Kinder und Jugendliche Bildschirmmedien wie Fernsehen, Computer und Spielkonsolen häufiger nutzen (Lampert et al. 2007), was auch Auswirkungen auf gesundheitliche Faktoren wie Übergewicht sowie (im Falle der Nutzung von nicht altersgemäßen Filmen und Videospiele) auf gewalttätiges Verhalten haben kann (vgl. Worbs 2010: 40f.). Türkischstämmige Jugendliche nutzen, Brendler und Kolleg\*innen (2013: 171) zufolge, das Internet sowie andere Individual- und Interaktivmedien überwiegend auf Deutsch, während hingegen im Beisein der Familie oft heimat Sprachige Massenmedien konsumiert werden. Wie Cornelia Lins (2009) hervorhebt, wird das Internet insgesamt – unabhängig vom Migrationshintergrund – signifikant häufiger von Männern als von Frauen sowie stärker von bildungs- und einkommensstarken als von bildungs- und einkommensschwachen Gruppen genutzt. Das bedeutet, dass „der Migrationshintergrund kein eigenständiges Merkmal der Digitalen Spaltung ist“ (Lins 2009: 169), sondern diese stärker von soziodemografischen Faktoren wie Alter, Geschlecht und Bildung abhängt (vgl. Heft et al. 2010; Moser 2009). Eine Spaltung stellt Lins allerdings hinsichtlich der Herkunft migrantischer Mediennutzer\*innen fest: So weisen türkischstämmige Migrant\*innen der ersten Generation und Zugewanderte aus der ehemaligen Sowjetunion den höchsten Anteil von Internetnutzer\*innen auf, während Rumän\*innen, Pol\*innen und Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien die Schlusslichter bilden (Lins 2009: 166ff).

Mit Hinblick auf das Integrationspotenzial des Internets weist Oehmichen (2007) darauf hin, dass das Internet für jüngere Migrant\*innen eine hohe Informations- und Kommunikationsfunktion hat und, ähnlich wie das Fernsehen, auch als Brücke zur Heimat dient. Auch Schneider und Arnold (2006) kommen in Hinblick auf türkischstämmige Internetnutzer\*innen zu dem Schluss, dass das Internet und insbesondere Ethno-Portale, die sich speziell an türkische Auswanderer richten, eine „Verschmelzung deutscher Alltags-Realität und türkischer Traditi-

---

<sup>19</sup> Einen Überblick bieten die empirischen Studien des Sammelbandes „Internet und Migration“ (Hunger/Kissau 2009), darin etwa die Beiträge von Lins 2009; Hepp et al 2009; Moser 2009.

onen und Werte [bewirken], die scheinbar kein Äquivalent außerhalb des Netzes hat“ (Schneider/Arnold 2006: 114).<sup>20</sup> So bietet das Internet den Jugendlichen Möglichkeiten, die eigene Identität im Virtuellen zu entwickeln, zu erproben und später ggf. auch ins „analoge“ Leben zu übertragen (ebd.). Auch die Arbeit von Kathrin Kissau (2008) liefert Anhaltspunkte für ein integratives Potenzial des Internets: Am Beispiel jüdischer Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion arbeitet sie heraus, dass das Internet gesellschaftliche Teilhabe und das Aufbauen eigener Netzwerke entscheidend erleichtern und auch beschleunigen kann. Kai-Uwe Hugger (2009) zeichnet in ähnlicher Weise anhand der Nutzung von Online-Communities durch jugendliche Türken in Deutschland nach, wie Online-Plattformen ihnen helfen, soziale Anerkennung zu erfahren und sich ihrer (hybriden, bewegten) Zugehörigkeiten zu vergewissern. Brendler und Kolleg\*innen (2013: 171f.) machen darüber hinaus darauf aufmerksam, dass sich viele Jugendliche mit Migrationshintergrund durch die häufig negative und pauschalisierende Darstellung von Migrant\*innen in den Massenmedien ungerecht behandelt fühlen. Sie wollen als gleichwertiger Teil der Gesellschaft verstanden werden und vermissen eine Würdigung ihrer Integrationsbemühungen durch die mediale Berichterstattung. Umso wichtiger sind für sie digitale Räume als Orte, wo sie sich selbst darstellen und Anerkennung durch ihre *Peers* erhalten können (Brendler et al 2013: 172).<sup>21</sup> Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Zugang zum Internet von großer Bedeutung für die (Neu-)Verhandlung von Identitäten und Zugehörigkeiten sowie, damit zusammenhängend, für die Integration junger Migrant\*innen ist. Fehlender oder mangelnder Zugang bestimmter Gruppen erscheint vor diesem Hintergrund problematisch in Hinblick auf deren Integrations- und Teilhabechancen.

Aktuellere Forschungen (nach 2015) nehmen verstärkt die Mediennutzung von Geflüchteten in den Blick (z.B. Friedrichs-Liesenkötter/Schmitt 2018; Kaufmann 2016; Kutscher/Kreß 2015; Ranger 2018). Dadurch rücken erstmals Einwanderer aus anderen Ländern und Regionen wie Syrien, Afghanistan, Irak oder Subsahara-Afrika in den Fokus. Aus Interviews und Fokusgruppendifkussionen mit neu zugezogenen Geflüchteten geht hervor, dass für das Ankommen und

---

<sup>20</sup> Zur Bedeutung von Online-Diasporamedien vgl. Bozdog 2013.

<sup>21</sup> Wie Brendler und Kolleg\*innen hervorheben, ist die Suche nach Anerkennung in den sozialen und interaktiven Medien nicht nur ein typisch migrantisches, sondern nicht zuletzt ein typisch jugendliches Verhalten. Bei Migrant\*innen, die sich von den Medien stigmatisiert sehen, gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt sind und sich zudem häufig zwischen zwei Kulturen und entsprechenden Erwartungen verorten müssen, könnte die Rückversicherung und Bestätigung durch die eigenen *Peers* jedoch eine noch bedeutendere Rolle spielen als bei Jugendlichen ohne Migrationsgeschichte.

Zurechtfinden im Gastland, zum Kontakthalten mit der Heimat und nicht zuletzt für die Flucht selbst digitale Medien von zentraler Bedeutung sind. Insbesondere das Smartphone mit seinen Kommunikations- und Navigationsapplikationen wird zum essenziellen Begleiter. Für viele Geflüchtete sind Soziale Netzwerke wie Facebook, YouTube oder WhatsApp die meistgenutzten Medien zum Zwecke der Kommunikation, aber auch zur Information über Gastland, Herkunftsland und das Weltgeschehen (vgl. z.B. Kaufmann 2016; Kutscher/Kreß 2015; für einen Überblick über die Bedeutung digitaler Medien und virtueller Räume für Migrant\*innen siehe Abschnitt 4).

In Hinblick auf die Nutzung von deutschsprachigen Presse- und Rundfunkangeboten durch neu zugezogene Geflüchtete stellt Nadine Ranger (2018) fest, dass diese „oftmals Nachrichten oder leicht verständliche Unterhaltungsangebote wie Fußballspiele oder Cartoons“ (ebd.: 12) konsumieren. Insbesondere beim Radio wird verstärkt auf deutsche Sender zurückgegriffen, nicht zuletzt, um das eigene Hörverstehen zu verbessern (ebd.). Zeitschriften und Zeitungen werden (zumindest online) zuweilen konsumiert, aber im Vergleich zu Fernsehen und Radio als schwer verständlich und komplizierter empfunden (ebd.: 13). Die Nutzung muttersprachlicher Medienangebote lässt sich in dieser Gruppe „vor allem auf integrative Bedürfnisse zurückführen“ oder auf den „Wunsch, Informationen aus dem Geburtsland zu erhalten“ (ebd.). Darüber hinaus stellt Ranger fest, dass Geflüchtete durchaus von Angeboten Gebrauch machen, die speziell für Geflüchtete oder von Geflüchteten für diese Zielgruppe produziert werden (ebd.: 16; für Beispiele siehe Abschnitt 3.1.2). Genutzt werden diese etwa, um zugeschnittene Informationen zu Deutschland oder zum Deutschlernen zu erhalten. Über den Grad der Integration einer Person könnten allein durch die Erfassung ihrer Mediennutzung wenig Aussagen generiert werden; ein eindeutiger oder gar kausaler Zusammenhang von Integration und Mediennutzung konnte in Rangers Studie nicht nachgewiesen werden (ebd.). Die Autorin hebt aber hervor, dass die Nutzung deutschsprachiger Medien sehr wohl einen positiven Einfluss auf die Integration haben kann, da durch Medienkonsum Deutschkenntnisse vertieft und erprobt werden. Gute Sprachkenntnisse werden wiederum als Schlüssel zur Integration begriffen (vgl. Esser 2000b), auch von den Migrant\*innen selbst (Brendler et al. 2013: 169). So erhöhen gute Deutschkenntnisse etwa die Chancen auf einen Job oder Ausbildungsplatz, aber auch auf Freundschaften und Bekanntschaften zu Einheimischen sowie darauf, sich an gesellschaftlichen Debatten zu beteiligen.

Wie deutlich wurde, ist die Mediennutzung von Migrant\*innen in Deutschland vielfältig. Die meisten Migrant\*innen nutzen sowohl deutsche als auch heimatssprachige Medien, insbesondere bei jüngeren Migrant\*innen gibt es, ebenso wie bei jüngeren Deutschen ohne Migrationsgeschichte, eine starke Tendenz zur Nutzung digitaler bzw. sozialer Medien (vgl. Lins 2009). Ferner scheint die Mediennutzung eher abhängig von Sprachkenntnissen als vom Grad der sozialen Integration zu sein. Studien zur Mediennutzung junger Migrant\*innen und Geflüchteter deuten auf eine besondere Bedeutung digitaler Räume für den Migrations- und Integrationsprozess sowie die damit zusammenhängende Neu- und Selbstverortung von Migrant\*innen hin (vgl. Brendler et al. 2013). In Abschnitt 4 werden die angesprochenen Potenziale digitaler Medien für ein gutes Zusammenleben in Räumen der Vielfalt auf der Basis vorliegender Studien vorgestellt und durch konkrete Beispiele integrativer Medienarbeit (u.a. aus den Migsst-Untersuchungsquartieren) veranschaulicht.

Abschließend für das Themenfeld Migration und Journalismus sollen vorab noch vielversprechende Ansätze für einen integrativen Journalismus vorgestellt und diskutiert werden.

### **3.2 Ansätze für einen integrativen Journalismus**

Die Analysen in Abschnitt 3.1. haben deutlich gemacht, dass in Hinblick auf einen integrativen Journalismus in Deutschland einiger Nachholbedarf besteht. Bei der Berichterstattung *über* Migrant\*innen (vgl. Abschnitt 3.1.1) sollte stärker auf sensibles *wording* und *framing* geachtet werden, um Stereotypisierungen und problematische Zuschreibungen zu vermeiden. Zudem sollte bei der Berichterstattung über Migration ein Integrationsbegriff zu Grunde gelegt werden, der Integration als einen prozesshaften, von allen gleichermaßen zu leistenden Vorgang begreift, anstatt einseitige Erwartungen an Zugewanderte zu richten. Migrant\*innen selbst sollten in der Berichterstattung über Migration häufiger zu Wort kommen, da ihre Stimmen im Diskurs um Migrationsfragen – gemessen an ihrer direkten Betroffenheit als zentrale Akteure sowie an ihrem Anteil an der in Deutschland lebenden Gesamtbevölkerung – unterrepräsentiert sind. Auch in Hinblick auf die Medien*produktion* sind Migrant\*innen in deutschen Medienbetrieben stark unterrepräsentiert (vgl. Abschnitt 3.1.2). Um Verbesserungen in diesem Bereich herbeizuführen, sollte der migrantische journalistische Nachwuchs stärker gefördert und gezielt zur Bewerbung um Stellen in Medienbetrieben ermutigt werden. Medienunternehmen in Deutschland sollten sich, wie in anderen Ländern längst üblich, konkrete Ziele



zur Erhöhung des Anteils von Journalist\*innen mit Migrationshintergrund stecken und diese auch transparent kommunizieren und konsequent umsetzen, etwa durch eine Quotenregelung. Im Bereich der *Mediennutzung* von Migrant\*innen (vgl. Abschnitt 3.1.3) deuten jüngste Forschungen auf ein hohes Integrationspotenzial digitaler Medien hin. Außerdem werden Medienformate, die sich primär an (neu zugezogene) Migrant\*innen richten und auf deren Bedarfe (etwa beim Deutschlernen) zugeschnitten sind, von migrantischen Nutzer\*innen durchaus als hilfreich bewertet und gerne angenommen. Beispielhaft ist in diesem Zusammenhang etwa die vom BAMF mitentwickelte „Ankommen“-App, in der grundlegende Informationen zum Leben und Arbeiten in Deutschland in mehreren Sprachen zur Verfügung gestellt werden.<sup>22</sup> Diese Potenziale könnten stärker ausgeschöpft und beworben sowie zu integrativen Zwecken nutzbar gemacht werden.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe konkreter journalistischer Konzepte für ein integratives bzw. vielfaltsorientiertes Medienschaffen. Diese werden aufgrund ihres Ansatzes, bestehende Defizite des Mass Journalismus durch alternative Formen der Berichterstattung zu beheben, auch als „Journalismuskonzepte des Ausgleichs“ bezeichnet (Prinzing 2018: 111). Marlis Prinzing unterscheidet fünf solcher Konzepte: den *anwaltschaftlichen Journalismus*, der in Europa eine lange Tradition hat und seit den 1990er Jahren auch in der Kommunikationswissenschaft reflektiert wird; das US-amerikanische Modell des *Public Journalism*, das auf eine bürgerfreundliche, gut verständliche Aufbereitung politischer Informationen abzielt; den sozialkritischen US-amerikanischen *Solution Journalism*, bei dem Journalist\*innen in der Rolle eines „watchdog“ für soziale Belange und Solidarität eintreten; das aus Dänemark stammende, lösungsorientierte Konzept des *konstruktiven Journalismus*, das auf dem Prinzip der positiven Psychologie aufbaut; sowie den Ansatz des *Friedensjournalismus* oder *konfliktsensitiven Journalismus* (vgl. Bilke 2008), der aktiv zur Lösung von Konflikten und Kriegen beitragen will (Prinzing 2018: 112f.). Alle diese Ansätze wurden in der journalistischen Praxis (weiter)entwickelt und werden heute in unterschiedlich starker Ausprägung praktiziert. Der Zeitraum ihrer bisherigen praktischen Erprobung variiert zwischen mehr als einem Jahrhundert im Fall des *anwaltschaftlichen Journalismus* und gerade einmal einer Dekade im Fall des *konstruktiven Journalismus* (ebd.: 112). In Hinblick auf den Integrationsauftrag der Medien sind eben diese beiden

---

<sup>22</sup> <https://ankommenapp.de/APP/DE/Startseite/startseite-node.html>

Ansätze in den vergangenen Jahren am prominentesten diskutiert worden. Sie sollen daher im Folgenden vorgestellt und hinsichtlich ihrer Potenziale für das Zusammenleben in migrantisch geprägten städtischen Quartieren diskutiert werden (Abschnitte 3.2.1 und 3.2.2). Anschließend werden für den Bereich der Onlinekommunikation der partizipative Journalismus und die Potenziale sozialer Medien in den Blick genommen (Abschnitt 3.2.3).

### 3.2.1 Anwaltschaftlicher Journalismus

*„Als anwaltschaftlicher Journalismus wird ein Berichterstattungsmuster bezeichnet, dem entsprechend Journalistinnen und Journalisten Partei ergreifen für die Berichterstattung über Ereignisse, Personen oder gesellschaftliche Verhältnisse, die in den Medien unterrepräsentiert sind. Dabei kann es um die Interessen von Minderheiten und um die von (machtlosen) Mehrheiten gehen, über die in den Medien unverhältnismäßig wenig berichtet wird.“ (Altmeyen 2016: 132)*

Klaus-Dieter Altmeyens Definition des anwaltschaftlichen Journalismus macht deutlich, dass es sich bei diesem Ansatz um eine politisch und gesellschaftlich engagierte, zugleich aber auch um eine in Hinblick auf ihren Standpunkt streitbare (bzw. umstrittene) Form der Berichterstattung handelt. So scheint es auf der einen Seite – etwa in Hinblick auf die frappierende Unterrepräsentation migrantischer Stimmen sowohl in der Berichterstattung als auch in der Medienproduktion – durchaus angebracht, dass Journalist\*innen sich bemühen, „blinde Flecken“ in der Debatte durch eine gezielte Übernahme von Perspektiven und Positionen ausgegrenzter Subjekte und Gruppen zu erhellen und dadurch bestehende Ungerechtigkeiten auszugleichen. Auf der anderen Seite wird durch die gezielte, einseitige Übernahme einer bestimmten Perspektive die Position der Neutralität aufgegeben (Altmeyen 2016: 132; mit Bezug auf Forster 2006; Haas/Pürer 1991; Saxer 1994). Dies ist insofern problematisch, als dass die Neutralität der Presse als zentrales Gütekriterium eines guten (Nachrichten-)Journalismus und als Garant einer freien Meinungsbildung gilt.<sup>23</sup> Dieser Kritik kann jedoch entgegengehalten wer-

---

<sup>23</sup> Das Neutralitäts- bzw. Objektivitätsgebot sieht vor, dass Journalist\*innen oder Moderator\*innen bei der Aufbereitung bzw. Präsentation von Informationen ihren eigenen Standpunkt nach Möglichkeit nicht zu erkennen

den, dass Nachrichten grundsätzlich, allein durch die Nachrichtenauswahl, die Nachrichtenfrequenz oder das *framing* von Informationen, nicht gänzlich frei von Wertungen sind. Die in Abschnitt 3.1.1 dargestellte Berichterstattung über Migrant\*innen ist ein gutes Beispiel hierfür: Wenn über Migrant\*innen überproportional häufig gefahren- oder kriminalitätsassoziiert berichtet wird, und unterproportional über positive Facetten des Zusammenlebens an Orten der Vielfalt, dann ist die Berichterstattung nicht „neutral“. Auch die Tatsache, dass Migration primär als Herausforderung für die deutsche (Innen-)Politik dargestellt wird, während globale Flucht- und Migrationsursachen meist ausgespart werden, lässt die Bezeichnung „neutral“ als unpassend erscheinen. In diesem Sinne könnte ein anwaltschaftlicher Journalismus also sogar einen Beitrag zu *mehr* Neutralität – oder zumindest zu mehr Vielstimmigkeit – in der Migrationsberichterstattung leisten, denn er erweitert die (einseitig negative) Berichterstattung über Migrant\*innen um bislang unterrepräsentierte Perspektiven, Themen und Akteure: „Er leiht gewissermaßen jenen seine Stimme, die etwas zu sagen hätten, aber nichts zu reden haben“ (Haas/Pürer 1991: 74; zitiert nach Altmeppen 2016: 133).

Die freie Journalistin und Medienwissenschaftlerin Bärbel Röben (2017) plädiert auch aus anderen Gründen für einen engagierten, anwaltschaftlichen Journalismus. Angesichts der fortschreitenden Spaltung der Gesellschaft müssten gängige Nachrichtenwerte wie Negativismus („only bad news are good news“) und Prominenz (nur wer berühmt ist, ist zitierwürdig) hinterfragt werden, ebenso wie das gängige Berufsverständnis von Journalist\*innen als neutrale, unparteiische Vermittler. Denn „in Zeiten sozialer Spaltung reicht das nicht mehr, um die Integrationsfunktion zu erfüllen, die Medien laut Grundgesetz für die Gesellschaft haben“ (ebd.). Medien komme, so Röben, die Aufgabe zu, ein Abbild der Gesellschaft zu liefern, gleichzeitig aber auch die soziale Funktion, einen Ausgleich zwischen unterschiedlich stark im Diskurs vertretenen Gruppen zu schaffen (ebd.). Hierfür sieht Röben den anwaltschaftlichen Journalismus prädestiniert. Zur Verdeutlichung führt sie Beispiele aus den *tagesthemen* und dem *heute journal* an, die zur Perspektiverweiterung beitrugen, indem sie die gängige Berichterstattung über muslimische Straftäter gezielt durch Beiträge ergänzten, in denen Muslime als Helden oder Retter in Erscheinung traten.

---

geben, um die freie Meinungsbildung der Rezipient\*innen nicht zu beeinflussen. In anderen Formaten, die als Meinung gekennzeichnet sind (z.B. im Kommentar), dürfen Journalist\*innen hingegen ihre Meinung zum Ausdruck bringen.

Altmeppen (2020) befürwortet prinzipiell einen journalistischen Stil, der einen klaren Standpunkt vertritt und diesen auch transparent macht. Letzteres vermisst er in vielen journalistischen Arbeiten. Autor\*innen ließen ihren Standpunkt häufig *implizit* einfließen, ohne dies jedoch kenntlich zu machen. In diesem Fall werde den Rezipient\*innen etwas als „objektive Wahrheit“ verkauft, was diesem Anspruch nicht gerecht werde. Häufig werde außerdem in vermeintlich „neutraler“ Weise auf angebliche Sachzwänge verwiesen. Dies bewertet Altmeppen als weitaus problematischer, als wenn Journalist\*innen ihren Standpunkt, und damit auch ihre Werte, offenlegen und für ihre Überzeugungen eintreten (ebd.). Journalist\*innen dürften nicht zu Opfern ihrer Nachrichtenwerte werden (ebd.).

Michael Haller (2017) sieht in einer undurchsichtigen Vermischung von Information und Meinung eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zum einen könne auf subtile Weise Meinungsmache betrieben werden, zum anderen könne die Presse durch fehlende Transparenz und eine einseitige Übernahme einer bestimmten Position ihre Glaubwürdigkeit verspielen. Beim anwaltschaftlichen Journalismus geht es, so Altmeppen (2016: 134f.), jedoch keineswegs um eine Loslösung von journalistischen Standards und Regeln, wie etwa von der Sorgfaltspflicht oder der Nennung von Quellen. Diese würden im anwaltschaftlichen Journalismus streng befolgt, jedoch würden gewisse Akzentverschiebungen zu Gunsten gesellschaftlich benachteiligter Gruppen vorgenommen. Zu diesen gehört etwa die Entscheidung, über ein Thema aus einer selbst gewählten (marginalisierten) Perspektive zu berichten, oder auch das ambitionierte Ziel, durch die eigene Arbeit nicht nur zu informieren, sondern die Wirklichkeit zu verändern (ebd.). Dabei werden widerstreitende Stimmen und Argumente nicht ignoriert, es wird aber vermieden, sie mit der üblichen Priorität und Prominenz zu behandeln. Dadurch wird der erwünschte Ausgleich herbeigeführt.

Die schwindende Bedeutung des anwaltschaftlichen Journalismus in der heutigen Medienlandschaft führt Altmeppen auf Veränderungen im Selbstverständnis von Medienschaffenden und auf einen Wandel gesellschaftlicher Ideale zurück. Tatsächlich sank die Zustimmung von Journalist\*innen zu Merkmalen anwaltschaftlicher Berichterstattung in den vergangenen Jahrzehnten stetig; immer weniger Journalist\*innen können sich vorstellen, eine anwaltschaftliche Rolle im öffentlichen Diskurs zu übernehmen (Altmeppen 2016: 135). Auch der Blick auf frühere Publikationen zur Einordnung verschiedener journalistischer Stile und Textorten legt die schwindende Wertschätzung gegenüber anwaltschaftlicher Berichterstattung

offen. So wurde diese in den frühen 1990er Jahren noch dem Informationsjournalismus zugeordnet, wohingegen sie heute meist als Meinungsjournalismus abgetan wird (ebd.: 133). Saxer (1994) etwa begreift den anwaltschaftlichen Journalismus noch als Ausdruck einer Berufsethik, die sich an *sozialen Kriterien* orientiert und das Ziel der *Solidaritätserweckung* verfolgt, jedoch die üblichen Qualitätskriterien des Journalismus erfüllt. Auch Wallisch (1995: 65) betont die demokratisierenden Potenziale des anwaltschaftlichen Journalismus (vgl. Altmeppen 2016: 132). Altmeppen zufolge hat der anwaltschaftliche Ansatz seine Potenziale nicht verloren. Jedoch entwickelte sich das Ideal medialer Berichterstattung unter dem Druck der Digitalisierung immer weiter weg von der Herstellung gesellschaftlicher Gerechtigkeit und Solidarität hin zu Massentauglichkeit und Profitoptimierung.

*„Journalismus wird nicht mehr dadurch beurteilt, welche Relevanz er für die gesellschaftliche Kommunikation und die Herstellung notwendiger kritischer Öffentlichkeit hat, sondern danach, ob er massentauglich ist.“ (Altmeppen 2016: 132) „Für ambitionierte Berichterstattungsmuster [...] ist in diesen ökonomisch getriebenen Entwicklungen kaum Platz mehr, denn das Erfolgskriterium ist Massentauglichkeit. Dem entsprechen ambitionierte Berichterstattungsmuster jedoch in der Regel nicht.“ (ebd.: 134)*

Altmeppen bedauert die Randstellung, die dem anwaltschaftlichen Journalismus in der zeitgenössischen Medienproduktion zukommt, sieht er in ihm doch einen geeigneten Ansatz, um der Überrepräsentation dominanter Gruppen in den Massenmedien etwas entgegenzusetzen. Als positive Beispiele nennt er die Online-Magazine „Krautreporter“ und „Correct!v“. Beide verfolgen in ihren Statuten unter anderem die Prinzipien des anwaltschaftlichen Journalismus und versuchen, hohe journalistische Qualitätsstandards mit Engagement für eine gerechtere Gesellschaft zu verbinden (ebd.: 135).

Marlis Prinzing (2018) sieht die Rolle der Medien bei der Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung darin, „konsequent Brücken [zu] bauen zwischen den ‚Stimmlosen‘ und den sich bereits gut artikulierenden Gruppen mit dem Ziel einer für die Gesellschaft insgesamt integrierenden Wirkung“ (ebd.: 106). Eine demokratisch orientierte Medienlandschaft müsse Raum bieten für ausgleichende Prozesse, wie sie der anwaltschaftliche Journalismus anstoßen will. Ihr Plädoyer gilt einem Journalismus der Vielfalt, der sowohl abbildende und vermittelnde als auch ausgleichende Journalismuskonzepte in einer guten Mischung bereithält (ebd.: 117).

In Hinblick auf die Situation der migsst-Untersuchungsquartiere, deren Bewohner\*innen unter anderem unter der medialen Stigmatisierung ihrer Quartiere leiden, erscheint es wünschenswert, dass mehr Journalist\*innen dem Ansatz der anwaltschaftlichen, ausgleichenden Berichterstattung folgten. Ihre Aufgabe könnte zum einen darin liegen, die (häufig einseitig negative) Darstellung migrantisch geprägter Orte durch die Einbringung neuer Perspektiven und Wahrnehmungen – im Idealfall die der Bewohner\*innen selbst – zu erweitern. Zum anderen könnten Journalist\*innen sich auch in einem beinahe wörtlichen Sinne zu Anwäl\*innen migrantischer Bewohner\*innen machen, indem sie strukturelle Probleme wie Stigmatisierung, Diskriminierung und Ungerechtigkeiten, denen diese im Alltag ausgesetzt sind, öffentlich zur Sprache brächten und über Hintergründe und ggf. auch Verantwortlichkeiten aufklärten. Eine unmittelbare Einbindung und Einbeziehung der Betroffenen selbst in die inhaltliche Ausgestaltung der Beiträge sollte dabei nach Möglichkeit angestrebt werden.

### 3.2.2 Konstruktiver Journalismus

*“Constructive journalism is a response to increasing tabloidization, sensationalism and negativity bias of the news media today. It is an approach that aims to provide audiences with a fair, accurate and contextualised picture of the world, without overemphasizing the negative and what is going wrong.”*  
(Constructive Institute 2020a)

Ulrik Haagerup ist der Leiter des 2017 im dänischen Aarhus gegründeten *Constructive Institute* und gilt, neben Tina Rosenberg (*Solutions Journalism Network*) und Cathrine Gyldensted (*Constructive Journalism Network*) als einer der bedeutendsten Pioniere des *konstruktiven Journalismus*<sup>24</sup>. Ausgehend von seinen Erfahrungen als Journalist und Chefredakteur in mehreren dänischen Medienhäusern, wo er zunehmend unter den gängigen, auf Negativität ausgerichteten Praktiken der Nachrichtenauswahl und -aufbereitung litt, beginnt er um die Jahrtausendwende über eine „radikale Neuorientierung des Journalismus“ (Kramp/Weichert

---

<sup>24</sup> Der konstruktive Journalismus wird alternativ auch als „kritisch-konstruktiver Journalismus“ (Grüner/Sauer 2017: 8ff.) oder als „Solutions Journalism“ bzw. „Lösungsorientiertem Journalismus“ (Benesh 1998; Krüger 2016) bezeichnet. Für einen umfassenden Forschungsüberblick zum konstruktiven Journalismus siehe Kramp/Weichert 2020; Meier 2018.

2020: 18) nachzudenken. Die Ergebnisse seiner Überlegungen trägt er in seinem vielbeachteten Buch „Constructive News“ (Haagerup 2015) zusammen, das als bedeutendes Manifest des konstruktiven Journalismus gelten kann. Handlungsbedarf sieht der Autor zum einen in Hinblick auf die Perspektive, aus der die Nachrichten beleuchtet werden. Insbesondere der Nachrichtenwert der Negativität müsse hinterfragt und durch das Kriterium der Konstruktivität ersetzt werden, da die derzeitige Schwemme negativer Nachrichten die Menschen überfordere, das gesellschaftliche Klima vergifte und die Demokratie gefährde (vgl. Kramp/Weichert 2020: 17ff, in Rückgriff auf Haagerup 2015). Für eine tatsächliche Überforderung der Konsument\*innen gängiger Nachrichtensendungen sprechen auch Untersuchungen zur Wahrnehmung derselben. So ergab eine Forsa-Umfrage von 2015, dass fast die Hälfte der Befragten die Fernsehrichten als zu problembeladen empfinden, über 80% wünschen sich eine lösungsorientiertere Berichterstattung (vgl. Meier 2018, in Rückgriff auf Hein 2015). Zum anderen verzerre, Haagerup zufolge, der Fokus auf Negativität entscheidend das mediale Abbild der „Wirklichkeit“:

*„Die Leute denken, dass ein Drittel der Menschen in Deutschland Muslime sind, aber das stimmt nicht. Sie glauben, dass die Verbrechensrate steigt, aber das tut sie nicht. Sie meinen, dass Menschen in Afrika ständig verhungern, aber das ist falsch: Mittlerweile sterben mehr Afrikaner an Diabetes als an Hunger. Große Teile der Wahrnehmung liegen völlig daneben.“ (Ulrik Haagerup, zitiert in Kramp/Weichert 2020)*

Der konstruktive Journalismus möchte in diesem Sinne, ähnlich wie der anwaltschaftliche Journalismus, zu einem vollständigeren Bild beitragen. Dies versucht er, indem er „anerkennt, dass es in der Welt zwar Fehler, Misserfolg und Missbrauch aber immer auch Entwicklung, Wachstum und Chancen gibt“ (Seng 2018: 126f.; in Rückgriff auf Gyldensted 2015). Im Gegensatz zum anwaltschaftlichen Journalismus verfolgt er jedoch nicht den Ansatz, stellvertretend für marginalisierte Gruppen zu sprechen, sondern verändert lediglich die Blickrichtung gängiger Berichterstattung: weg von der reinen Präsentation von Problemen hin zur Reflexion von Lösungsansätzen. Anstatt, wie in der gängigen Nachrichtenberichterstattung üblich, ereignisfixiert und mitunter dramatisierend auf aktuelle Problemlagen im „Jetzt“ zu blicken, richtet der konstruktive Journalismus sein Augenmerk neugierig und wohlwollend auf die Zukunft.

Anstatt nach dem „Wer“, „Was“ und „Wann“ zu fragen, fokussiert der konstruktive Journalismus das „Was nun“ und das „Wie“ (vgl. Constructive Institute 2020a; Kramp/Weichert 2020: 23). Er ist stets „gelassen im Ton, gibt sich keiner Rage und Skandalen hin, [...] baut Brücken und polarisiert nicht“ (Kramp/Weichert 2020: 22). Dabei geht es dem konstruktiven Journalismus nicht, wie fälschlicherweise von seinen Kritikern angenommen, um ein Ersetzen des *negative bias* durch einen *positive bias* (ebd.: 14; in Rückgriff auf Pranz/Sauer 2017) oder gar um das Ignorieren von negativen Aspekten (Seng 2018: 126; Kramp/Weichert 2020: 22f.; Constructive Institute 2020a). Der konstruktive Journalismus möchte kein „positiver“ oder beschönigender Journalismus sein, sondern lediglich konstruktiv wirken in Hinblick „sowohl auf die Themenauswahl und den Umgang mit vorherrschenden Narrativen als auch auf die sprachlichen Mittel“ (Seng 2018: 125). Anstatt durch einen Überfluss negativer Nachrichten Gefühle der Machtlosigkeit in den Menschen hervorzurufen, möchte er dazu ermutigen, bekannte Probleme in all ihren Kontexten und Facetten zu betrachten und aktiv und kreativ anzugehen. Er möchte Neugier wecken und dazu anregen, selbst Lösungsansätze und Handlungsoptionen zu entwickeln (Constructive Institute 2020a). Letzteres kann, so Leonie Seng (2018: 126), als der eigentlich konstruktive Aspekt dieses Ansatzes betrachtet werden.

Wie der anwaltschaftliche Journalismus verzichtet auch der konstruktive Journalismus nicht auf die Einhaltung journalistischer Qualitätsstandards, wie das Constructive Institute auf seiner Webseite klarstellt: „It builds on all the old journalistic values about fairness, fact-fulness and serving people ‘the best obtainable version of the truth’“ (Constructive Institute 2020b). Anders als beim anwaltschaftlichen Journalismus sollen jedoch Aktivismus und Parteinahme vermieden werden, ebenso wie das Vorschlagen oder Priorisieren möglicher Lösungen. Vielmehr möchte der konstruktive Journalismus bei den Rezipierenden selbst Prozesse in Gang setzen, die sie zu einer konstruktiven Haltung, und damit auch zum lösungsorientierten Handeln, befähigen. Er beruft sich dabei auf die Theorien der „positiven Psychologie“, die von Abraham Maslow, Carl Roger und Erich Fromm geprägt wurden und heute prominent durch Martin Seligman und Mihali Csikszentmihalyi vertreten werden (Seng 2018: 126). Die positive Psychologie zielt, Seng zufolge, darauf ab, die individuelle Einstellung von Menschen positiv zu beeinflussen. Die Abwendung von vermeintlich krankhaften Vorgängen und die gezielte Hinwendung zu positiven Aspekten soll beim Patienten dazu beitragen, Hoffnung zu schöpfen,



eine optimistische Einstellung anzunehmen und somit die eigene Lebensqualität zu verbessern (ebd.). Der konstruktive Journalismus eignet sich diese Logik insofern an, als dass auch er auf eine Verbesserung der Lebensqualität durch die Zuwendung zu positiven Aspekten und die Einnahme einer nach vorne blickenden, konstruktiven Grundhaltung abzielt. Dabei verspricht er sich Verbesserungen auf mehreren Ebenen: Auf der *individuellen Ebene* – der Rezipient\*innenseite – sollen Gefühle der Überforderung und Machtlosigkeit durch Hoffnung und Zukunftsorientierung ersetzt werden. Rezipient\*innen sollen spüren, dass sie belastenden Ereignissen und Krisen nicht ausgeliefert sind, sondern dass sie selbst etwas zu deren Verbesserung tun können. Sie sollen, in anderen Worten, von der passiven Zuschauer\*innenrolle in die aktive Mitgestalter\*innenrolle versetzt werden. Diese Aktivierung kann auf einer *gesellschaftlichen Ebene* zu einer Verbesserung der Demokratie und des sozialen Miteinanders beitragen. Beim konstruktiven Journalismus wird das Medienschaffen in seiner Rolle als Bindeglied und „feedback mechanism“ zwischen Weltgeschehen und Gesellschaft ernst genommen (Constructive Institute 2020b). Journalist\*innen kommt, diesem Ansatz zufolge, die Aufgabe zu, interaktive Prozesse, etwa einen Austausch zwischen Gesellschaft und Politik, in Gang zu setzen. Bürger\*innen können außerdem durch positive Beispiele („Vorbilder“) in ihrem gesellschaftlichen Engagement gestärkt werden (vgl. Meier 2018). Auf einer *medienwirtschaftlichen Ebene* sollen letztlich auch die Medienunternehmen selbst durch eine bessere Bindung des Publikums vom konstruktiven Journalismus profitieren (Kramp/Weichert 2020: 79). Wie erste Studienergebnisse zur Wirkung konstruktiver Nachrichten belegen<sup>25</sup>, lässt sich, insbesondere bei jüngeren Menschen zwischen 18 und 29 Jahren, eine signifikant höhere Zufriedenheit mit konstruktiven Beiträgen feststellen als bei herkömmlichen Beiträgen; das Lesen konstruktiver Beiträge trägt signifikant zum individuellen Wohlergehen und zur Einnahme einer hoffnungsvollen Grundhaltung bei (Meier 2018; McIntyre 2015). Auch können konstruktive Nachrichten als verständlicher und informativer wahrgenommen werden und potenzielles Engagement zum Thema, z.B. in Form von Spendenbereitschaft, erhöhen (Curry/Hammonds 2014)<sup>26</sup>. Der Partizipationsgrad im Onlinejournalismus und den Social Media ist bei konstruktiven Beiträgen deutlich höher (Kramp/Weichert 2020: 79). So neigen Proband\*innen (und insbesondere

---

<sup>25</sup> Für einen Überblick vgl. Meier 2018.

<sup>26</sup> Dem widersprechen die Studien von Meier (2018) und Karen McIntyre (2015), die in dieser Kategorie keinen signifikanten Befund ermitteln konnten.

weibliche Proband\*innen) signifikant häufiger dazu, konstruktive Reportagen und Nachrichten zu kommentieren, in sozialen Netzwerken mit Freunden und Verwandten zu teilen und mit ihnen in Austausch über das Thema zu treten (Meier 2018). Auch wenn bislang nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte, dass die höhere Bereitschaft zum Teilen von Beiträgen auch Auswirkungen auf eine langfristige Veränderung von Einstellungen oder Handlungsmustern hat, so spricht doch einiges dafür, dass durch die Bereitstellung konstruktiver Beiträge Lesezeiten und Reichweiten erhöht werden können. Kramp und Weichert (2020: 79) bewerten dies sogar als die hauptsächliche Motivation von Presse- und Rundfunkanstalten, ihr Angebot an konstruktiven Beiträgen auszuweiten.

In Hinblick auf die gängige Medienberichterstattung über Flucht und Migration kommt Seng (2018) in ihrer Untersuchung zu den Potenzialen des konstruktiven Journalismus zu dem Ergebnis, dass dieser tatsächlich in der Lage ist, ein vollständigeres Bild der Realität zu vermitteln, und dass er darüber hinaus auch zu einer gelingenden Integration beitragen kann – vorausgesetzt, er wird von einer wachsenden Anzahl von Journalist\*innen auch praktiziert und vorausgesetzt, er trifft „auf fruchtbaren menschlichen Boden“ (Seng 2018: 130). Insbesondere solche Beiträge, die sich der Darstellung individueller Flucht- und Migrationsgeschichten oder individueller Integrationsprozesse widmen, haben Seng zufolge das Potenzial, mehr Verständnis für Geflüchtete und somit eine positivere Einstellung zu Migration in der Bevölkerung zu generieren. Sie stellen eine wichtige Ergänzung dar zur gängigen, negativen und einseitigen Berichterstattung, die einigen der im Pressekodex verankerten Grundsätzen (Wahrung der Menschenwürde, wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit, etc.) nicht entspricht (ebd.: 127).

Wie eine Studie des Forschungs- und Transferprojekts MeKriF (Mediale Krisendarstellung, Medienumgang und Bewältigung durch Heranwachsende am Beispiel Flucht) ergeben hat, zeigen sich insbesondere bei Kindern und Jugendlichen ein erhöhter Bedarf an sowie gute Erfahrungen mit konstruktiven Beiträgen. So fühlen sich Vertreter\*innen dieser Altersgruppe besonders schnell von der gängigen Krisenberichterstattung überfordert und demoralisiert (MeKriF 2020a). Noch stärker als Erwachsene sind sie auf umfassende Kontextualisierung von Ereignissen, gute Selektion von Inhalten und auf konstruktive Impulse angewiesen. Wie aus der Diskussion dieser Projektergebnisse mit Expert\*innen aus Rundfunk und Medien im Rahmen einer Online-Tagung hervorging, sind Informationssendungen wie „Logo“ oder die „Checker“,

die sich an Kinder und Jugendliche richten, tatsächlich stärker am Prinzip des konstruktiven Journalismus orientiert (MeKriF 2020b). Sie sprechen die Zuschauenden direkt an, bieten Interaktionsmöglichkeiten und geben konkrete Hinweise, wie sie selbst in ihrer unmittelbaren Umgebung wirksam werden können, etwa um anderen Menschen in Not zu helfen. In Hinblick auf die Aufbereitung von Informationen könnten die „Erwachsenenmedien“, so Klaus Lutz bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen der MeKriF-Tagung, noch einiges von den Macher\*innen der Kinder- und Jugendmagazine lernen (MeKriF 2020b).

Zu den wichtigsten Netzwerken und Institutionen, die sich für konstruktive Berichterstattung einsetzen und diese erproben, zählen das bereits erwähnte *Constructive Institute* an der Universität von Aarhus. Es versteht sich als Informations- und Weiterbildungsportal für interessierte Journalist\*innen und Organisationen und unterhält ein internationales *fellowship*-Programm für konstruktiv arbeitende Journalist\*innen. Des Weiteren ist das *Constructive Journalism Network* zu nennen, welches den Austausch und die Vernetzung konstruktiv schaffender Journalist\*innen koordiniert, *best practice*-Erfahrungen teilt und Forschung zum konstruktiven Journalismus vorantreibt. Das US-amerikanische Pendant zur „dänischen Schule“, das *Solutions Journalism Network*, bietet Journalist\*innen unter anderem ein Trainingsprogramm und Vernetzungsmöglichkeiten. Im europäischen Kontext leistete auch das britische *Constructive Journalism Project* Pionierarbeit. Es trug die Idee des konstruktiven Journalismus in Form von Workshops und Fortbildungen bis weit über die europäische Union hinaus (z.B. nach Syrien, Libyen, Ägypten und Tunesien), hat seine Arbeit aber mittlerweile eingestellt. Über die derzeitige Verbreitung, Relevanz und Akzeptanz des konstruktiven Journalismus in deutschen Medien schreiben Leif Kramp und Stephan Weichert (2020), die in ihrer Studie „Nachrichten mit Perspektive“ zahlreiche Interviews mit Journalist\*innen und Redakteur\*innen geführt haben, dass die Umsetzung häufig an mangelnden zeitlichen und personellen Ressourcen scheitert (ebd.: 79f.). Im derzeitigen Nachrichtenbetrieb müsse „immer weniger Personal immer aufwändigere Recherchen stemmen“ (ebd.: 79), für Weiterbildungen und Workshops fehle meist die Zeit. Eine Hoffnung liegt, den befragten Medienschaffenden zufolge, im bevorstehenden Generationswechsel in den Redaktionen, der möglicherweise zu einem Umdenken in journalistischen Prioritäten und Maßstäben führen könnte. Als wahrscheinlich gilt, dass es sich beim konstruktiven Journalismus nicht um einen vorübergehenden Trend handelt. Vielmehr zeichne sich angesichts zunehmender Nachrichten- und Politikverdrossenheit ab, dass sich die

Medien nachhaltig reformieren müssen, um ihrem gesellschaftlichen Auftrag gerecht zu werden (ebd.: 86). Kramp und Weichert sprechen in diesem Zusammenhang von einer „kollektive[n] Feuerprobe, die vor allem durch Wagnis, Engagement und Innovation gemeistert werden kann“ (ebd.) und verweisen auf die „systemrelevante Schnittstellen- und Vermittlungsfunktion“ (ebd.) des Journalismus bei der Herstellung einer friedlichen globalisierten Zivilgesellschaft. Diese werde erreicht, „indem er genau von diesen weltweit stattfindenden Wagnissen, Engagements und Innovationen berichtet – durchaus mit kritischer Distanz, aber eben auch vorbildhaft, vorausschauend und wertschätzend“ (ebd.).

Mit Blick auf die skizzierten integrations- und demokratiefördernden Potenziale des konstruktiven Journalismus scheint es wahrscheinlich, dass eine konstruktive Berichterstattung über Flucht und Migration sowie über Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft auch positive Auswirkungen auf das Zusammenleben in ethnisch vielfältigen Quartieren entfalten könnte. Zum einen könnte durch die Herstellung eines vollständigeren, um seine positiven Aspekte bereicherten Bildes mehr Verständnis für die Situation verschiedener ethnischer, kultureller oder sozialer Gruppen geschaffen, verbreitete Vorurteile abgebaut und größeres Vertrauen in die Chancen der Migration entwickelt werden. Zum anderen könnten Bewohner\*innen betreffender Quartiere durch die aktivierenden Impulse des konstruktiven Journalismus dazu angeregt werden, bei lokalen Problemen miteinander in Austausch zu treten und selbst gestaltend aktiv zu werden.

### 3.2.3 Partizipativer Journalismus

Auch der partizipative Journalismus bietet Potenziale für eine Verbesserung von Information über und für einzelne Stadtquartiere und für die Teilnahme der Bewohner\*innen an Öffentlichkeit.

Das Aufkommen der sozialen Medien ist mit zwei Entwicklungen verbunden: einer Krise des herkömmlichen Journalismus und der Emanzipation des Publikums. Die neuen technischen Möglichkeiten der Internetkommunikation führten zu neuen Formen des Journalismus, die unter dem Begriff des *Open Journalism* zusammengefasst werden, einer neuen Praxis des Journalismus für jedermann, die die Einbeziehung der Leser\*innen und die Nutzung ihrer Inhalte einschließt (OSCE, o. D.). Die neuen Formen des Journalismus beruhen auf einer neuen

individuellen Freiheit, sich ohne institutionelle, fachliche oder größere technische Hürden an der öffentlichen Kommunikation zu beteiligen. Für den offenen Journalismus, in Deutschland eher bekannt als Bürgerjournalismus, sind die individualisierten Formen der Verbreitung von Inhalten im Internet und deren Zugänglichkeit über Suchmaschinen eine willkommene Entwicklung (Heesen 2012). Die Teilhabechancen des und der Einzelnen verbunden mit der Auffindbarkeit von Beiträgen über einzelne Stichworte (z.B. zum Stadtteil) geben auch individuellen Beiträgen die Chance auf größere Aufmerksamkeit, ohne dass hierfür eine Zeitung oder ein Sender Pate stehen müsste.

Die neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten versprechen auf diesem Wege eine Befreiung des Individuums von den etablierten Medienöffentlichkeiten und Gatekeepern, also den Torwächtern, die bislang darüber entschieden, was publiziert wird und was nicht. Dazu gehört die Erweiterung des Spektrums der Kommunikationsteilnehmer\*innen auf „normale“ Individuen und neue Institutionen sowie die Möglichkeit, sich ohne journalistische Vorselektion zu informieren und z.B. auf Originalquellen zurückzugreifen.

Digitale Medien, insbesondere die Sozialen Medien, sind „Mitmach-Medien“, in denen die Nutzer\*innen nach Belieben eigene Beiträge und Dienste einstellen können. Sie bieten viele Anwendungen für den Alltag und dienen entsprechend häufig der Thematisierung des Alltäglichen. Dazu trägt insbesondere die intensive Nutzung des Smartphones als Überall-Dabei-Medium bei. Es hat eine Mittlerfunktion zwischen informatisierten Umgebungen (Internet der Dinge, Smart City), sozialen Netzen, (kommerziellen) Dienstleistungen und journalistischen Angeboten.

Für die Partizipation segregierter Gruppen an Medienöffentlichkeiten und Medienproduktion bietet die Online-Kommunikation viele Potenziale (zur Medienproduktion von Migrant\*innen allgemein vgl. Thomas/Kruse/Stehling 2019). Möglichkeiten des Bürgerjournalismus bzw. des partizipativen Journalismus liegen einerseits in den sozialen Bindungen, die durch Soziale Medien entstehen, und andererseits in den Informationsressourcen, die unmittelbar aus den entsprechenden Quartieren und Bevölkerungsgruppen stammen.

## Soziale Bindungen

Für die Internetkommunikation ist es kennzeichnend, dass eine unmittelbare Ansprache der Kommunikationsteilnehmer\*innen untereinander möglich ist. Im Unterschied zu Redaktionen, Rundfunkhäusern oder Verlagen, die Vertrauensbeziehungen über eine lange gepflegte, institutionell verfasste Reputation sichern, sind Aufbau und Erhalt von Vertrauensbeziehungen online hauptsächlich über gelingende Interaktionsbeziehungen mit dem Publikum aufrecht zu erhalten. Tobias Eberwein und Colin Porlezza betonen im Zusammenhang von Fragen der Verantwortungswahrnehmung in den Online-Medien, dass gegenseitiges Vertrauen hier insbesondere durch Interaktion und Verbundenheit hergestellt wird: "In the end trust is secured by connectivity" (Eberwein/Porlezza 2016: 332).

Die Teilnehmer\*innen der öffentlichen Online-Kommunikation sind insofern Knotenpunkte eines Netzwerks, die in gegenseitiger Verantwortung zueinanderstehen und sich berechnete kommunikative Ansprüche wie Wahrheit, Wahrhaftigkeit oder Verständlichkeit schulden. Die Kommunikationswissenschaftlerin Jane Singer spricht deshalb vom Wandel der journalistischen *Gatekeeper Ethics* hin zu einer *Relationship Ethics* in der Online-Kommunikation (Singer 2010: 2f.).

In der Stärkung einer konstruktiven Online-Kommunikation in und über einzelne Quartiere liegt somit eine Chance für Integration innerhalb des Viertels und einer Stärkung der sozialen Beziehungen, wobei an dieser Stelle mögliche negative Seiten der Sozialen Medien wie Hate Speech, Desinformation oder Überwachungspotenziale nicht ungenannt bleiben sollen (vgl. Tenove 2020 oder die Initiative "No Hate Speech").

## Informationsressourcen und epistemische Gerechtigkeit

Der zweite Punkt, der den partizipativen Journalismus für Fragen der gesellschaftlichen Integration interessant macht, stellt das Wissen über die Lebenssituation von Minderheiten und marginalisierten Gruppen in den Vordergrund. Hier spielen Konzepte des partizipativen Journalismus oder synonym auch Bürgerjournalismus (vgl. Carpentier et al. 2013; Wall 2017) eine wichtige Rolle. Sie schließen an Konzepte zur digitalen Zeugenschaft und Dokumentation an, die sich an normativen Anforderungen in Hinsicht auf faire Kommunikationsverhältnisse und die ausgewogene Sichtbarkeit aller gesellschaftlichen Gruppen beziehen. Für diese Ansätze ist

charakteristisch, dass die aktive Beteiligung von Individuen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen an öffentlicher Kommunikation eine zentrale Rolle einnimmt. Der partizipative Journalismus steht für die Bedeutung neuer nicht-professioneller Gruppen an der Herstellung öffentlicher Kommunikation. Sie basieren u.a. auf Miranda Frickers Theorie der epistemischen Gerechtigkeit – also der gleichen Verteilung der Chance für Informationen, Aufmerksamkeit zu finden und somit zum Bestandteil des allgemeinen Wissens und Bewusstseins zu werden.

In Frickers Konzept geht es um die Marginalisierung bestimmter Gruppen, die häufig mit einer mangelnden Zuschreibung von Glaubwürdigkeit und Geltungsmacht im öffentlichen Diskurs verbunden ist (Fricker 2012, 2019; Sell 2019). Dieses *Silencing* führt zu manifesten sozialen Benachteiligungen, aber auch zu einer epistemischen Ungerechtigkeit, da Erfahrungen und Wissen dieser Gruppen als öffentlich anerkanntes Wissen nicht vorkommen. Soziale Medien bieten einen Ausweg aus dieser Wahrnehmungslücke, beispielhaft hierfür sind Anzahl und Bedeutung von Selbst- und Opferzeugnissen in der #metoo-Debatte. Eine besondere Rolle spielt hier die persönliche Erfahrung und damit die unmittelbare Zeugenschaft, die in der Regel mit Attributen wie Glaubwürdigkeit und Authentizität verbunden ist und in besonderem Maße zu Empathie und Solidarität anregen kann. Zeugenschaft verbindet auf diesem Weg persönliche politische Partizipation mit vernetztem Handeln und kann zu neuen Möglichkeiten kollaborativer Bedeutungszuschreibung und kollektiver Übernahme von Verantwortung führen (vgl. Fricker 2012, 2009; Sell 2020). Über den partizipativen Journalismus und andere Medieninhalte, die durch Internetnutzer\*innen produziert wurden (*user generated content*), kann auf diesem Weg ein vollständigeres Bild gesellschaftlicher Wirklichkeiten erzeugt und einer epistemischen Ungerechtigkeit entgegengewirkt werden.

Zusammenfassend wird deutlich, dass der partizipative Journalismus einen wichtigen Beitrag zur Integration durch Medien leisten kann. Für die Online-Kommunikation sollten solche Formen der Ermächtigung der Nutzer\*innen in ethnisch segregierten Quartieren diskutiert und umgesetzt werden (vgl. Abschnitt 5: Handlungsempfehlungen).

## 4 Migration und digitale Medien

Die Digitalisierung betrifft an den meisten Orten der Welt längst alle Lebensbereiche. Auch Theorie und Praxis der Migration haben sich unter dem Einfluss der Digitalisierung verändert. Im akademischen Kontext kennzeichnet die Etablierung des Begriffes „Migration“ auch eine Wende im Verständnis des Phänomens. Wie Manuela Bojadžijev (2020: 15f.) verdeutlicht, löst der Begriff den ehemals vorherrschenden Terminus der Ein- bzw. Auswanderung ab, welcher Migration als (einmalige) Bewegung von A nach B und als (vorübergehenden) Ausnahmezustand – im Kontrast zum „Normalzustand“ der Sesshaftigkeit – imaginiert (ebd.: 15). Der Begriff Migration umfasst hingegen eine Vielfalt menschlicher Mobilitätspraktiken und betont deren Permanenz bzw. Unabgeschlossenheit. Das Spektrum reicht vom geplanten Auslandsstudium über Arbeitsmigration bis hin zur Flucht vor Krieg oder Armut (vgl. ebd.: 16). Zugleich ist die Praxis der Migration heute in hohem Maße digital vermittelt und digital organisiert. Pläne zur Migration werden auf der Grundlage digital vermittelter Informationen geschmiedet, Reise und Unterkunft werden auf digitalen Plattformen und mit Hilfe digitaler Endgeräte organisiert, persönliche Kontakte werden durch digitale und Soziale Medien hergestellt und gepflegt, staatliche Kontrolle über Migrationsbewegungen erfolgt über digital gestützte Systeme, und sogar die Migration selbst kann rein virtuell erfolgen, etwa in Form von virtueller Arbeitsmigration (vgl. ebd.).

Das Forschungsfeld zu Migration und Digitalisierung lässt sich entlang dieser lebenspraktischen Bereiche skizzieren. Bojadžijev (2020: 16f.) schlägt, mit Blick auf existierende Veröffentlichungen, eine dreiteilige Systematisierung vor. Sie unterscheidet Forschungen zur Nutzung digitaler Endgeräte durch Migrant\*innen, zu transnationalen digitalen Netzwerken in der Migration und zum Einsatz datafizierter Informationssysteme und -infrastrukturen, etwa im Grenzmanagement und bei der Überwachung, aber auch bezüglich der Handlungsbefähigung bzw. -begrenzung von Migrant\*innen durch diese Systeme<sup>27</sup>. Darüber hinaus skizziert Bojadžijev zukünftigen Forschungsbedarf in Hinblick auf die systematische Untersuchung sich verändernder Vorstellungen von Migration durch die Digitalisierung sowie hinsichtlich mobiler digitaler Arbeit im Kontext von virtueller Migration und e-Residency. Auch wenn diese beiden

---

<sup>27</sup> In diesen Bereich fallen auch Forschungen zu den Potenzialen und Gefahren der „Smart City“ in Hinblick auf das Zusammenleben in Städten (vgl. Abschnitt 4.3).



Aspekte noch wenig erforscht sind und für die zentralen Fragestellungen in migsst zunächst weniger relevant erscheinen, sind sie doch insofern bedeutsam, als dass sie Chancen hinsichtlich einer möglichen Normalisierung von Migration in der öffentlichen Wahrnehmung anzeigen (Migration als „Normalzustand“), welche zu einem Abbau bestehender Diskriminierungen und Exklusionen beitragen könnten.

Die folgenden Reflexionen zu den Bedeutungspotenzialen digitaler Medien und virtueller Räume für den Migrationsprozess (Abschnitt 4.1), zu den Möglichkeiten einer integrativen Medienarbeit im Quartier (Abschnitt 4.2) und den Potenzialen und Grenzen der Smart City (Abschnitt 4.3) nehmen auf Forschungen aus den von Bojadžijevs aufgeworfenen Themenfeldern Bezug und führen diese mit Fokus auf die Frage nach einem guten Zusammenleben in Quartieren der Vielfalt zusammen. Um dem für das migsst-Projekt elementaren Aspekt der aktiven Teilhabe von Migrant\*innen an digitalen Mediendiskursen und -praktiken stärker Rechnung zu tragen, wird Bojadžijevs Systematisierung noch um das Feld der digitalen *Medienproduktion* erweitert. Diese schließt neben der Erstellung von digitalen Beiträgen durch Migrant\*innen auch die Mitarbeit in medienpädagogischen Projekten mit ein, die sich exklusiv oder inklusiv an Migrant\*innen richten oder von diesen organisiert werden.

#### **4.1 Bedeutungspotenziale digitaler Medien und virtueller Räume für den Migrationsprozess**

Wie in Abschnitt 3.1.3 aufgezeigt, weisen empirische Forschungen zur Mediennutzung von Migrant\*innen auf die wachsende Bedeutung digitaler Medien für den Migrations- und Integrationsprozess hin (siehe u.a. Schneider/Arnold 2006; Kissau 2008; Hugger 2009; Brendler et al. 2013). Digitale Medien, und insbesondere das Smartphone, das unterschiedliche Apps zur Kommunikation, Navigation und Information in seiner „Alles-in-einem-Funktion“ vereint (Friedrichs-Liesenkötter et al. 2020: 65), sind essenziell für die Organisation und Umsetzung der Reise und Ankunft. Digital vermittelte Informationen sind häufig ausschlaggebend für die Auswahl des Ziellandes und der Route (Friedrichs-Liesenkötter/Schmitt 2018: 11f.). Insbesondere für Geflüchtete wird das Smartphone zum überlebenswichtigen Allround-Tool und zum trostpendenden Begleiter. Über das Handy werden Fluchtrouten ermittelt und in sozialen Medien mit den Erfahrungen anderer Geflüchteter abgeglichen; es werden aktuelle Informationen, etwa zur Wetterlage auf See, zu Grenzschießungen oder Polizeikontrollen eingeholt;

das Mobiltelefon ermöglicht Geldtransaktionen mit Familienmitgliedern sowie mit Schleusern oder anderen fluchtspezifischen „Dienstleistern“; es dient nicht zuletzt auch als emotionale Stütze, indem es das Gefühl der Verbundenheit mit Freunden und Verwandten aufrechterhält (vgl. Friedrichs-Liesenkötter et al. 2020: 65f.; Friedrichs-Liesenkötter/Schmitt 2018: 5ff.; Kutscher/Kreß 2015; Kaufmann 2016; UNHCR 2016). Aufgrund seiner weitreichenden Nutzungsmöglichkeiten und seiner essenziellen Bedeutung auf der Flucht wird das Smartphone auch mit einer Rettungsleine oder einem Schweizer Taschenmesser verglichen und als „sozialer Klebstoff“ bezeichnet (vgl. Lukas/Masumi 2020: 29). Wie aus qualitativen Interviews mit Geflüchteten hervorgeht, stellt der Zugang zu Internet und mobilen Endgeräten für diese neben Nahrung und Obdach ein weiteres existenzielles Grundbedürfnis dar: „Internet ist gleich mit Essen“ – so beschreibt ein unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter die Bedeutung des Internets in der Studie von Kutscher und Kreß (2015: 1). Studien der Vereinten Nationen (UNHCR) bestätigen den Eindruck, dass der Zugang zu digitalen Medien von den Geflüchteten selbst als vorrangig betrachtet wird und dass internetfähige Mobiltelefone die Sicherheit der Schutzsuchenden erhöhen können (vgl. Lukas/Masumi 2020: 29f.). Betriska Lukas und Maryam Mona Masumi machen darüber hinaus auf die Kehrseite der mobilen Internetnutzung auf der Flucht aufmerksam. Insbesondere die emotionale und handlungspraktische Abhängigkeit vom Mobiltelefon und die Konsequenzen bei dessen Beschädigung oder Verlust werden als nachteilig beschrieben, ebenso wie die Gefahr durch Falschinformationen oder Überwachung und (Rück-)Verfolgung (ebd.: 32ff.). Um diese Risiken zu vermeiden, verzichten manche Migrierende von vornherein auf die Nutzung eines internetfähigen Handys und bevorzugen den direkten Kontakt zu Menschen vor Ort als Informationsquelle (ebd.: 33). Aus ethischer Perspektive und in Hinblick auf Gerechtigkeitsaspekte ist im Kontext der Smartphone-Nutzung auf der Flucht auch der Aspekt des *digital divide* und, damit zusammenhängend, der *digital literacy* bedeutsam (ebd.: 30). Denn je nach Herkunft unterscheiden sich die Möglichkeiten von Geflüchteten, ein Smartphone zu besitzen und damit umgehen zu können (Friedrichs-Liesenkötter et al. 2020: 67). So haben nicht alle Geflüchtete dieselben Chancen, von den Möglichkeiten digitaler Medien auf der Flucht, aber auch bei der Integration am Zielort, zu profitieren. Eine zusätzliche Aufgabe für Einrichtungen in Deutschland und Europa zur Aufnahme von Geflüchteten könnte deshalb darin bestehen, durch gezielte Medienkompetenzförderung für einen Ausgleich dieser unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen zu sorgen.

Forschungen, die sich mit der Frage nach der Bedeutung digitaler Medien und virtueller Räume für das Ankommen und für ein gutes Zusammenleben in der neuen Heimat auseinandersetzen, identifizieren neben den bereits skizzierten Potenzialen im Bereich der Informationsbeschaffung, Kommunikation und Navigation noch weitere Funktionen und Wirkungsbereiche. So werden digitale Medien, und insbesondere Soziale Medien wie YouTube, Facebook oder interaktive Blogs, als Orte zur Herausbildung bzw. Neuverhandlung transkultureller Identitäten bzw. als Orte transkultureller Selbstverortung beschrieben (Schachtner 2020; Kutschner/Kreß 2018: 325). Christina Schachtner (2020: 43) versteht unter transkultureller Identitätsentwicklung den kontinuierlichen Abgleich bisheriger Lebenserfahrungen – dem individuellen „kulturellen Gepäck“ – mit neuen Eindrücken und Erfahrungen (ebd.: 42). Im fortlaufenden und niemals vollendeten Prozess dieses Abgleichs entstehen sich verändernde, „bewegte Zugehörigkeiten“ (Strasser 2012: 136, zitiert in Schachtner 2020: 43), die sich im Falle von Migrant\*innen meist irgendwo „dazwischen“, zwischen alter und neuer Heimat, verorten. Medien wie Film und Fernsehen und insbesondere das Internet bieten Migrant\*innen Räume zur Neuverortung (Schachtner 2020: 43). Medien werden dabei zu Impulsgebern zur Auseinandersetzung, zum fortwährenden Abgleich von neuem und altem (ebd.: 47; 50) sowie zu Brücken zwischen (gefühl) differenten Welten (ebd.: 57ff.). Diese Brücken können dabei helfen, den Schmerz des „Dazwischenseins“ zu überwinden und ein Gefühl von sozialer Verbundenheit zu entwickeln.<sup>28</sup> Verbundenheit wiederum ist für Schachtner zentrale Voraussetzung für seelisches Wohlergehen und Entwicklung (ebd.: 52f.). Diese sind im Prozess der Migration stark gefährdet, da die Migration zwangsläufig eine Neuaushandlung bisheriger Beziehungen sowie des eigenen selbst verlangt (ebd.). (Soziale) Medien können bei der Herstellung von sozialer Verbundenheit helfen, indem sie Räume zur Selbstdarstellung, Rückversicherung und Entwicklung bieten (Schachtner 2020: 50ff.; Brendler et al 2013: 172). Durch Austausch, Interaktion und die Etablierung gemeinsamer Bezugspunkte und Vorstellungswelten (z.B. auf Fan-Blogs, durch Musikvideos oder in online-communities von Influencer\*innen) kann ein Gefühl von Gemeinschaft und Zugehörigkeit entstehen, welches sich auch positiv auf das Lebensgefühl in der nicht-virtuellen Welt auswirken kann (Friedrichs-Liesenkötter et al. 2020: 69). Im ungünstigsten Fall können (soziale) Medien das Gefühl des Getrenntseins der Bezugswelten

---

<sup>28</sup> Hugger (2009) nennt das die „national-, ethnisch-, kulturell bezogene Ortlosigkeit verorten können“ (zitiert in Liesenkötter et al. 2020: 73f.).

jedoch auch verstärken und Gefühle von Unverbundenheit und Einsamkeit begünstigen (Schachtner 2020: 56ff.). Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Migrant\*innen das Gefühl bekommen, im virtuellen Raum weder in Netzwerken der alten noch der neuen Heimat Anerkennung und Beachtung zu finden, oder wenn sie im Netz mit rassistischen Vorurteilen und Hass konfrontiert werden (vgl. Brendler et al 2013: 172). In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach virtuellen Schutzräumen für Migrant\*innen und die besonders vulnerable Gruppe der Geflüchteten, in denen ihnen einerseits die Vorzüge der Internetnutzung erhalten bleiben und andererseits Anonymität und Sicherheit gewährleistet sind. Karin Sauer und Marc Hasselbach (2020) machen in diesem Zusammenhang auf die Potenziale aufmerksam, die das illegale, aber gut verschlüsselte und datensichere Darknet aufgrund seiner Verbindungsstruktur (Peer-to-peer-Overlay-Netzwerk aus lauter einzelnen Verbindungen) bietet (Sauer/Hasselbach 2020: 88). Die Autor\*innen legen am Beispiel geflüchteter syrischer Frauen offen, wie das Darknet mangels legaler, sicherer Alternativen zum illegalen Marktplatz für asylrelevante Dokumente, aber auch zum Forum für Selbstdarstellung, Networking und Bewältigung wird (87ff.). Einige der kommerziellen sozialen Medien und Plattformen wie Facebook kooperieren mittlerweile mit Onion bzw. dem Tor-Browser, über die das Darknet erreicht wird. Auch einige Solidargemeinschaften aus dem „Clearnet“ (wie z.B. „The Voice Refugee Forum“) sind parallel auch im Darknet präsent. Da das Darknet aufgrund seiner Illegalität und fehlender Kontrolle auch eigene Risiken birgt (etwa die Präsenz von unseriösen Hilfsangeboten), plädieren Sauer und Hasselbach (2020) für die Einrichtung legaler virtueller Schutzräume als Aufgabe der sozialen Arbeit sowie für eine Erweiterung des Angebots namhafter Hilfsorganisationen im Darknet, um die Präsenz seriöser Angebote zu erhöhen und das Risiko durch unseriöse Anbieter zu verringern.

Digitale Medien werden darüber hinaus als Mittel, Mediatoren und Voraussetzung von Teilhabe beschrieben (Friedrichs-Liesenkötter/Schmitt 2017: 15; Schachtner 2020: 47). Die Nutzung digitaler Medien dient Migrant\*innen zum einen zum Spracherwerb. So geht aus Interviewstudien hervor, dass Migrant\*innen deutschsprachige YouTube-Videos und Podcasts konsumieren oder Deutschlern-Apps nutzen, um ihre Deutschkenntnisse zu verbessern (Schachtner 2020: 53; Ranger 2018: 12; Friedrichs-Liesenkötter et al. 2020: 70). Sprachkenntnisse wiederum werden als Voraussetzung für Handlungsfähigkeit und Teilhabe in Gesellschaft, Alltag und Bildung angesehen (Schachtner 2020: 50). Mediennutzung kann demnach

zum (self-)empowerment von Migrant\*innen beitragen (Friedrichs-Liesenkötter/Schmitt 2018; Lukas/Masumi 2020). Zum anderen eignen sich digitale Medien zur Herstellung von Kontakten und zur Erprobung kultureller Kompetenzen. So können Migrant\*innen online und ggf. anonym (und damit niedrigschwellig und weniger angst- oder schambesetzt) Sprachkenntnisse und Umgangsformen der alltäglichen Kommunikation anwenden (vgl. Friedrichs-Liesenkötter/Schmitt 2018: 25).

Friedrichs-Liesenkötter und Schmitt (2017: 27) zufolge ist Medienhandeln grundsätzlich Ausdruck von Handlungsfähigkeit. Digitale Medien sind geeignet für das Erleben und Erproben eigener Handlungsmöglichkeiten (Friedrichs-Liesenkötter et al. 2020: 75f.) und damit förderlich für gesellschaftliche Teilhabe. Die Autor\*innen betrachten Medien unter Rückgriff auf Agency-Theorien dabei als Dinge, von denen Handlungsmacht ausgehen kann bzw. die Handlungsmacht verstärken können (Friedrichs-Liesenkötter/Schmitt 2017: 10). In diesem Sinne ist der Zugang zu (mobilem) Internet und digitalen Endgeräten eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass diese Potenziale von Migrant\*innen überhaupt genutzt werden können. Die Frage über den Zugang zu digitalen Medien wird in dieser Hinsicht auch zur Macht-Frage: es ist nicht nur eine Frage des Teilhabens bzw. Teilhaben-Wollens, sondern auch des Teilhaben-Lassens (Schachtner 2020: 47). In diesem Zusammenhang beklagen Friedrichs-Liesenkötter und Schmitt (2017: 15f.) auch den Missstand, dass viele Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete sowie auch viele Sozialwohnungen ohne Internet sind. Zudem kritisieren sie das Handy-Verbot in den meisten Schulen, da die Nutzung von Übersetzer- und Kommunikations-Apps sowie von Suchmaschinen für (neu zugezogene) Migrant\*innen mit schwach ausgeprägten Deutschkenntnissen die Möglichkeiten zur Teilhabe am Unterricht, wie in Pilotprojekten gezeigt wurde, erheblich erleichtern können (Friedrichs-Liesenkötter et al. 2020: 75f.). Zur Überwindung dieser Missstände fordern die Autor\*innen die Bereitstellung von flächendeckendem Internet und von ausreichend zur Verfügung stehender Endgeräte in Unterkünften für Geflüchtete sowie einen flexibleren Umgang mit dem Handyverbot an Schulen und eine stärkere Einbeziehung digitaler Medien in den Unterricht (ebd.: 76). Auf diese Weise könne die Medienkompetenz aller gestärkt und Unterschiede überwunden werden. Sie weisen darüber hinaus auf die inklusiven Potenziale von medienpädagogischen Projekten mit Kindern und Jugendlichen hin (ebd.: 76f.). Diese Projekte dienen nicht nur dem besseren Kennenlernen und der

Integration, sondern auch ganz konkret dem Spracherwerb und der Aneignung von Medienkompetenz (Friedrichs-Liesenkötter/Schmitt 2018: 22f.). Auch innerhalb der Projekte haben sich Chat-Plattformen wie WhatsApp-Gruppen als niedrighschwellige Kommunikationsformen bewährt, da sie die Teilhabe der migrantischen Teilnehmer\*innen begünstigten.

Daneben verweisen diese Forschungen jedoch auch auf die Schattenseiten medienvermittelter Kommunikation und Information: Insbesondere Migrant\*innen mit traumatischen Migrationserfahrungen oder solche, die aus Kriegs- und Krisenregionen kommen, können Nachrichten aus der Heimat oder den Kontakt mit ihren Angehörigen als sehr belastend erleben, insbesondere dann, wenn sie mit diesem Erleben allein sind. In Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete sowie seitens der Institutionen im Bereich der sozialen Arbeit ist daher professionelles und zu diesem Zweck geschultes Personal von Nöten, das Betroffene bei schwieriger medienvermittelter Kommunikation begleitet und bei der Bewältigung hilft (Friedrichs-Liesenkötter/Schmitt 2018: 28f.). Dasselbe gilt für Erfahrungen mit einseitig negativer oder diskriminierender Medienberichterstattung oder bei rassistisch motivierten Anfeindungen im Netz. Zwar sind cyber-mobbing und hate speech keine ausschließlich Migrant\*innen betreffenden Probleme, sondern stellen potenziell eine Herausforderung für alle Nutzer\*innen interaktiver und sozialer Medien dar. Aufgrund der besonderen Vulnerabilität (neu zugezogener) Migrant\*innen, etwa wegen sprachlicher Benachteiligungen oder angesichts von herausfordernden Erfahrungen wie des Getrennt- oder Alleinseins, sind passgenaue und mehrsprachige Hilfsangebote und Anlaufstellen von Nöten – sowohl offline als auch im Netz. Beispiele für bestehende Hilfsangebote dieser Art findet sich etwa bei der Caritas, beim Nationalen Zentrum Frühe Hilfen oder im Rahmen der NAKOS-Selbsthilfegruppen, aber auch auf den Webseiten örtlicher Stadtverwaltungen.

Was auf lokaler Ebene darüber hinaus mit und durch digitale Medien erreicht werden kann, soll im folgenden Abschnitt dargestellt werden.

## **4.2 Ansätze und Beispiele einer integrativen Medienarbeit im Quartier**

Integration findet im „realen“ Leben vordergründig auf lokaler Ebene statt. Menschen begegnen sich bei der Arbeit, in der Schule, auf dem Spielplatz, auf dem Fußballplatz, im Park oder

im Café, dort entstehen Bekanntschaften, Freundschaften und gemeinsame Erlebnisse, welche Gefühle der Verbundenheit und der Zugehörigkeit ermöglichen. Wie in 4.1 beschrieben, bieten digitale Medien im virtuellen Raum Möglichkeiten zur Herstellung von Verbundenheit und Gemeinschaft. Darüber hinaus können digitale Medien auch im „echten“ Leben für integrative Zwecke nutzbar gemacht werden. Im Folgenden sollen exemplarisch verschiedene Anwendungsfelder und Einsatzbereiche digitaler Medien in der lokalen Integrationsarbeit aufgezeigt werden. Dabei wird illustrativ auf Beispiele aus städtischen Quartieren Bezug genommen. Dies erfolgt selbstredend ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Wie in 4.1 erläutert, dienen digitale Medien in hohem Maße der Information über lokale Gegebenheiten und Ereignisse sowie der Vernetzung von Individuen und Interessensgruppen. Lokal kann dies etwa über Nachbarschafts-Apps, lokale Facebook-Gruppen oder auch über lokale Empowerment-Gruppen erfolgen, die sich im Netz organisieren und lokal handeln. Zu nennen sind an dieser Stelle etwa die Nachbarschafts-App „nebenan“<sup>29</sup>, die den Bewohner\*innen von Stadtbezirken und Dörfern nach eigenen Angaben dabei hilft „sich im echten Leben miteinander zu verbinden“<sup>30</sup>. Neben einer Chat- und Beitragsplattform, die in ihrem Aufbau sozialen Medien wie Facebook gleicht, bietet die „nebenan“-App u.a. einen Marktplatz mit Suche-Biete-Funktion, eine Gruppen-Funktion sowie einen Veranstaltungskalender, in denen auf private oder öffentliche Veranstaltungen in der Umgebung aufmerksam gemacht wird. Auf seiner Homepage wirbt der Anbieter mit Schutz vor „Blicken von außen oder Suchmaschinen“. Nachbarschafts-Apps wie „nebenan“ stehen prinzipiell allen Bewohner\*innen eines Quartiers offen. Für Neuzugezogene könnten sie besonders hilfreich sein, um sich einen Überblick über ihr Quartier zu verschaffen, sich über laufende Aktivitäten zu informieren, Gleichgesinnte für gemeinsame Projekte zu finden oder auch über den Marktplatz kostengünstig und unkompliziert Möbel und andere Gebrauchsgegenstände erwerben zu können. Auch auf anderen sozialen Medien wie Facebook gibt es die Möglichkeit zur Bildung lokaler Gruppen, die im Wesentlichen dieselben Funktionen erfüllen wie die „nebenan“-App, wenn auch unter datenschutzrechtlich schlechteren Bedingungen. Beispiele hierfür sind etwa die Facebook-Stadtteilgruppen von Berlin-Neukölln, Duisburg-Marxloh oder Gelsenkirchen-Ückendorf, die alle über Abonnent\*innenzahlen im vierstelligen Bereich verfügen. Dort werden

---

<sup>29</sup> <https://nebenan.de>

<sup>30</sup> <https://nebenan.de/about>

verschiedene Angebote und Veranstaltungen im Quartier beworben, Nachrichten übers Quartier geteilt, Warnungen ausgesprochen (z.B. in Bezug auf Diebstähle), aber auch nachbarschaftliche Hilfe angeboten oder gesucht (z.B. Corona-Einkaufs-Hilfen, Katze entlaufen, etc.). Einen aktivistischen Ansatz verfolgen lokale Empowermentgruppen, wie etwa das TALK-Projekt in Reutlingen, in dessen Rahmen inklusive Hip-Hop und Rap-Workshops angeboten werden, oder das TAKT-Projekt in Tübingen, das durch die gezielte Vernetzung der von Diskriminierung Betroffenen und (kommunal)politisch und sozial Aktiven im Kreis Tübingen einen lokalen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten will.<sup>31</sup> Beide Projekte sind Teil des Vereins adis e.V., der u.a. Träger für Fachstelle zum Thema Diskriminierung in Baden-Württemberg ist und neben Einzelberatung für Betroffene auch Praxiskonzepte im Bereich Empowerment, Schule und (Jugend)Sozialarbeit anbietet und entwickelt.<sup>32</sup> Beide verbinden auf geschickte Weise Möglichkeiten der digitalen Medien zur Vernetzung und Sichtbarkeit-Machung mit lokalen Aktionen und Initiativen im „realen“ Leben.

Ein weiterer Anwendungsbereich digitaler Medien findet sich in der zielgerichteten Medien- bzw. Kunstproduktion mit dem Ziel der Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und der Verarbeitung des „Dazwischen-Seins“. Schachtner (2020: 56) zufolge lässt sich mittels künstlerischer bzw. medialer Produktion die „Beziehung zum Altbekannten aus der Perspektive des Neuen klären“. Ein vielversprechender Ansatz für eine medienpädagogisch fundierte Integrationsarbeit ist die von Methode des Digital Storytelling (DST). Dabei erzählen die Teilnehmer\*innen eine kurze, persönliche Geschichte in der Ich-Perspektive, die sie mit Fotos oder Bildern illustrieren. Beim DST geht es dabei weniger um das Endprodukt, welches in der Regel in einem ca. zweiminütigen Video besteht, welches je nach Wunsch des Autors bzw. der Autorin in der Gruppe diskutiert oder auch veröffentlicht wird, sondern um den Entstehungsprozess selbst (Mihalkó et al. 2020: 100). Durch die Auswahl der Geschichte und der Bilder wird ein kreativer Prozess in Gang gesetzt, durch den Akt des Erzählens in der Ich-Perspektive wird der Prozess der Selbstverortung angeregt, durch die Vorführung oder Veröffentlichung erhält die eigene Geschichte eine Außenwirkung. Viktória Mihalkó, Balazs Nagy und Dávid Bán (2020) zufolge, die in zahlreichen Projekten mit der Methode des DST mit bildungsfernen, sozial benachteiligten oder beeinträchtigten Gruppen wie Geflüchteten, ethnischen Minderheiten

---

<sup>31</sup> <https://adis-ev.de/empowerment/lokale-empowermentgruppen/talk>; <https://takt.online/>

<sup>32</sup> <https://adis-ev.de/adis/ueber-uns>



oder auch Behinderten gearbeitet haben, verleiht die Methode den Teilnehmer\*innen eine Stimme, steigert ihr Selbstbewusstsein und motiviert und empowert sie nachhaltig (ebd.). Einige Beispiele zu den Resultaten der Workshops können unter <http://storycenter.info/> angesehen werden, darunter auch einige Geschichten, die sich mit dem Migrationsprozess, dem Zurechtfinden in der Neuen Heimat sowie der Bedeutung von (digitalen und analogen) Netzwerken auseinandersetzen. So beschreibt ein kurdischer Geflüchteter den Migrationsschock und die Einsamkeit bei der Ankunft, die Hilfe durch das Netzwerk anderer kurdischer Geflüchteter in der Region, und seine erfolgreiche berufliche und soziale Integration.<sup>33</sup> Ein geflüchteter Syrer hebt in seinem Video die essentielle Bedeutung des Smartphones für seine Migrationsgeschichte hervor<sup>34</sup>; ein äthiopischer Migrant erzählt die Geschichte seiner so kuriosen wie erfolgreichen Migration, die als mittelloser Viehhirte in seiner Heimat beginnt und als Stipendiat an einer europäischen Eliteuniversität endet<sup>35</sup>.

Einem anderen auf Empowerment ausgerichteten Ansatz folgen die Medienprojekte des Jugendmigrationsdienstes (JMD). Dort wurden in ausgewählten, sozial benachteiligten Quartieren in Stuttgart, Dresden und Frankfurt Imagefilme mit migrantischen Jugendlichen gedreht.<sup>36</sup> Diese boten den Teilnehmenden nicht nur Gelegenheit zum Erproben eigener medienpraktischer Fähigkeiten, sondern auch dazu, der eigenen Sicht auf das jeweilige Quartier Ausdruck zu verleihen und somit aktiv am öffentlichen Diskurs teilzuhaben und das Image des Quartiers mitzuprägen. Im Frankfurter Gallus-Viertel wurde neben diesem Imagefilm mit Hilfe des JMD auch eine mehrteilige Webserie, die „Gallus-Soap“, gedreht.<sup>37</sup> Unter der Leitung von Jannis Plastargias, Pädagoge und Projektmanager beim JMD, schauspielerten, filmten und arbeiteten mehrere Bewohner\*innen des Viertels über ein Jahr lang an der Serie, in deren Zentrum zwei real existierende Wohngemeinschaften in der Frankenallee stehen. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) setzt bei der Integrationsarbeit vermehrt auf Medienprojekte. Ein prominentes Beispiel ist die elfteilige Webvideo-Serie „Refugee 11“, in der, der Projekt-Webseite zufolge, „junge geflüchtete Amateurfußballer der Mannschaft ‚Refugee11‘ aus Erfstadt

---

<sup>33</sup> <http://storycenter.info/prevention/>

<sup>34</sup> <http://storycenter.info/my-phone/>

<sup>35</sup> <http://storycenter.info/street-light/>

<sup>36</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=iNBvLVGceo&feature=youtu.be>

<sup>37</sup> [https://www.youtube.com/watch?v=G\\_DgRQK7HI4](https://www.youtube.com/watch?v=G_DgRQK7HI4)

bei Köln Fußballprofis begegnen, die selbst Fluchterfahrungen haben. Die persönlichen Geschichten der Spieler stellen individuelle Erfahrungen neben oft abstrakte Informationen zum Thema Flucht und Asyl und machen diese so erfahrbar.“<sup>38</sup>

Neben institutionell organisierten Medienprojekten wie diesen zirkulieren in den Sozialen Medien natürlich auch individuell erstellte Medienprodukte von Migrant\*innen, die ebenfalls von einer Auseinandersetzung mit der eigenen Identität sowie mit dem Image des betreffenden Quartiers zeugen. Besonders deutlich wird dies in Musikvideos auf YouTube, die dem Genre des (Gangsta-)Rap zuzuordnen sind und mit den dort gängigen Codes und Klischees spielen. Die Rapper GENT und Remy.ESN aus Hannover-Vahrenheide zeigen in ihren Videos die tristen Plattensiedlungen ihres Quartiers und thematisieren den Drogenhandel, die Alkoholexzesse, die Razzien der Polizei, Gewaltverbrechen und andere Gefahren der „Straße“. In seinem Song „Vampir“ verleiht Remy.ESN seinem Wunsch nach einem besseren Leben Ausdruck: „In meiner Gegend wird man hart hier, [...] Vahrenheide ich will raus hier!“<sup>39</sup> Gleichzeitig werden jedoch das Gemeinschaftsgefühl und der Zusammenhalt der eigenen Gruppe adressiert, etwa durch die Zurschaustellung von gruppenspezifischen (Status-)Symbolen wie Goldketten, Kapuzenpullis oder teuren Autos sowie durch die Tatsache, dass die Rapper im Video stets von Angehörigen ihrer „Gang“ schützend und bestätigend umringt sind. Die Identifikation mit und die Bestätigung durch die eigene Peergroup wird auf diese Weise betont, ebenso jedoch auch das Getrennt-Sein von der nicht-migrantischen Mehrheitsgesellschaft, welche in den Musikvideos auf der Bildebene nicht vorkommt. Auch GENT appelliert in seinem Video zu „Die Straße lebt“ – ungeachtet der Tristesse der Bilder, wo Plattenbauten, Flammen, Rauch und Dunkelheit dominieren – an das Gemeinschaftsgefühl seiner Peergroup, etwa wenn er in seinen Texten auf seine nicht-deutsche Herkunft (Albanien) anspielt, oder wenn er aufzeigt, dass das Leben auf der „Straße“ zwar hart, aber dafür wahrhaftig ist („Nur die Straße lebt“).<sup>40</sup>

Die Beispiele vermitteln einen Eindruck von der Vielfalt der Möglichkeiten, wie digitale Medien auf lokaler Ebene für integrative oder identifikationsstiftende Zwecke nutzbar gemacht werden (können). Im Folgenden soll es darüber hinaus um die Frage gehen, welche Potenziale

---

<sup>38</sup> <http://refugee11.de/>

<sup>39</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=Bb-MlvrIRuw>

<sup>40</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=Oaatr9anMA4>

die Digitalisierung der Stadt und ihrer Infrastrukturen selbst für eine gelingende Integration bereithält.

### **4.3 Möglichkeiten der Smart City**

Nicht allein Medien der kommunikativen Interaktion wie Rundfunk, Presse oder Soziale Medien spielen für das städtische Zusammenleben jetzt und in Zukunft eine große Rolle. Auch die vernetzte, digitalisierte Stadt wird zunehmend das politische und soziale Handeln bestimmen. Das folgende Kapitel gibt einen Überblick und erste Einschätzungen zur Bedeutung der Smart City für ein sicheres städtisches Zusammenleben. Dabei soll nicht allein ein enges Verständnis von Prävention im Vordergrund stehen, wie es im Kontext präventiver Polizeiarbeit gängig ist, sondern ebenso Ideen und Initiativen, in denen es um ein erweitertes Verständnis der Schaffung von Sicherheit geht – etwa durch bessere Vergemeinschaftung, Partizipation und verbesserte Kommunikation (vgl. Kersting 2018; McFarlane/Söderström 2017).

Smart City als Begriff oder auch das breitere Konzept der Urban Technologies gewinnen sowohl in der Wissenschaft als auch in Wirtschaft und Politik fortwährend an Bedeutung (vgl. Inkinen et al. 2020; Kitchin 2014). Eine Vielzahl von Sensoren und Kameras, großangelegte Datenerhebungen und Informationsbereitstellung, Vernetzung und vor allem die Analyse und Bewertung der verfügbaren Daten sollen dabei helfen, gut unterrichtete und damit bessere Entscheidungen zu treffen. Neben den Zielen einer effizienteren Nutzung von Ressourcen und einer nachhaltigeren Gestaltung des urbanen Zusammenlebens steht Smart City auch für technologische Fortschritte in der präventiven Sicherheitspolitik und -praxis (vgl. Fraunhofer Fokus o. D.).

Trotz der Potenziale der Smart City für ein präventives Sicherheitshandeln sind bislang kaum (Modell)Projekte zu finden, die den Sicherheitsaspekt explizit nennen oder betrachten (vgl. Calgiero et al. 2015; Schuilenburg/Peeters 2018; Steinbrecher et al. 2018). Nur für das Handlungsfeld *Predictive Policing* bzw. vorhersehende Polizeiarbeit lassen sich viele Praxisbeispiele wie auch wissenschaftliche Arbeiten finden (vgl. PredPol o. D.). Predictive Policing kann von den Datenressourcen und digitalen Infrastrukturen der Smart City profitieren, soll hier aber nur am Rande betrachtet werden, da dieses Element der

Polizeiarbeit auch unabhängig von Smart City-Konzepten vorliegt und nicht in den eigentlichen Untersuchungsbereich von migsst fällt.

In Hinblick auf Sicherheit in (segregierten) Stadtquartieren ergeben sich zwei zentrale Perspektiven, die die Potenziale der Smart City für das Thema interessant machen. Das ist zum einen ihr Kontrollpotenzial und zum anderen der Bereich Partizipation.

### Kontrolle

Für die Smart City steht die Optimierung und Abstimmung kommunaler Handlungsfelder wie Energieversorgung, Verkehr, Gesundheitsversorgung oder städtische Verwaltung im Vordergrund (vgl. IBM, o. D.; Greenfield 2014). Diese Optimierung ist mit der Notwendigkeit der umfassenden Kontrolle und Steuerung durch Datenerhebung und -auswertung verbunden. Die Smart City ist somit ein idealer Kontroll- und Beobachtungsraum, in dem zum Zwecke einer optimalen Vernetzung Daten aus den unterschiedlichsten Bereichen und Quellen wie Sensoren, Sozialen Medien, Strom- oder Verkehrszählern oder Videoüberwachung zusammengeführt werden. Sicherheitstechnik in Smart City-Konzepten kann die Gefahrenabwehr und Maßnahmen zur Herstellung von Sicherheit und Ordnung unterstützen. Sie kann zur Analyse von Gefahren- bzw. Bedrohungssituationen eingesetzt werden, der Prävention durch Überwachung von öffentlichen Plätzen dienen, die Lagebeurteilung erleichtern oder die Komplexität von Intervention und Management bei Schadensereignissen handhabbarer machen.

Einer der zentralen Aspekte von Smart Cities liegt in dem Versuch, Entwicklungen, Ereignisse und menschliches Verhalten durch die Auswertung aktueller und frühzeitig erhobener Informationen mit guten Wahrscheinlichkeitswerten vorhersagen zu können. Datenerhebungen, Vernetzungen und Datenanalyse helfen dabei, eine möglichst genaue Beschreibung der Gegenwart zu liefern, diese zu modellieren und darauf aufbauend Aussagen über die Zukunft zu treffen (Schaffers et al. 2011). Dies bedeutet, eine Stadt und ihre Bewohner\*innen erfassbarer sowie einschätzbarer bzw. „vorhersehbarer“ zu machen – eine Voraussetzung für präventives Handeln. Dieses Verständnis von Smart Cities ist eng verknüpft mit dem Ansatz Big Data, also dem Sammeln von großen Mengen verschiedenster und möglichst umfassender (auch auf den ersten Blick unwichtig erscheinender) Daten, idealerweise in Echtzeit (boyd/Crawford 2012: 663; Kitchin 2014: 3). Die jeweilige Mediennutzung kann z.B. etwas über die Bewegungs- und Aktivitätsmuster ethnischer

Gruppen aussagen – die Nachverfolgung dieser Muster (*Tracking*) kann selbst jedoch wieder ethisch problematisch sein (Järv 2015; Zook 2017). Die im Rahmen der Smart City in großen Mengen anfallenden Daten können dazu genutzt werden, um wahrscheinliche Orte für Verbrechen genauer vorhersagen und verhindern zu können (vorhersehende Polizeiarbeit). Diverse Daten über Bevölkerung, Einkommen, Arbeitslosenraten, Herkunft, Staatsbürgerschaft und andere werden dann als potenzielle statistische Indikatoren für die Wahrscheinlichkeit von Verbrechen verwendet. Ein Beispiel eines kommerziellen Programms zur Verknüpfung von Stadt- und Bevölkerungsdaten und Kriminalitätsvorhersagen ist PredPol. Zusammenfassend lässt sich jedoch festhalten, dass trotz einer beachtlichen Anzahl von Konzepten und Praxisbeispielen zu Smart Cities der Bereich der Sicherheit bisher weitgehend vernachlässigt wurde (vgl. Lacinak/Ristvey 2017). Abgesehen vom Predictive Policing ergeben sich hier noch keine Ansatzpunkte, die sich explizit mit Sicherheitsfragen beschäftigen. Predictive Policing aber steht generell in der Kritik, potenziell ethnisch segregierte Quartiere zu diskriminieren oder zu stigmatisieren und nur auf bestimmte Kriminalitätstypen wie Straßenkriminalität und Einbrüche zu fokussieren (Kaufmann et al. 2019). Für das Zusammenleben im Quartier steht die Entwicklung erweiterter Sicherheitskonzepte der Smart City noch aus. Sicherheit und Sicherheitswahrnehmung in der Stadt ist ein entscheidender Beitrag für Lebensqualität und Wohlstand, der auch mit den neuen Instrumenten der Digitalisierung angezielt werden sollte. Ein umfassendes Sicherheitsverständnis betrachtet Kriminalität nicht als isoliertes Ereignis, sondern in Abhängigkeit vom gesellschaftlichen Kontext. Insofern gehören zu einem grundlegend angelegten Ansatz für Sicherheit auch Fragen der räumlichen Ordnung, die Wohnsituation, Bildungsaspekte, das Gesundheitswesen und der Verkehr und natürlich eine demokratisch legitimierte und effiziente Verwaltung (vgl. Lacinak/Ristvey 2017: 524). Diese Ausrichtung verfolgen implizit Smart City-Konzepte, die insbesondere Fragen von Partizipation und Gemeinschaft in den Vordergrund stellen.

### Partizipation und Gemeinschaft

Die Möglichkeiten der Digitalisierung werden im Kontext von zivilgesellschaftlichen Initiativen, gemeinwohlorientierten Forschungslinien (*Civic Tech*), in Regierungsstrategien oder Strömungen wie „AI for Good“ immer häufiger im Zusammenhang ihres Nutzens für die Verbesserung der gesellschaftlichen Wohlfahrt diskutiert. Konkret können digitale Technologien den Einfluss der Bürger\*innen auf das Quartiersleben und Sicherheitsstrategien

steigern, da sie einen niedrighschwelligem Zugang zu Partizipationsprozessen bieten. Aus den häufig von Städten selbst vorangetriebenen Initiativen ist ein wachsendes Bedürfnis nach einer gemeinwohlorientierten Nutzung von Smart City-Konzepten abzulesen. In der Smart City Charta des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) heißt es, die Smart City sei „vielfältig und offen – sie nutzt Digitalisierung, um Integrationskräfte zu stärken und demographische Herausforderungen sowie soziale und ökonomische Ungleichgewichte und Ausgrenzung auszugleichen und demokratische Strukturen und Prozesse zu sichern“ (BMUB 2017: 9, Hervorhebungen weggelassen). In der Charta für die intelligente Stadt der Grünen Europäischen Stiftung wird ausgeführt: „Bevorzugen Sie Technologien, die Menschen verbinden. Pflegen Sie den Dialog“ (Charta für die intelligente Stadt 2019: 23). Die digitale Neuaufstellung der Städte soll demnach mit der Schaffung neuer „Urban Commons“, neuer urbaner Gemeinschaften, verbunden werden und Diskriminierung (z.B. durch Algorithmen) vermeiden.

Auf praktischer Ebene spielt hier die Erleichterung von gegenseitiger Hilfe durch Nachbarschafts-Apps eine große Rolle, so wie auch Stadtinformationssysteme, über die unkompliziert mit der Verwaltung in Kontakt getreten werden kann (Sloot 2017). Generell wird als positiv betrachtet, dass die interaktiven und flächendeckend verbreiteten digitalen Kommunikationsmittel einen „bottom up“-Ansatz vereinfachen und damit ein großes Potenzial für unmittelbare Mitbestimmung ermöglichen (Stichwort „co-producing public services“, Paskaleva et al. 2018). Das Hamburger Digitale Partizipationssystem (DIPAS) ermöglicht z.B. eine Verbindung von online und offline Beteiligungsverfahren zu stadtpolitischen Themen wie Verkehr oder Naturschutz. Verfahren des maschinellen Lernens unterstützen hier bei der Zusammenfassung und Auswertung der unterschiedlichen Kommentare und Positionen.<sup>41</sup> Generell bieten sich Smart City-Anwendungen also an, um die Beteiligung der Bewohner\*innen zu erhöhen. Dafür stehen vor allem Bürgerhaushalte mitsamt der dazu gehörigen Informations- und Abstimmungsprozesse sowie digitale Crowdsourcing- bzw. Crowdfunding-Portale nach dem Ansatz der „user generated city“<sup>42</sup>. Auf globaler Ebene beschäftigt sich ein Pilotprojekt der Vereinten Nationen mit der Frage, wie sich Menschen mithilfe von Smart City-Anwendungen bes-

---

<sup>41</sup> <https://www.hamburg.de/dipas/>

<sup>42</sup> Z.B. das Hamburger Projekt „Nordstarter“ oder die Plattform „Mein Augustusburg“.

ser verständigen können. Zu diesem Zweck werden interaktive Karten insbesondere für informelle Siedlungen entwickelt (UNITAC-Hamburg). Solche Beteiligungsformate stehen für Formen des sozialen Austauschs und der Gemeinschaftsbildung, die zu einer Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des gegenseitigen Vertrauens beitragen können. Sie entsprechen damit dem Konzept der kollektiven Wirksamkeit, als einem Element eines umfassenden Begriffs von Kriminalprävention und Beitrag zu einer positiven Sicherheitswahrnehmung (vgl. Haverkamp/Heesen 2014; Hummelsheim et al. 2015; Sampson et al. 1997: 918 ff.).

## **5 Ausblick: Handlungsempfehlungen für Städte und Kommunen**

Aus den Untersuchungsfeldern im Spannungsfeld von Medien und Migration, auf die in den Abschnitten 2-4 des vorliegenden Workingpapers eingegangen wurde, lassen sich konkrete Empfehlungen für ein integratives Medienhandeln für migrantisch geprägte Kommunen und Quartiere ableiten. Die folgende Zusammenfassung dieser Empfehlungen soll Akteuren aus öffentlicher Verwaltung, Sozial- und Integrationsarbeit, Lokalpolitik, Sicherheitsmanagement sowie (Lokal-)Journalismus als Anregung für eine vielfaltsorientierte, integrative Gestaltung von Medienarbeit und Kommunikationsprozessen auf lokaler Ebene dienen. Es steht dabei außer Frage, dass viele dieser Empfehlungen bereits (ganz oder teilweise) umgesetzt werden, und dass sich diese Liste je nach Kontext noch weiter fortschreiben ließe.

### **5.1 Migrationsbezogene Berichterstattung**

Die Analyse der Berichterstattung über Migration, Migrant\*innen und migrantisch geprägte Quartiere (Abschnitt 3.1.1) hat deutlich gemacht, dass diese oftmals von Stigmatisierungen, Diskriminierungen und problematischen Zuschreibungen geprägt ist, was für ein gutes Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft nicht förderlich ist und der Integration im Wege steht. Bei der Berichterstattung bzw. Kommunikation über migrationsbezogene Themen sollten u.a. folgende Aspekte beachtet werden:

- Sensibler Umgang mit *wording*:
  - Vermeiden Sie bei der Bezeichnung migrantisch geprägter Quartiere implizite problematische Zuschreibungen durch negativ aufgeladene Schlagworte wie „Problemviertel“, „Ghetto“ oder „Parallelgesellschaft“.

- Vermeiden Sie bei der Berichterstattung über Flucht und Migration den in den Massenmedien weit verbreiteten Gebrauch von Narrativen oder Metaphern, die einseitig mit Bedrohung, Gefahr oder Kriminalität assoziiert werden (z.B. „Flüchtlingskrise“, „Flüchtlingsströme“, „Armutszuwanderung“, „Clans“, etc.).
- Sensibler Umgang mit *framing*:
  - Achten Sie auf Ausgewogenheit der Kontexte, in denen Sie über migrationsbezogene Themen berichten. Vermeiden Sie einseitig negative, pauschalisierende Kontextualisierungen von Migration und Migrant\*innen in der Berichterstattung (z.B. überwiegend mit Kriminalität, Bedrohung, Armut, etc.).
  - Achten Sie auch auf Ausgewogenheit der sozialen Rollen, welche Migrant\*innen durch die Berichterstattung zugewiesen werden (z.B. auch als Berufstätige, Väter, Mütter, Expert\*innen, nicht nur als (islamische) Religionsangehörige, Täter\*innen oder Schutzsuchende).
- Verwenden Sie einen inklusiven Integrationsbegriffs, der Integration als prozesshaften, von allen Mitgliedern der Gesellschaft gleichermaßen zu leistenden Vorgang begreift und als Ziel das gute Zusammenleben aller betont.
- Berichten Sie ausgewogen, angemessen und vielstimmig, etwa in Hinblick auf die Nachrichtenauswahl, die Auswahl der zu Wort kommenden bzw. zitierten Personen, den inhaltlichen Fokus, die Bewertung eines Themas, die Nennung der Herkunft von Personen, etc.
- Nutzen Sie die Potenziale der engagierten und ausgleichenden Berichterstattung. Beiträge, die dem Berichtermuster des anwaltschaftlichen oder konstruktiven Journalismus folgen, helfen dabei, unterrepräsentierten Gruppen und Personen eine Stimme im öffentlichen Diskurs zu geben, Lösungsansätze aufzuzeigen, zu motivieren und zu *empowern*. Darüber hinaus kommen lösungsorientierte Berichte Studien zufolge bei den Rezipient\*innen besser an und erhöhen die Reichweite eines Beitrags.

## 5.2 Teilhabe von Migrant\*innen am medialen Diskurs

Migrant\*innen sind im medialen Diskurs unterrepräsentiert. Gemessen an ihrem Anteil an der in Deutschland lebenden Gesamtbevölkerung kommen sie viel zu selten zu Wort. Auch in den Redaktionen deutscher Medienanstalten sind Migrant\*innen stark unterrepräsentiert. Dies läuft dem Integrationsauftrag der Medien in Hinblick auf eine angemessene Repräsentation und Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen zuwider. Um dem entgegenzuwirken, sollten u.a. folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Für Journalist\*innen:
  - Beziehen Sie gezielt migrantische Stimmen in Ihre Berichterstattung mit ein, nicht nur bei migrationsbezogenen Themen. Machen Sie sich bewusst, dass



rund ein Viertel der in Deutschland lebenden Menschen einen Migrationshintergrund hat. Dem sollte die Berichterstattung durch angemessene Repräsentation Rechnung tragen, unabhängig vom Thema des Beitrags.

- Für Chef-Redakteur\*innen:
  - Bemühen Sie sich aktiv um die Erhöhung des Anteils von Redakteur\*innen, Journalist\*innen, Moderator\*innen und Sprecher\*innen mit Migrationshintergrund. Sprechen Sie in Stellenausschreibungen gezielt Bewerber\*innen mit Migrationsgeschichte an und bemühen Sie sich um niedrige Hürden im Bewerbungsverfahren.
  - Erfahrungen aus anderen Ländern, in denen der Anteil migrantischer Redakteure weit höher liegt als in Deutschland, haben gezeigt, dass Medienunternehmen von größerer Vielfalt in ihren Reihen profitieren. Auch ein Akzent muss nicht störend sein!
  - Für die Erhöhung der Diversität, insbesondere auch in höheren Positionen, kann die Einführung einer Quote sinnvoll sein, auch um ggf. vorhandene unbewusste Vorbehalte zu überbrücken.
- Für Akteure im Bereich der Bildung, Politik, Gleichstellung:
  - Fördern Sie gezielt die Aus- und Weiterbildung und Vernetzung von Journalist\*innen mit Migrationsgeschichte, etwa durch Stipendien, international ausgerichtete Volontariate oder Vernetzungsaktivitäten.
  - Unternehmen Sie Schritte zu Reduzierung formaler Hürden für im Ausland ausgebildete internationale Journalist\*innen, die in Deutschland leben, um diesen eine reguläre Tätigkeit in deutschen Medienbetrieben zu ermöglichen.

### **5.3 Erreichbarkeit von Migrant\*innen durch Medien- und Informationsangebote**

Die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Personen mit Migrationsgeschichte nutzen sowohl deutschsprachige als auch muttersprachige Medien und werden prinzipiell gut von deutschen Informationsangeboten erreicht. Speziell auf die Bedürfnisse von (neu zugezogenen) Migrant\*innen zugeschnittene Medienangebote, etwa zum Deutschlernen oder zum Zurechtfinden vor Ort, werden mehrheitlich gerne angenommen und wertgeschätzt, sind der Zielgruppe aber nicht immer bekannt. Die folgenden Empfehlungen zur Adressierung von (neu zugezogenen) Migrant\*innen richten sich sowohl an Medienschaffende als auch an kommunale Akteure:

- Achten Sie bei der Bereitstellung von Informationen, die das tagespolitische Geschehen oder das lokale alltägliche Leben betreffen, auf zusätzliche, passgenaue Angebote in mehreren Sprachen sowie in einfacher deutscher Sprache.

- Stellen Sie Informationen digital zur Verfügung. Beziehen Sie auch Soziale Medien wie YouTube, facebook oder WhatsApp in ihr Kommunikationskonzept mit ein, da diese von (jüngeren) Migrant\*innen am häufigsten genutzt werden.
- Stellen Sie die Auffindbarkeit dieser Angebote sicher, beispielsweise indem Sie diese mehrsprachig verschlagworten und, falls möglich, gut sichtbar auf zentralen Informationsseiten migrantischer Netz-Communities verlinken.

#### **5.4 Potenziale digitaler Medien und Informationstechnologien**

Medien der interpersonalen digitalen Kommunikation, zu denen auch die Sozialen Medien gehören, sind Mediatoren von Teilhabe und können die Handlungsmacht von Migrant\*innen stärken. Unter der Voraussetzung, dass Zugang zum Internet und zu digitalen Endgeräten besteht, ermöglichen sie kostengünstigen und niedrighschwelligen Zugang zu Informationen und ermöglichen den Aufbau und die Pflege von persönlichen Kontakten und Netzwerken. Apps zur Navigation oder zum Übersetzen sind für den Flucht- bzw. Migrationsprozess essenziell und weisen partizipative und integrative Potenziale auf. Darüber hinaus bieten digitale Plattformen wie Nachbarschafts-Apps oder facebook-Gruppen Möglichkeiten zum Austausch, zur Zusammenkunft und für gegenseitige Unterstützung auf lokaler Ebene. Auch die digitalisierte Stadt selbst bietet im Rahmen von Smart City- oder User Generated City-Konzepten niedrighschwellige Möglichkeiten für eine partizipative Gestaltung der Stadt und für ein gutes und sicheres Zusammenleben. Die folgenden Empfehlungen aus dem Feld der digitalen Medien und Informationstechnologien richten sich u.a. an kommunale und städtische Akteure aus dem Bereich der Stadtverwaltung, Quartiersmanagement, Integrationspolitik oder (Jugend)Sozialarbeit.

- Information, Infrastruktur, Beratung und Projektarbeit
  - Stellen Sie sicher, dass Geflüchtete und neu zugezogene Migrant\*innen über Zugang zu Internet und (mobile) Endgeräte verfügen. Das Internet ist essenziell für die Organisation der Migration und des Ankommens sowie für die Kommunikation und Vernetzung in der alten und neuen Heimat. Zugang zu Internet und (mobilen) Endgeräten unterstützt Migrant\*innen darüber hinaus im herausfordernden Prozess der „transnationalen Selbstverortung“, bei der (Neu)Aushandlung von Identitäten und Selbstkonzeptionen. Smartphone und Internet werden in diesem Sinne zu zentralen Instrumenten des Teilhabens, und die Bereitstellung und Erreichbarkeit dieser Infrastruktur für alle zu einem Akt des Teilhaben-Lassens.

- Der medienvermittelte Kontakt zur Heimat (Interessen- und Erwartungskonflikte mit Angehörigen, ggf. Krisen- oder Kriegserfahrungen) sowie die Konfrontation mit ablehnenden Haltungen im Gastland (Diskriminierung, Rassismus) können insbesondere für neu zugezogene und junge Migrant\*innen sehr belastend sein. Daher sollten lokal niedrighschwellige und gut auffindbare Anlaufstellen zur professionellen Beratung und Bewältigung der medienvermittelten Kommunikationserfahrung angeboten werden.
- Viele Geflüchtete sind in ihrer Heimat Verfolgung und Bedrohungen ausgesetzt. Aus Angst vor (Rück-)Verfolgung, Überwachung oder Hass im Netz weichen viele von ihnen auf das Darknet aus. Dort wiederum lauern andere Gefahren, wie unseriöse Angebote und Informationen. Darum ist es wichtig, sichere digitale Schutzräume für Geflüchtete zu etablieren, wo diese professionelle Beratung in Migrationsfragen im Netz in Anspruch nehmen können, ohne ihre Identität preiszugeben – ggf. auch im Darknet.
- Pilotstudien haben ergeben, dass der Einsatz von digitalen Medien (etwa WhatsApp-Gruppen oder Übersetzer-Apps) die Beteiligung von Schüler\*innen mit Migrationshintergrund am Unterricht und ihre Interaktion mit Lehrer\*innen und Mitschüler\*innen erleichtert und ihre Handlungsfähigkeit erhöht. Diese Potenziale könnten auch in anderen Bereichen (z.B. in der mobilen Nachbarschaftshilfe, der partizipativen Stadtteilgestaltung, bei Bürger\*innenversammlungen oder im Sportverein) verstärkt genutzt werden.
- Medienkompetenz ist ein wichtiger Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Medienkompetenz sollte Einwanderer\*innen aus unterschiedlichen Regionen und mit unterschiedlicher medialer Vorbildung daher gezielt vermittelt und gefördert werden, etwa an Schulen, in Jugendhäusern, in Begegnungsstädten für Ältere, in kulturellen und religiösen Einrichtungen, etc.
- Ermöglichen Sie allgemein niedrighschwellige Zugänge zu Behörden, Ämtern und Gesundheitsdiensten, etwa durch Präsenz in den Sozialen Medien, durch Chat-Optionen, mehrsprachige Informationen auf gut auffindbaren Webseiten, etc.
- Durch lokale gemeinschaftliche (Medien-)Projekte mit Teilnehmenden mit und ohne Migrationshintergrund können integrative Effekte erzielt und zudem die Stad(teil)Identität benachteiligter Quartiere gestärkt werden. Beispielhaft sind etwa die lokalen Videoprojekte des Jugendintegrationsdienstes (jmd). Auch die Methode des Digital Storytelling, die zudem einen (selbst)therapeutischen Effekt haben kann, ist vielversprechend für den Einsatz in integrativen Medienprojekten. Bewährt haben sich auch innerhalb dieser Projekte niedrighschwellige Kommunikationsplattformen wie WhatsApp-Gruppen.

- Smart City- und User Generated City-Ansätze
  - Setzen Sie in der kommunalen Verwaltung auf Formate der partizipativen Stadtgestaltung auf digitalen Plattformen. Diese ermöglichen eine niedrigschwelligere Teilhabe als die Strukturen der institutionellen Projektförderung und erhöhen so die Möglichkeiten für neu zugezogene Migrant\*innen sowie sozial schwache Bevölkerungsgruppen sich in die Gestaltung ihres Quartiers einzubringen.
  - Fördern, verbreiten und vernetzen Sie aktiv vielversprechende Bürger\*innenprojekte, die etwa auf der Grundlage von crowdfunding oder crowdsourcing entstehen. Eine gute Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung erhöht die Chancen, dass diese Projekte Wirklichkeit werden können (siehe z.B.: <https://www.beesmart.city/solutions/civy-inc>).
  - Inspirieren Sie sich an bestehenden Projekten aus anderen Ländern und Städten, die etwa mit interaktiven Ideenkarten oder Bürgerhaushalten gute Ergebnisse im Bereich des Zusammenlebens an Orten der Vielfalt erzielt haben, z.B. mit der Erstellung von interaktiven und personalisierten Karten oder auch durch die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Unternehmen (Beispiel San Francisco: <https://www.innovation.sfgov.org/civic-bridge>).
  - Nutzen Sie die Potenziale der Smart City durch die Förderung von Civic Technologies, also durch Informationstechniken, die Engagement und Beteiligung der Bürger\*innen fördern (siehe z.B. <https://thegovlab.org/>; <https://www.democratieouverte.org/>).

## 6 Literatur

- AfD Kompakt, Frohnmaier, Markus (2017): AfD schlägt Maßnahmenpaket gegen kriminelle Clanstrukturen vor. Polizei und Justiz müssen in ihrem Kampf gegen die organisierte Kriminalität arabischer Großfamilien massiv unterstützt werden, 7.11.2017, <https://afdkompakt.de/2017/11/07/afd-schlaegt-massnahmenpaket-gegenkriminelle-clanstrukturen-vor/>
- AfD Kompakt, Nockemann, Dirk (2017): Hamburg St. Georg: Muslimische Männer widersetzen sich Ausweiskontrolle – zwei Polizeibeamte leicht verletzt, 08.03.2017, <https://afdkompakt.de/2017/03/08/hamburg-st-georg-muslimische-maenner-widersetzen-sich-ausweiskontrolle-zwei-polizeibeamte-leicht-verletzt/>
- Altmeppen, Klaus-Dieter (2016): Anwaltschaftlicher Journalismus. In: Heesen, Jessica (Hrsg.): Handbuch Medien- und Informationsethik. Stuttgart: Metzler, 132-137.
- Altmeppen, Klaus-Dieter (2020): Redebeitrag: Wege zu einem guten Umgang mit Flucht, Migration und Integration in Journalismus und Jugendbildung. Podiumsdiskussion mit Carola Richter, Nicole Rieber, Klaus-Dieter Altmeppen, Klaus Lutz. Moderation: Kristin Narr. In: Transfertagung „Berichterstattung über Flucht als Krise? Praktische Anregungen für Journalismus und Jugendbildung“ des Projekts MeKriF, 16.09.2020, <https://mekrif.jff.de/veroeffentlichungen/details/modul-3-transfer-vortraege-und-podiumsdiskussion-der-transfertagung/>
- ARD/ZDF-Medienkommission (2007): Migranten und Medien 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Studie, <http://www.unternehmen.zdf.de/index.php?id=245&artid=241&backpid=244&cHash=7d6e8fe917>
- Atanisev, Kaan/Haverkamp, Rita/Kunkel, Fynn (2019): Migration und Kriminalität. Eine Analyse auf Bundesebene, Überblick der Dunkelfeldforschung und Kriminalitätstheorien. Working Paper Nr. 2 im Projekt migsst, [https://www.migsst.de/onewebmedia/WP%20Nr2\\_Migration%20und%20Kriminalit%C3%A4t.pdf](https://www.migsst.de/onewebmedia/WP%20Nr2_Migration%20und%20Kriminalit%C3%A4t.pdf)
- Axel Springer Akademie (2020): Volontariat Journalismus, <https://www.axel-springer-akademie.de/info/volontariat-journalismus.html>
- Babka von Gostomski, Christian (2010): Basisbericht: Berichtsband. Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM). Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bade, Klaus (2016): Von Unworten zu Untaten. Kulturängste, Populismus und politische Feindbilder in der deutschen Migrations- und Asyldiskussion zwischen „Gastarbeiterfrage“ und „Flüchtlingskrise“. IMIS-Beiträge 48, 35-170.
- Badura, Peter (2008): Rundfunkfreiheit als „dienende Freiheit“ – ein Relikt? In: Institut für Rechtspolitik an der Universität Trier (Hg.): Bitburger Gespräche. Jahrbuch 2007/I, 48. Bitburger Gespräche zum Thema „Die duale Organisation (Struktur) des Rundfunks in Deutschland – ein Auslaufmodell?“ Beck: München, 9-20.
- Bayer, Natalie/Holm, Andrej/Lebuhn, Henrik (2024): Städtische Diskurse um Migration im Wandel. Integration, diversity und soziale Bewegungen in München und Berlin, sub\urban, Bd. 2, Nr. 3, 81-92.

- BBC (2004): Building public value: Renewing the BBC for a digital world (Podcast/PDF). In: BBC, <https://web.archive.org/web/20160203212457/https://downloads.bbc.co.uk/aboutt-hebbc/policies/pdf/bpv.pdf>
- Becker, Jorg (1996): Zwischen Integration und Dissoziation: Türkische Medienkultur in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (44-45), 39-47.
- Bee Smart City (o. D.), <https://www.beesmart.city/solutions/civy-inc>
- Beerentemfel, Edwin (2017). Smart City Kriminalprävention: Wie die Stadt Detroit Gewaltverbrechen um fast die Hälfte reduziert hat. <https://www.axis.com/blog/secure-insights-de/smart-city-kriminalpraevention-wie-die-stadt-detroit-gewaltverbrechen-um-fast-die-haelfte-reduziert-hat/>
- Benesh, Susan (1998): The Rise of Solutions Journalism. Newspeople often just point to problems and walk away. Lately they've been trying to find what works. In: *Columbia Journalism Review*, März/April, 36-39.
- Bescherer, Peter/Burkhardt, Anne/Feustel, Robert/Mackenroth, Gisela/Sievi, Luzia (2019): Antiurbane Utopien. Die Stadt im Diskurs der Rechten. Working Paper Nr. 2 im Projekt PO-DESTA, [podesta-projekt.de/wp2](http://podesta-projekt.de/wp2)
- Biagi, Bianca/Ladu, Maria Gabriela/Meleddu, Marta (2018): Urban Quality of Life and Capabilities: An Experimental Study. In: *Ecological Economics*, 150(C), 137-152. doi: 10.1016/j.ecolecon.2018.04.011
- Bieber, Christoph (2017): Bürgerjournalismus und Verantwortung in der redaktionellen Gesellschaft. In: Eumann, Marc Jan/ Vogt, Alexander (Hrsg.): *Medien und Journalismus 2030. Perspektiven für NRW*. Essen: Klartext, 128-133.
- Bilke, Nadine (2008): *Qualität in der Krisen- und Kriegsberichterstattung. Ein Modell für einen konfliktsensitiven Journalismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- BMUB - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, (2017): Smart City Charta. [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bauen/wohnen/smart-city-charta-kurzfassung-de-und-en.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bauen/wohnen/smart-city-charta-kurzfassung-de-und-en.pdf?__blob=publicationFile&v=4)
- Bojadžijev, Manuela (2020): Migration und Digitalisierung: Umriss eines emergenten Forschungsfeldes. In: Peterlini, Hans Karl/Donlic, Jasmin (Hrsg.) (2020): *Jahrbuch Migration und Gesellschaft 2019/2020. Schwerpunkt „Digitale Medien“*. Bielefeld: transcript, 15-28.
- Bonfadelli, Heinz (2007): Die Darstellung ethnischer Minderheiten in den Massenmedien. In: Bonfadelli, Heinz/Moser, Heinz (Hrsg.): *Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 95-116.
- boyd, danah/Crawford, Kate (2012): Critical Questions for Big Data. Provocations for a Cultural, Technological, and Scholarly Phenomenon. In: *Information, Communication, & Society* 15 (5), 662-679, doi: 10.1080/1369118X.2012.678878
- Bozdog, Cigdem (2013). *Diasporamedien im migrantischen Alltag*. In: *Aneignung von Diasporawebsites: Eine medienethnografische Untersuchung in der marokkanischen und türkischen Diaspora*. Wiesbaden: Springer VS, 90-93.

- Brantner, Cornelia/Langenbacher, Wolfgang R.: Medienkonzentration – Kontrollmechanismen innerhalb der Staaten der EU – Vergleichendes Forschungsvorhaben. Forschungsbericht. Im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz, Wien 2003.
- Brendler, Anna-Helen/Jöckel, Sven/Niemann, Folia/Peter, Sophie/Schneider, Helen/Stiebling, Hannah/Weber, Tanja (2013): Die Rolle der Individual- und Massenmedien im Integrationsprozess von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. *Publizistik* 58, 161-178, <https://doi.org/10.1007/s11616-013-0174-0>
- Burkhardt, Anne/Feustel, Robert (2021): Die Stadt als Projektionsfläche. Antiurbane Narrative von rechts. In: Bescherer, Peter/Burkhardt, Anne/Feustel, Robert/Mackenroth, Gisela/Sievi, Luzia (2021): *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. Stadtentwicklung, Rechtsruck und Soziale Bewegungen*. Verlag Westfälisches Dampfboot, 2021 (im Erscheinen).
- Bundesverfassungsgericht, BVerfGE 35, 202 (222) - Lebach – 1973.
- Bundesverfassungsgericht, BVerfGE 1/84 – 4. Rundfunkentscheidung – Urteil vom 04.11.1986, <https://openjur.de/u/175210.html>
- Calgiero, Luca et al. (2015): Monitoring the citizens' perception on urban security in Smart City environments. In: 31st IEEE International Conference on Data Engineering Workshops; 2015, 112-116, doi: 10.1109/ICDEW.2015.7129559
- Carpentier, Nico/Dahlgren, Peter/Pasquali, Francesca (2013): Waves of media democratization: A brief history of contemporary participatory practices in the media sphere. *Convergence: The International Journal of Research into New Media Technologies* 19(3), 287-294.
- Charta für die intelligente Stadt (2019), [www.smartcitycharter.eu](http://www.smartcitycharter.eu)
- Constructive Institute (2020a): What is constructive journalism? Homepage, <https://constructiveinstitute.org/what/>
- Constructive Institute (2020b): Why constructive journalism? Homepage, <https://constructiveinstitute.org/why/support-democracy/>
- Curry, Alexander L./Hammonds, Keith H. (2014): The Power of Solutions Journalism. In: [engagingnewsproject.org](http://engagingnewsproject.org), Austin: Moody College of Communication at the University of Texas, [https://mediaengagement.org/wp-content/uploads/2014/06/ENP\\_SJN-report.pdf](https://mediaengagement.org/wp-content/uploads/2014/06/ENP_SJN-report.pdf)
- DHPol (2020): Medieninhaltsanalyse (AP 1.3). Internes Working Paper im Projekt migsst der Deutschen Hochschule für Polizei, Kommunikationswissenschaft.
- Démocratie Ouverte (o. D.). Le collectif de l'innovation démocratique, <https://www.democratieouverte.org/>
- Deutscher Journalisten-Verband (DJV) (2018): Mehr Vielfalt in Redaktionen, 05.11.2018, <https://www.djv.de/startseite/service/news-kalender/detail/aktuelles/news-mehr-vielfalt-in-redaktionen>
- End, Markus (2014): Von Klischees und falschen Bildern. Eine Analyse: Wie berichten Medien über Sinti und Roma? In: Bundeszentrale für politische Bildung (online), 24.02.2014, <https://www.bpb.de/internationales/europa/sinti-und-roma-in-europa/179543/eine-analyse-wie-berichten-medien-ueber-sinti-und-roma>

- Esser, Hartmut (2000a): Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Esser, Hartmut (2000b): Assimilation, Integration und ethnische Konflikte. Können sie durch „Kommunikation“ beeinflusst werden? In: Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 25-37.
- Fengler, Susanne/Kreutler, Marcus (2020): Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien. Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung, [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/AP39\\_Migration.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP39_Migration.pdf)
- Filsinger, Dieter (2017): Interkulturelle Öffnung von Kommunen, In: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer VS, 639-655.
- Foroutan, Naika (2015): Die postmigrantische Gesellschaft. In: Kurzdossier Zuwanderung, Flucht und Asyl: Aktuelle Themen. Bundeszentrale für politische Bildung, 20.04.2015, <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/205190/die-postmigrantische-gesellschaft>
- Forster, Klaus (2006): Journalismus im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Verantwortung. Das Konzept des ‚Public Journalism‘ und seine empirische Relevanz. Köln: Herbert von Hellem Verlag.
- Fraunhofer FOKUS (o. D.): Öffentliche Sicherheit, [https://www.fokus.fraunhofer.de/smart\\_cities\\_lab/themen/sicherheit](https://www.fokus.fraunhofer.de/smart_cities_lab/themen/sicherheit)
- Frevel, Bernhard (2019): Verletzlichkeit. In: Begriffe und Interpretationen. Grundlagen für das interdisziplinäre Arbeiten im Projekt. Working Paper Nr. 1 im Projekt migsst, 66-74, [https://migsst.de/onewebmedia/migsst%20WP\\_1%20Begriffe%20und%20Interpretationen\\_neu.pdf](https://migsst.de/onewebmedia/migsst%20WP_1%20Begriffe%20und%20Interpretationen_neu.pdf)
- Fricker, Miranda (2012): Group Testimony? The Making of A Collective Good Informant. In: Philosophy and Phenomenological Research, 84 (2), 249-276.
- Fricker, Miranda (2009): Epistemic Injustice. Power and the Ethics of Knowing. Oxford: Oxford University Press.
- Friedrichs-Liesenkötter, Henrike/Schmitt, Caroline (2018): Digitale Medien als Mediatoren von Agency. Empirische Einblicke in Medienpraktiken junger Geflüchteter und die (medien-)pädagogische Arbeit. Medienimpulse, 55(3), <https://journals.univie.ac.at/index.php/mp/article/view/mi1098>
- Friedrichs-Liesenkötter, Henrike/Hüttmann, Jana/Müller, Freya-Maria (2020): Teilhabe von geflüchteten Jugendlichen im Kontext digitaler Medien. Digital unterwegs in transnationalen Welten. In: Peterlini, Hans Karl/Donlic, Jasmin (Hrsg.) (2020): Jahrbuch Migration und Gesellschaft 2019/2020. Schwerpunkt „Digitale Medien“. Bielefeld: transcript, 65-84.
- Gäbler, Bernd (2020): Armutszeugnis. Wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt. Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main, 23.03.2020, [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/AP40\\_Armutszeugnis.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP40_Armutszeugnis.pdf)



- Geisen, Thomas/Riegel, Christine/Yildiz, Erol (2017): Einleitung. Unterschiedliche Perspektiven auf Migration, Stadt und Urbanität. In: Geisen, Thomas/Riegel, Christine/Yildiz, Erol (Hrsg.): Migration, Stadt und Urbanität. Perspektiven auf die Heterogenität migrantischer Lebenswelten. Wiesbaden: Springer VS, 3-16.
- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.) (2006): Integration durch Massenmedien/Mass Media Integration. A Comparative Perspective. Bielefeld: transcript, DOI: <http://dx.doi.org/10.25969/mediarep/3661>.
- Goedeke Tort, Maheba Nuria/Guenther, Lars/Ruhrmann, Georg (2016): Von kriminell bis willkommen. Wie die Herkunft über das mediale framing von Einwanderern entscheidet. In: M&K Medien & Kommunikationswissenschaft 64 (4), 497-517.
- Göhler, Gerhard (2005): Leitkultur als symbolische Integration. Überlegungen zum Gebrauch eines umstrittenen Konzepts. In: Fischer, Joachim/Joas, Hans (Hrsg.): Kunst, Macht und Institution. Festschrift für Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt am Main: Campus, 304-315.
- Greenfield, Adam (2014): The Smart City is predicated on an inappropriate model of optimization. In: Sonderheft von: *dérive – Zeitschrift für Stadtforschung: Smart Cities*, 23-26.
- Grüner, Ulf/Sauer, Christian (Hrsg.) (2017): Kritisch-konstruktiver Journalismus. Impulse für Redaktionen. Hamburg/Norderstedt: Books on Demand.
- Gyldensted, Cathrine (2015): From mirrors to movers. Five elements of positive psychology in constructive journalism. GGroup Publishing.
- Haagerup, Ulrik (2015): Constructive news: Warum „bad news“ die Medien zerstören und wie Journalisten mit einem völlig neuen Ansatz wieder Menschen berühren. Salzburg: Verlag Oberauer.
- Haas, Hannes/Pürer, Heinz (1991): Berufsauffassungen im Journalismus. In: Stuißer, Heinz-Werner/Pürer, Heinz (Hrsg.): Journalismus: Anforderungen, Berufsauffassungen, Verantwortung. Nürnberg: Verlag der Kommunikationswissenschaftlichen Forschungsvereinigung, 71-85.
- Hafez, Kai (2002): Türkische Mediennutzung in Deutschland: Hemmnis oder Chance der gesellschaftlichen Integration? Eine qualitative Studie im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, [https://www.uni-erfurt.de/fileadmin/fakultaet/philosophische/Medien-\\_und\\_Kommunikationswissenschaft/Personen/Hafez/tuerk\\_mediennutzung.pdf](https://www.uni-erfurt.de/fileadmin/fakultaet/philosophische/Medien-_und_Kommunikationswissenschaft/Personen/Hafez/tuerk_mediennutzung.pdf)
- Haller, Michael (2017): Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung, [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportaal/03\\_Publikationen/AH93\\_Fluechtingskrise\\_Haller\\_2017\\_07\\_20.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportaal/03_Publikationen/AH93_Fluechtingskrise_Haller_2017_07_20.pdf)
- Halm, Dirk (2006): Die Medien der türkischen Bevölkerung in Deutschland – Berichterstattung, Nutzung und Funktion. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Integration durch Massenmedien/Mass Media Integration. A Comparative Perspective. Bielefeld: transcript, 63-72, DOI: <http://dx.doi.org/10.25969/mediarep/3661>

- Hammeran, Regine/Baspinar, Deniz/Simon, Erk (2007): Selbstbild und Mediennutzung junger Erwachsener mit türkischer Herkunft. Ergebnisse einer qualitativen Studie. *Media Perspektiven*, 3, 126-135, [https://www.ard-werbung.de/fileadmin/user\\_upload/media-perspektiven/pdf/2007/03-2007\\_Baspinar.pdf](https://www.ard-werbung.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2007/03-2007_Baspinar.pdf)
- Harvey, David (1989): From managerialism to entrepreneurialism. The transformation in urban governance in late capitalism. In: *Geografiska Annaler, Series B, Human Geography* 71/1, 3-18.
- Hasenjürgen, Brigitte (2013): Demokratische Migrationsgesellschaft: Zusammenleben neu aushandeln. In: *APuZ* (13-14), 27-32.
- Haverkamp, Rita/Heesen, Jessica (2014): Kommunale Kriminalprävention. Kritische Reflexionen zu Raum und Ort. In: *Neue Kriminalpolitik*, 1 (2014), 79-92.
- Haverkamp, Rita/Atanisev, Kaan/Kunkel, Fynn/Böser, Jonas/Vetter, Carina (2020): Migration und Kriminalität auf Städteebene. Internes Working Paper im Projekt migsst.
- Heesen, Jessica (2012): Computer and Information Ethics. In: Chadwick, Ruth (ed.): *Encyclopedia of Applied Ethics*, Vol. 1., 2nd ed., San Diego, CA: Academic Press, 538-546.
- Heesen, Jessica (2016): Freiheit. In: Jessica Heesen (Hrsg.): *Handbuch Medien- und Informationsethik*. Stuttgart: Metzler, 52-58.
- Heesen, Jessica (2019): Theoretische Überlegungen und Begriffsbestimmungen – „Parallelgesellschaft“. In: *Begriffe und Interpretationen. Grundlegungen für das interdisziplinäre Arbeiten im Projekt. Working Paper Nr. 1 im Projekt migsst*, 39-47, [https://migsst.de/one-webmedia/migsst%20WP\\_1%20Begriffe%20und%20Interpretationen\\_neu.pdf](https://migsst.de/one-webmedia/migsst%20WP_1%20Begriffe%20und%20Interpretationen_neu.pdf)
- Heft, Annett/Maurer, Torsten/Weiß, Hans-Jürgen (2010): Mediennutzung und Medienkompetenz junger russischer Aussiedler in Nordrhein-Westfalen. *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft* (58/2010), 343-367, <https://doi.org/10.5771/1615-634x-2010-3-343>
- Hein, David (2015): Zuschauer wünschen sich mehr „Constructive News“. In: *Horizont (Online)*, 10.09.2015, <http://www.horizont.net/medien/nachrichten/RTL-Umfrage-Zuschauer-wuenschen-sich-mehr-Constructive-News-136308>
- Heitmeyer, Wilhelm (2004): Einleitung: Auf dem Weg in eine desintegrierte Gesellschaft? In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*. Bd. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 9-29.
- Heldt, Amélie/Dreyer, Stephan/Schulz, Wolfgang/Seipp, Theresa Josephine (2021): Normative Leitbilder der Europäischen Medienordnung. Leitvorstellungen und rechtliche Anforderungen an die Governance für eine demokratische Öffentlichkeit. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts | Projektergebnisse Nr. 54).
- Hemmelmann, Petra/Wegner, Susanne (2016): Flüchtlingsdebatte im Spiegel von Medien und Parteien. Ein Überblick. In: *Communicatio Socialis*, 49 (1), 21-38.
- Herrmann, Friederike (2016): Das Märchen vom überkochenden Brei. Narrative in der medialen Berichterstattung zum Flüchtlingsthema im Herbst 2015, *Communicatio Socialis* 49(1): 6-20.

- Hepp, Andreas/Suna, Laura/Welling, Stefan (2009): Kommunikative Vernetzung, Medienrepertoires und kulturelle Zugehörigkeit: Die Aneignung digitaler Medien in der polnischen und russischen Diaspora. In: Hunger, Uwe/Kissau, Kathrin (Hrsg.): Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 173-198.
- Hepp, Andreas/Bozdog, Cigdem/Suna, Laura (2010): Herkunfts-, Ethno- und Weltorientierte: Aneignungstypen der kulturellen Identität und kommunikativen Vernetzung in der Diaspora. Medien & Kommunikationswissenschaft, 58, 320-343, [https://www.m-und-k.nomos.de/fileadmin/muk/doc/Aufsatz\\_MuK\\_10\\_03.pdf](https://www.m-und-k.nomos.de/fileadmin/muk/doc/Aufsatz_MuK_10_03.pdf)
- Hepp, Andreas/Bozdog, Cigdem/Suna, Laura (2011): Mediennutzung, Medienumgebung und Medienrepertoire. In: Mediale Migranten: Mediatisierung und die kommunikative Vernetzung der Diaspora. Wiesbaden: Springer VS, 50-60.
- Hess, Sabine/Lebuhn, Hinrik (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und Citizenship. In: Sub\urban, Bd. 2, Nr. 3, 11-34.
- Hessischer Rundfunk (HR) (2019): Journalist\*innen der Zukunft gesucht, 17.12.2019, [https://www.hr.de/karriere/alle-angebote/volontariat/volontariat-journalistin,ausbildung\\_journalist-100.html](https://www.hr.de/karriere/alle-angebote/volontariat/volontariat-journalistin,ausbildung_journalist-100.html)
- Howe, Christiane (2019): Segregation. In: Begriffe und Interpretationen. Grundlegungen für das interdisziplinäre Arbeiten im Projekt. Working Paper Nr. 1 im Projekt migsst, 5-25, [https://migsst.de/onewebmedia/migsst%20WP\\_1%20Begriffe%20und%20Interpretationen\\_neu.pdf](https://migsst.de/onewebmedia/migsst%20WP_1%20Begriffe%20und%20Interpretationen_neu.pdf)
- Hugger, Kai-Uwe (2009): Junge Migranten online. Suche nach sozialer Anerkennung und Vergewisserung von Zugehörigkeit (2009). Wiesbaden: Springer VS.
- Hummelsheim, Dina/Oberwittler, Dietrich/Pritsch, Julian (2015): Die Beziehung zwischen Kriminalitätsfurcht und generalisiertem Vertrauen: Mehrebenenanalyse zur Rolle individueller und kontextueller Faktoren. In: Eifler, Stefanie/ Pollich, Daniela (Hrsg): Empirische Forschung über Kriminalität: methodologische und methodische Grundlagen. Kriminalität und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, 405-438, doi:10.1007/978-3-531-18994-9\_15
- Hunger, Uwe/Kissau, Kathrin (Hrsg.) (2009): Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- IBM, o. D. Smarter Cities, [https://www.ibm.com/smarterplanet/us/en/smarter\\_cities/solutions/human\\_solutions/](https://www.ibm.com/smarterplanet/us/en/smarter_cities/solutions/human_solutions/)
- Initiative D21 (2008): Internetnutzung und Migrationshintergrund in Deutschland. Eine Sonderauswertung zum (N)ONLINER Atlas 2008, [http://www.bundesregierung.de/nn\\_774/Content/DE/Archiv16/Artikel/2008/09/2008-09-18-migrationshintergrund-geringe-auswirkung-auf-internetnutzung.html](http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Archiv16/Artikel/2008/09/2008-09-18-migrationshintergrund-geringe-auswirkung-auf-internetnutzung.html)
- Inkinen, Tommi/Yigitcanlar, Tan/Wilson, Mark (Hrsg.) (2020): Smart Cities and Innovative Urban Technologies. New York: Routledge.
- Järv, Olle/Müürisepp, Kerli/Ahas, Rein/Derudder, Ben/Witlox, Frank (2015): Ethnic differences in activity spaces as a characteristic of segregation: A study based on mobile phone usage in Tallinn, Estonia. In: Urban Studies, 52(14), 2680–2698.

- Kaufmann, Katja (2016): Wie nutzen Flüchtlinge ihre Smartphones auf der Reise nach Europa? Ergebnisse einer qualitativen Interview-Studie mit syrischen Schutzsuchenden in Österreich. SWS-Rundschau, 56(3), 319-342, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61979-8>
- Kaufmann, Mareile/Egbert, Simon/Leese, Matthias (2019): Predictive Policing and the Politics of Patterns. The British Journal of Criminology 59 (3), 674-692, doi:10.1093/bjc/azy060
- Kersting, Norbert (2018): Open Data, Open Government und Online Partizipation in der Smart City. Vom Informationsobjekt über den deliberativen Turn zur Algorithmokratie? In: Buhr, Lorina/Hammer, Stefanie/Schölzel, Hagen Schölzel (Hrsg.): Staat, Internet und digitale Gouvernementalität . Wiesbaden: Springer, 87-104, [https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-18271-7\\_5.pdf](https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-18271-7_5.pdf)
- Kissau, Kathrin (2008): Das Integrationspotential des Internet für Migranten. Wiesbaden: Springer VS.
- Kitchin, Rob (2014): The real-time city? Big data and smart urbanism. In: GeoJournal 79.1, 1-14.
- Klein, Eckart (1999): Maßstäbe für die Freiheit der öffentlichen und privaten Medien - Unter besonderer Berücksichtigung internationaler Verpflichtungen. In: *Die öffentliche Verwaltung*, 1999/9 (18), 758-766.
- Koch, Ansgar (2014): Visuelle Stereotype im öffentlichen Zuwanderungsdiskurs? Pressefotos von Migranten in deutschen Tageszeitungen, In: Petersen, Thomas/Schwender, Clemens (Hrsg.): Visuelle Stereotype, Köln: Halem, 58-78.
- Kramp, Leif/Weichert, Stephan (2020): Nachrichten mit Perspektive. Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung, [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/AH101\\_konstr\\_Journalismus.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH101_konstr_Journalismus.pdf)
- Krüger, Uwe (2016): Solutions Journalism. In: Deutscher Fachjournalisten-Verband (Hrsg.): Journalistische Genres. Konstanz: UVK, 173-182.
- Krummacher, Michael (2007): Zum Umgang mit „Minderheitenghettos“ — Differenzen in der „Sozialen Stadt“. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Nikodem, Claudia/Schulze, Erika/Yildiz, Erol (Hrsg.): Was heißt hier Parallelgesellschaft? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 109-120.
- Kutscher, Marcus (2019): Rechtliche Einflüsse auf Segregation und Segregationsfolgen. In: Workingpaper 1 im Projekt migsst, 26-38, [https://migsst.de/onewebmedia/migsst%20WP\\_1%20Begriffe%20und%20Interpretationen\\_neu.pdf](https://migsst.de/onewebmedia/migsst%20WP_1%20Begriffe%20und%20Interpretationen_neu.pdf)
- Kutscher, Marcus (2020): Segregationskonzept. Internes Workingpaper im Projekt migsst.
- Kutscher, Nadia/Kreß, Lisa-Marie (2015): Internet ist gleich mit Essen. Empirische Studie zur Nutzung digitaler Medien durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Projektbericht der Universität Vechta in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderhilfswerk, [https://images.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1.1\\_Startseite/3\\_Nachrichten/Studie\\_Fluechtlingskinder-digitale\\_Medien/Studie\\_Fluechtlingskinder\\_und\\_digitale\\_Medien\\_Zusammenfassung.pdf](https://images.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1.1_Startseite/3_Nachrichten/Studie_Fluechtlingskinder-digitale_Medien/Studie_Fluechtlingskinder_und_digitale_Medien_Zusammenfassung.pdf)

- Lacinak, Maroš/Ristvey, Jozef (2017): Smart City, Safety and Security. In: Procedia Engineering 192 (2017), 522-527, [https://doi: 10.1016/j.proeng.2017.06.090](https://doi.org/10.1016/j.proeng.2017.06.090)
- Lampert, Thomas/Sygusch, Ralf/Schlack, Robert (2007): Nutzung elektronischer Medien im Jugendalter. Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS). In: Bundesgesundheitsblatt, Band 50, Heft 5/6, 643-652.
- Friedrichs-Liesenkötter, Henrike/Schmitt, Caroline (2018): Digitale Medien als Mediatoren von Agency. Empirische Einblicke in Medienpraktiken junger Geflüchteter und die (medien-)pädagogische Arbeit. Medienimpulse, 55(3). <https://doi.org/10.21243/mi-03-17-08>
- Friedrichs-Liesenkötter, Henrike/Hüttmann, Jana/Müller, Freya-Maria (2020): Teilhabe von geflüchteten Jugendlichen im Kontext digitaler Medien. Digital unterwegs in transnationalen Welten. In: Peterlini, Hans Karl; Donlic, Jasmin (Hrsg.) (2020): Jahrbuch Migration und Gesellschaft 2019/2020. Schwerpunkt »Digitale Medien«. Bielefeld: transcript Verlag (Kultur- und Medientheorie), S. 65-83.
- Lins, Cornelia (2009): Internetnutzung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Ergebnisse der Sonderauswertung des (N)ONLINER Atlas 2008. In: Hunger, Uwe/Kissau, Kathrin (Hrsg.): Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 151-172.
- Lukas, Betriska/Masumi, Maryam Mona (2020): Vernetzte Flucht. Eine Gratwanderung zwischen Empowerment und Abhängigkeit. In: Helm, Paula (Hrsg.): Leben im Netz. Kuckuck, Notizen zur Alltagskultur, Sonderband 6/2020, 29-36.
- Lünenborg, Margret/Fritsche, Katharina/Bach, Annika (2011): Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption. Bielefeld: transcript Verlag.
- McFarlane, Colin/Söderström, Ola (2017): On alternative smart cities. From a technology-intensive to a knowledge-intensive smart urbanism. City 2017., <http://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13604813.2017.1327166?scroll=top&needAccess=true>
- McIntyre, Karen Elizabeth (2015): Constructive Journalism: The Effects of Positive Emotions and Solution Information in News Stories. Dissertation at the University of North Carolina at Chapel Hill.
- Mecheril, Paul (2011): Wirklichkeit schaffen. Integration als Dispositiv. APuZ 43/2011, 49-54.
- Medienstaatsvertrag (MStV). Vom 14. - 28. April 2020, <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/MStV>true>
- Meier, Klaus (2018): Wie wirkt konstruktiver Journalismus? In: Journalistik Online (1/2018), <https://journalistik.online/ausgabe-012018/wie-wirkt-konstruktiver-journalismus/>
- MeKriF (2020a): Modul 1: Medienaneignungsstudie. Einblick in ausgewählte Ergebnisse. Homepage, <https://mekrif.jff.de/veroeffentlichungen/details/ausgewaehlte-ergebnisse-der-mekrif-aneignungsstudie/>
- MeKriF (2020b): Modul 3: Transfer. Vorträge und Podiumsdiskussion der Transfertagung. Homepage, <https://mekrif.jff.de/veroeffentlichungen/details/modul-3-transfer-vortraege-und-podiumsdiskussion-der-transfertagung/>
- MiGAZIN (2008-2020): Über uns, <https://www.migazin.de/uber-uns/>

- Migrantenstadl (2020): autor\_innen\*, [http://dasmigrantenstadl.blogspot.com/p/stadlauto-ren\\_7867.html](http://dasmigrantenstadl.blogspot.com/p/stadlauto-ren_7867.html)
- Moser, Heinz (2009): Das Internet in der Nutzung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: Hunger, Uwe/Kissau, Kathrin (Hrsg.): Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 199-212.
- Müller, Annika (2012): Soziale Exklusion. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Springer VS, 421-447.
- Müller, Daniel (2005): Die Darstellung ethnischer Minderheiten in deutschen Massenmedien. In: Geißler, Rainer; Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland/[1]. Problemaufriss, Forschungsstand, Bibliographie. Bielefeld, 83-126.
- Nielsen, Rasmus Kleis/Selva, Meera/Andi, Simge (2020): Race and Leadership in the News Media 2020: Evidence from Five Markets. Reuters Institute for the Study of Journalism/ University of Oxford, Juli 2020, [https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2020-07/Nielsen\\_et\\_al\\_Race\\_and\\_Leadership\\_FINAL.pdf](https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2020-07/Nielsen_et_al_Race_and_Leadership_FINAL.pdf)
- Neue Deutsche Medienmacher\*innen (ndm) (2014): Neue Deutsche Medienmacher (Imagefilm), [https://www.youtube.com/watch?v=jSUQsbm\\_oWw&feature=emb\\_logo](https://www.youtube.com/watch?v=jSUQsbm_oWw&feature=emb_logo)
- Neue Deutsche Medienmacher\*innen (ndm) (2019): Homepage, <https://www.neuemedienmacher.de/ueber-uns/>
- Neue Deutsche Medienmacher\*innen (ndm) (2020): Viel Wille, kein Weg. Diversity im deutschen Journalismus. Mai 2020, [https://www.neuemedienmacher.de/wp-content/uploads/2020/05/20200509\\_MdM\\_Bericht\\_Diversity\\_im\\_Journalismus.pdf](https://www.neuemedienmacher.de/wp-content/uploads/2020/05/20200509_MdM_Bericht_Diversity_im_Journalismus.pdf)
- Neue Deutsche Medienmacher\*innen (ndm) (2021): Wie deutsche Medien mehr Vielfalt schaffen. Handbuch für professionellen Journalismus im Einwanderungsland. Mai 2021, <https://neuemedienmacher.de/wissen-tools/diversity-im-medienhaus>
- No Hate Speech, <https://no-hate-speech.de/>
- Nolte, Dorothee (2018): Jetzt schreiben sie. Stimmen der Freiheit: Wie Exiljournalisten die deutsche Medienlandschaft verändern. Tagesspiegel (online), 31.10.2018, <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/journalisten-im-exil-jetzt-schreiben-sie/23253734.html>
- Oehmichen, Ekkehardt (2007): Studie „Migranten und Medien 2007“: Keine mediale Parallelgesellschaft. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): Medien und Diversity: Dossier, 47-49, [https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/dossier\\_medien\\_und\\_diversity.pdf#page=42](https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/dossier_medien_und_diversity.pdf#page=42)
- Office of Civic Innovation San Francisco (o. D.): Civic Bridge. Bridging the Public and Private Sectors on Critical Challenges, <https://www.innovation.sfgov.org/civic-bridge>
- Organisation for Security and Co-operation in Europe (OSCE) (o. D.), *Open Journalism*. <https://www.osce.org/fom/open-journalism>
- Paskaleva, Krassimira/Cooper, Ian/Concilo, Grazia: Co-producing Smart City Services: Does One Size Fit All? In: Bolívar, Manuel Pedro Rodríguez (ed.): Smart Technologies for Smart Governments. New York: Springer 2018, 123-158, doi: [http://dx.doi.org/10.1007/978-3-319-58577-2\\_7](http://dx.doi.org/10.1007/978-3-319-58577-2_7)

- Pelzer, Marei (2015): Flüchtlinge: der inszenierte Notstand. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2015, 5-8.
- Piga, Andrea (2007): Mediennutzung von Migranten: Ein Forschungsüberblick. In: Bonfadelli, Heinz/Moser, Heinz (Hrsg.): Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 209-234.
- Pranz, Sebastian/Sauer, Christian (2017): „Konstruktiver Journalismus“ – Reflexion über einen Branchentrend, der alte Fragen zum Verhältnis von Pädagogik und Journalismus neu aufwirft. In: Allmann, Silke/Talmon-Gros, Jorina (Hrsg.): Kon-Texte. Pädagogische Spurensuche. Wiesbaden: Springer VS, 99-122.
- Predpol. The Predictive Policing Company (o. D.), <https://www.predpol.com/>
- Presserat (2017): Publizistische Grundsätze (Pressekodex). Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserats, 22.03.2017, [https://www.presserat.de/files/presserat/dokumente/download/Pressekodex2017light\\_web.pdf](https://www.presserat.de/files/presserat/dokumente/download/Pressekodex2017light_web.pdf)
- Prinzing, Marlis (2018): Bewusst alte Muster durchbrechen? Anwaltschaftlicher und konstruktiver Journalismus etc. aus ethischer Perspektive. In: Prinzing, Marlis/Köberer, Nina/Schröder, Michael (Hrsg.): Migration, Integration, Inklusion. Medienethische Herausforderungen und Potenziale für die digitale Mediengesellschaft. Baden-Baden: Nomos, 105-120.
- Pütz, Robert/Rodatz, Mathias (2013): Kommunale Integrations- und Vielfaltskonzepte im Neoliberalismus. Zur strategischen Steuerung von Integration in deutschen Großstädten. Geographische Zeitschrift, 101(3/4), 166-183.
- Ranger, Nadine (2018): Das Integrationspotenzial der Massenmedien. Eine qualitative Studie über den Zusammenhang zwischen Mediennutzung und Integration von Geflüchteten in Deutschland. In: kommunikation.medien Open Access Journal (9/2018), Salzburg: Universität Salzburg. doi: 10.25598/JKM/2018-9.21
- Reinhardt, Karoline (2020): Ambivalente Aspekte der „Parallelgesellschaft“. Workingpaper im Projekt migsst, <https://www.migsst.de/onewebmedia/Ambivalente%20Aspekte%20der%20Parallelgesellschaft.pdf>
- Reinhardt, Karoline (2021): Zum Begriff der „Clankriminalität“ – Eine kritische Einschätzung. Workingpaper im Projekt migsst, [https://migsst.de/onewebmedia/Reinhardt\\_Paper%20Begriff%20Clankriminalita%CC%88t.pdf](https://migsst.de/onewebmedia/Reinhardt_Paper%20Begriff%20Clankriminalita%CC%88t.pdf)
- Röben, Bärbel (2017): Nicht nur alarmieren, Perspektive erweitern. In: Menschen Machen Medien (Online), 24. März 2017, <https://mmm.verdi.de/beruf/nicht-nur-alarmieren-perspektive-erweitern-39915>
- Ruhrmann, Georg/Sommer, Denise/Uhlemann, Heike (2006): TV-Nachrichtenberichterstattung über Migranten – Von der Politik zum Terror. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Integration durch Massenmedien: Medien und Migration im internationalen Vergleich. Bielefeld: transcript Verlag, 45-75.
- Ruhrmann, Georg/Sommer, Denise (2010): Oughts and Ideals – Framing People with Migration Background in TV News. In: conflict & communication online 9 (2), 1-15.
- Sampson, Robert J./Raudenbush, Stephen/Earls, Felton (1997), Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy. Science 277, (5328), 918-924.

- Sauer, Martina (2009): Türkischstämmige Migranten in Nordrhein-Westfalen und Deutschland: Lebenssituation und Integrationsstand. Ergebnisse der neunten Mehrthemenbefragung. Essen: Zentrum für Türkeistudien.
- Saxer, Ulrich (1994): Medienkonkurrenz und Journalismustypen. Thesen aus der Sicht eines Kommunikationswissenschaftlers. In: Hömberg, Walter/Tonnemacher, Jan (Hrsg.): Journalisten in der Medienkonkurrenz. Beiträge zum Eichstätter Symposium am 16. Juli 1993. Eichstätt: Diplom-Studiengang Journalistik, 16–27.
- Schachtner, Christina (2020): Transnational leben. In: Peterlini, Hans Karl/Donlic, Jasmin (Hrsg.) (2020): Jahrbuch Migration und Gesellschaft 2019/2020. Schwerpunkt „Digitale Medien“. Bielefeld: transcript, 41-64.
- Schaffers, Hans et al. (2011): Smart Cities and the Future Internet: Towards Cooperation Frameworks for Open Innovation., In: Domingue, John et al. (Hrsg.) The Future Internet, Berlin/Heidelberg: Springer, 431-46.
- Schiffauer, Werner (2011): Parallelgesellschaften. Wie viel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft? Für eine kluge Politik der Differenz. Bielefeld: transcript Verlag.
- Schneider, Beate/Arnold, Anne-Katrin (2006): Die Kontroverse um die Mediennutzung von Migranten: Massenmediale Ghettoisierung oder Einheit durch Mainstream? In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Integration durch Massenmedien/Mass Media Integration. A Comparative Perspective. Bielefeld: transcript, 63-72, doi: <http://dx.doi.org/10.25969/mediarep/3661>
- Schuilenburg, Marc/Peeters, Rik (2018): Smart cities and the architecture of security: pastoral power and the scripted design of public space. In: City Territory and Architecture, 2018(5), Art. 13, <https://doi.org/10.1186/s40410-018-0090-8>
- Sell, Saskia (2020): Wahrheitsbedingungen digitaler Zeugenschaft: Frickers Theorie Epistemischer (Un-) Gerechtigkeit als kommunikations- und medienethischer Analyserahmen. In: Prinzing, Marlis/Debatin, Bernhard /Köberer, Nina (Hrsg.): Kommunikations- und Medienethik – reloaded? Baden-Baden: Nomos, 213-229.
- Seng, Leonie (2018): Konstruktiver Journalismus – mehr zeigen von der Welt? Medienethische Analyse verschiedener Berichterstattungsansätze über Flüchtlinge. In: Prinzing, Marlis/Köberer, Nina/Schröder, Michael (Hrsg.): Migration, Integration, Inklusion. Medienethische Herausforderungen und Potenziale für die digitale Mediengesellschaft. Baden-Baden: Nomos, 121-132.
- Siebel, Walter (2015): Nachbarschaft. In: fiph. Journal, 26, 1-40.
- Singer, Jane B. (2010): Norms and the Network: Journalistic Ethics in a Shared Media Space. In: Meyers, Christopher (ed.): Journalism Ethics: A Philosophical Approach. New York: Oxford University Press, 117-129.
- Slout, Emy (2017): BUUV: A Community to Understand Social Capital. Master These an der University of Amsterdam, [www.scriptsionline.uba.uva.nl/document/650972](http://www.scriptsionline.uba.uva.nl/document/650972)
- Steinbach, Anja (2006): Sozialintegration und Schulerfolg von Kindern aus Migrantenfamilien. In: Alt, Christian (Hrsg.): Kinderleben - Integration durch Sprache? Schriften des Deut-



- schen Jugendinstituts: Kinderpanel, Band 4: Bedingungen des Aufwachsens von türkischen, russlanddeutschen und deutschen Kindern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 185-218.
- Steinbrecher, Johannes/Salg, Julian/Starzetz, Julia (2018): Viele bunte Smarties?! Die Smart City als Lösung kommunaler Herausforderungen? In: KfW Research - Fokus Volkswirtschaft, Nr.204.
- Stiftung Lesen (2008): Lesen in Deutschland 2008, <http://www.stiftunglesen.de/lesen-in-deutschland-2008/default.aspx>
- Strasser, Sabine (2012): Bewegte Zugehörigkeiten. In: Charim, Isolde/Auer Borea, Gertraud (Hrsg.): Lebensmodell Diaspora. Über moderne Nomaden. Bielefeld: transcript, 133-141.
- Thomas, Tanja/Kruse, Merle-Marie /Stehling, Miriam (ed.): Media and Participation in Post-Migrant Societies. London: Rowman & Littlefield 2019.
- Tenove, Chris (2020): Protecting Democracy from Disinformation: Normative Threats and Policy Responses. In: The International Journal of Press/Politics 2020, Vol. 25(3), 517-537, <https://doi.org/10.1177/1940161220918740>
- The Govlab (o. D.): Deepening our understanding of how to govern more effectively and legitimately through technology, <https://thegovlab.org/>
- Tibi, Bassam (2001): Leitkultur als Wertkonsens. Bilanz einer missglückten deutschen Debatte. Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2, 23-26.
- Trebbe, Joachim (2007): Akkulturation und Mediennutzung von türkischen Jugendlichen in Deutschland. In: Bonfadelli, Heinz/Moser, Heinz (Hrsg.): Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft, 183-208.
- Trebbe, Joachim (2009): Ethnische Minderheiten, Massenmedien und Integration. Eine Untersuchung zu massenmedialer Repräsentation und Wirkung. Wiesbaden: Springer VS.
- Trebbe, Joachim/Heft, Annett/Weiß, Hans-Jürgen (2010): Mediennutzung junger Menschen mit Migratonshintergrund. Umfragen und Gruppendiskussionen mit Personen türkischer Herkunft und russischen Aussiedlern im Alter zwischen 12 und 29 Jahren in Nordrhein-Westfalen, Berlin: VISTAS.
- UNHCR (2016): Connecting refugees. How Internet and Mobile Connectivity can Improve Refugee Well-Being and Transform Humanitarian Action. <https://www.unhcr.org/5770d43c4.pdf>
- UNITAC-Hamburg, United Nations Innovation Technology Accelerator for Cities (o. D.), <https://unhabitat.org/un-habitat-and-the-federal-republic-of-germany-establish-a-united-nations-%E2%80%98innovation-technology>
- Van Nesselrooij, Epko (2019): Effiziente Datennutzung zur Schaffung intelligenter Städte. <https://www.axis.com/blog/secure-insights-de/effiziente-datennutzung-zur-schaffung-intelligenter-staedte/>
- Walburg, Christian (2020): Migration und Kriminalität – Erfahrungen und neuere Entwicklungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (online), 25.09.2020, <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/301624/migration-und-kriminalitaet>

- Wall, Melissa (2017): Mapping Citizen and Participatory Journalism. In: Journalism Practice 11 (2-3), 134-141, doi: 10.1080/17512786.2016.1245890
- Wallisch, Gianluca (1995): Journalistische Qualität. Definitionen – Modelle – Kritik. Konstanz: UVK Medien.
- WDR (2006): Zwischen den Kulturen. Fernsehen, Einstellungen und Integration junger Erwachsener mit türkischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Mediaforschung August/September 2006, Köln.
- Weibert, Anne (2010): Mediale Integration ethnischer Minderheiten. Ein Vergleich von Lokalberichterstattung über Türken in Deutschland und Hispanics in den USA. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Medien und Integration in Nordamerika. Bielefeld: transcript Verlag, 219-246.
- Weiß, Hans-Jürgen/Trebbe, Joachim (2001): Mediennutzung und Integration der türkischen Bevölkerung in Deutschland. Ergebnisse einer Umfrage des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Potsdam: GöfaK Medienforschungs GmbH.
- White, Aidan (2017): How to Avoid Hate When Discussing Muslim Affairs. In: Ethical Journalism Network (Online-Blog), 23.08.2017, <https://ethicaljournalismnetwork.org/avoid-hate-discussing-muslim-affairs>
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2014): *Öffentlich-rechtliche Medien – Aufgabe und Finanzierung*. Berlin.
- Worbs, Susanne (2007): „Parallelgesellschaften“ von Zuwanderern in Deutschland? In: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst, Migration und ethnische Minderheiten (1), 7-30.
- Worbs, Susanne (2010): Mediennutzung von Migranten in Deutschland: Integrationsreport, T. 8. Working Paper Nr. 34 der Forschungsgruppe des Bundesamtes. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, <https://nbnresolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-259861>
- Zook, Matthew (2017): Crowd-sourcing the smart city: Using big geosocial media metrics in urban governance. In: Big Data & Society, 4(1), <http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/2053951717694384>